

KURDISTAN REPORT

Dezember 1992
Nr. 53
Preis: 3,- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

Kurdinnen und Kurden wählen ihr

NATIONALPARLAMENT

- Interview mit Osman Öcalan zur Situation in Süd-Kurdistan
- Türkische Generalmobilmachung gegen das kurdische Volk

Abdullah Öcalan zum Kurdischen Nationalparlament

Kurdistan Report
monatliche Ausgabe
53

Impressum:
V. I. S. d. P.:
H. Barcedogmus
Vogelsangerstr. 286
5000 Köln 30

Kontakt Adresse:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

Belgien	52.00 bfr.
Dänemark	10.00 dkr.
Frankreich	10.00 ff.
Großbritannien	1.20 £.
Niederlande	3.50 hfl.
Norwegen	7.50 nkr.
Österreich	25.00 s.
Schweden	7.50 skr.
Schweiz	3.00 sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel./Fax: 222 / 587 42 68
Comite du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel.: 2 / 230 92 39 Fax: 2 / 230 92 08
Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 Kopenhagen-V, DÄNEMARK
Tel.: 31 / 24 74 57
Koerdistan Komitee:
Postbus 10242, 2501 Den Haag, NIEDERLANDE
Tel/Fax: 70 / 389 18 07
Comite du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel.: 1 / 42 82 92 76 Fax: 1 / 42 82 97 93
Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel.: 72 / 46 76 35 Fax: 72 / 46 76 26
Kurdistan Imformation Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel.: 81 / 880 17 59 Fax: 81 / 802 99 63
Comite du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel.: 223 / 29 33 94 Fax: 22 / 29 47 87
Kurdistan Komitee in der BRD e.V:
Hansaring 66, 5000 Köln 1, BRD
Tel.: 0221 / 12 52 64 Fax: 0221 / 13 48 68
Kurdistan Kommitten
Wästmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 8 / 305275, Fax: 8 / 316273

Büro der ERNK:
Ipokratouw 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 1 / 36 34 905
Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 341 / 4 70 20 04
Apartado 8483
28080 Madrid-Espana
Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona - Espana

Solidaritätsgruppen in der BRD

- **Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 1000 Berlin 36**
- Freunde des kurdischen Volkes HH, Ottenser-Hauptstr. 35, 2000 Hamburg 50
- **AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 2300 Kiel 14**
- Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck
- **Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 2800 Bremen 1**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr. 1, 3000 Hannover 91
- **AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 4000 Münster**
- Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen, c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen 1
- **IAK-Kurdistan, Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück**
- Kurdistan-Solidarität Osnabrück, c/o Autonomie Buchladen, Redlingerstr. 8, 4500 Osnabrück
- **AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 4800 Bielefeld**
- AK-Kurdistan c/o GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1
- **AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 5300 Bonn 1**
- AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarkstr. 3, 5900 Siegen
- **AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt 90**
- Freunde und Freudinnen des kurdischen Vokes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden
- **Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 6300 Gießen**
- Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim
- **Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1**
- Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1
- **AK-Kurdistan-München, c/o Komala Kurdistan e.V., Westendstr. 49(Rgb.) 8000 München 2**
- Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen
- **Kurdistan-Solidarität, c/o Habsburgerstr.9, 7800 Freiburg**

KURDISTAN REPORT - Abonnement
jährlich (incl. Porto + Versand) 36.- DM

An:
Serxwebûn
Postfach 10 16 83
5000 Köln 1

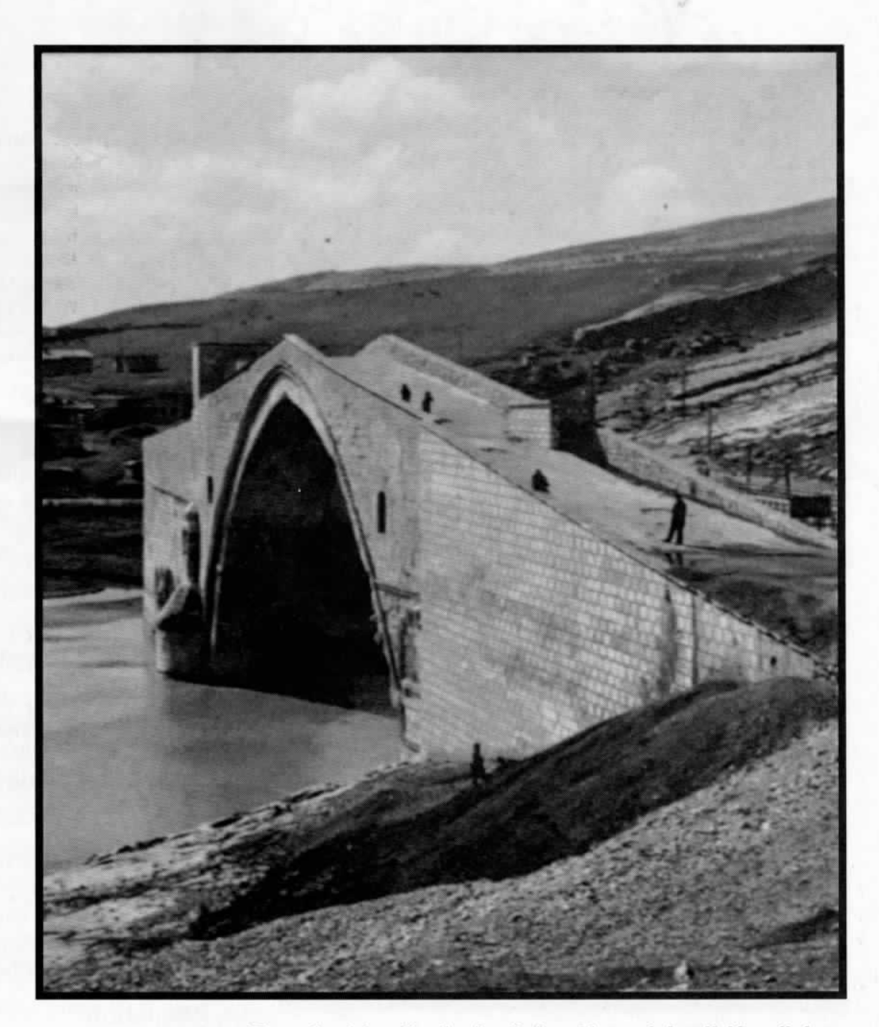
ACHTUNG! NEUE KONTONUMMER

Name :...
Anschrift :...
....

Zahlungen an: **Kreissparkasse - Köln**
H. Barcedogmus
Konto Nr.: 31972
BLZ: 370 502 99

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

– INHALT –



Diyarbakir, die heimliche Hauptstadt Kurdistans

EDITORIAL

An die Leserinnen und Leser,

Liebe Leserinnen und Leser,

endlich ist es soweit! Kurdinnen und Kurden in allen Teilen Kurdistans und in Europa haben nun die Chance bekommen, ihren Willen zu einem Kurdischen Nationalparlament durch freie Wahlen zu bekunden. Neben dem Bericht zu den Ergebnissen der Wahlen in Europa und zu ihrem Hergang veröffentlichen wir in diesem Zusammenhang eine Rede des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, in der er auf den Sinn und das Ziel dieses Nationalparlaments eingeht. Dieses historische Ereignis bildet das Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

In Kurdistan Aktuell dokumentieren wir ein Interview mit dem ARGK-Kommandanten Osman Öcalan, in dem er auf die Lage in Südkurdistan nach der Invasion der türkischen Armee eingeht. Außerdem veröffentlichen wir ein interessantes Geheimdokument des türkischen Innenministeriums, der weitere Pläne der Konter-Guerilla offenlegt.

Mit einem Artikel von Nazim Özer zu dem Thema "Rassismus in Deutschland" möchten wir ferner die gegenwärtigen rassistischen Übergriffe in Deutschland zur Diskussion stellen.

Wir haben beschlossen die Rubrik Menschenrechte in Staatsterror und Menschenrechtsverletzungen umzubennen. Damit reagieren wir auf die Kritik, daß die bisherige Bezeichnung nicht die reale Situation widergibt, da Menschenrechte völlig außer Kraft gesetzt sind und von den Völkern der Türkei und Kurdistans erst neu erkämpft werden müssen.

Kurz vor der Fertigstellung dieser Ausgabe erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser Freund und Genosse Hüseyin Celebi im Kampf für die Befreiung Kurdistans gefallen ist. Hüseyin hatte lange Zeit mit viel Energie, Kritik und Phantasie am Kurdistan-Report mitgearbeitet. Auf der letzten Seite dieser Ausgabe wollen wir an sein kämpferisches Leben erinnern.

Mit solidarischen Grüßen,
die Redaktion

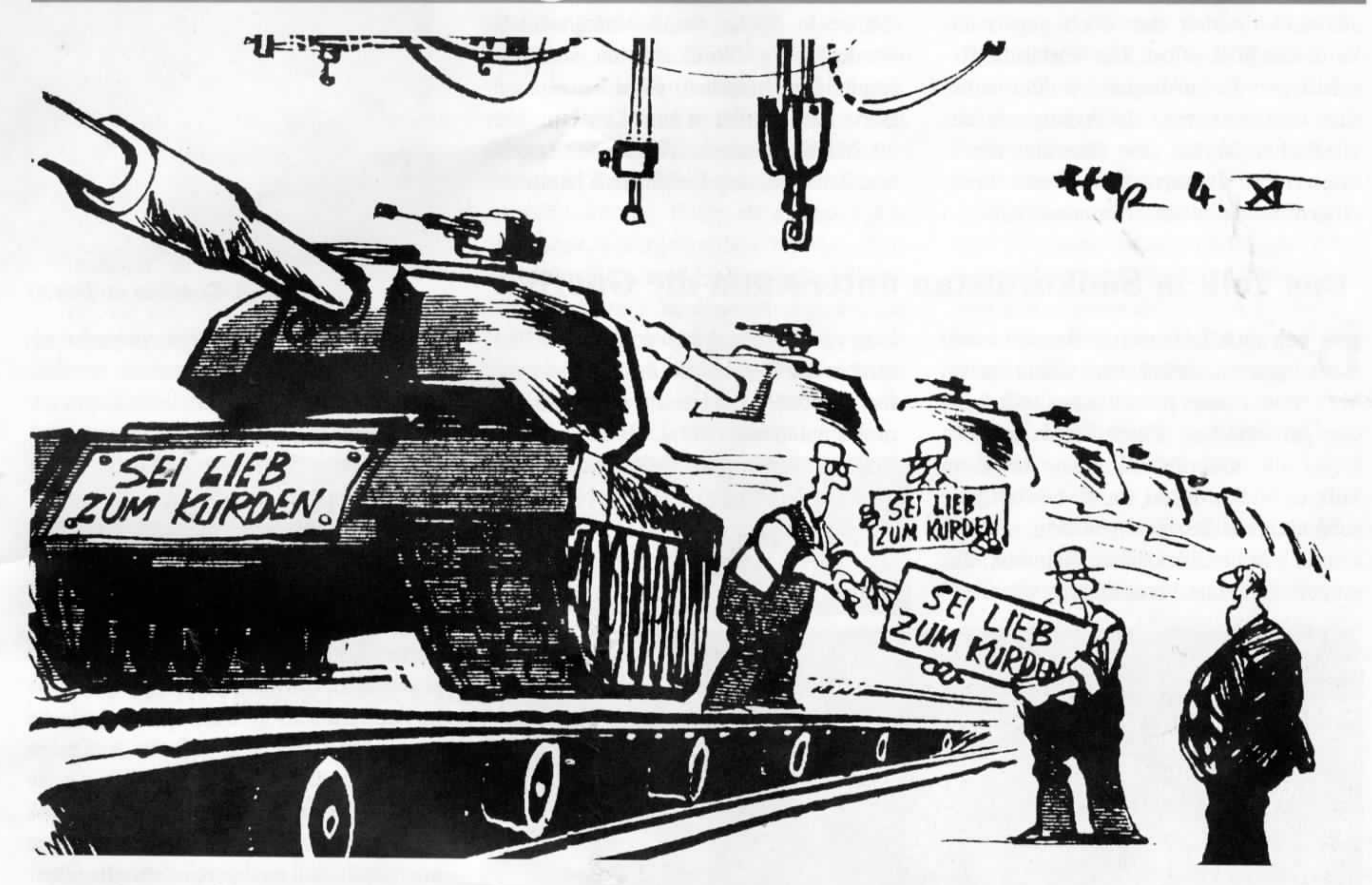


Kurdische Kinder in Nationaltracht

Eine aktuelle Einschätzung:

Türkische Generalmobilmachung gegen das kurdische Volk

Unterstützung durch Kollaborateure



die Welt schaut zu

Die Beschlüsse, die der Nationale Sicherherheitsrat bei seinem Treffen in Diyarbakir gefaßt hat, nehmen deutliche Formen. Was der türkische Generalstabschef Dogan Güres mit Ausdrücken wie "Generalmobilmachung", "mit der Wurzel ausreißen" oder "alles läuft wie geplant" gemeint hat, ist während der zwei vergangenen Monate deutlich geworden. Es ist eine unübersehbare Realität, daß die türkische Armee in Nord- und Südkurdistan einen umfassenden Krieg gegen das kurdische Volk führt. Während der letzten zwei Monate wurden in Nordkurdistan 13 größere Orte aus der Luft und vom Boden aus bombardiert. Hunderte von Zivilisten wurden ermordet, Kreisstädte lösten sich auf, die ehemalige Provinz Sirnak wurde fast völlig von der Landkarte ausradiert. Nachdem die türkische Armee zwischen dem 18. und 21. August d. J. Sirnak bombardiert und die Menschen zur Flucht gezwungen hatte, erklärte sie heimlich, still und leise, die zu Sirnak gehörenden Kreise würden anderen Provinzen zugeordnet werden; Sirnak gäbe es nicht mehr. Dabei war Sirnak erst vor ca. vier Jahren unter dem massiven Terror des türkischen Staates, zur Provinz ernannt worden. Weil die Bevölkerung von Sirnak aber die Herrschaft der Türkischen Republik nicht akzeptierte, wurde die Stadt mit Panzern und Kanonen dem Erdboden gleichgemacht. Und General Mete Sayar, der den Befehl dazu erteilt hatte, bekam dafür einen Orden verliehen.

Dem Überfall auf die Stadt Sirnak folgten weitere. Ihren Krieg in Nordkurdistan stützt die türkische Armee einerseits auf das Dorfschützersystem, das es schon lange gibt. In den Städten stützt sie sich auf Konterguerillaeinheiten, die sie unter einer faktisch nicht existierenden islamisch-fundementalistischen Tarnorganisation als sogenannte Hizbullah ausbildet. Am 12. Oktober ist die türkische Armee in Südkurdistan einmarschiert und bekommt bei diesem Vormarsch Hilfestel-

lung von kurdischen Kollaborateuren. Die südkurdischen Führer, die vom Iran, Syrien und dem Irak eingekreist sind, haben sich so tief herabgelassen, daß sie sich selbst an die Türkei verkauften. Richtiger noch ist, daß diese Situation die folgerichtige Konsequenz ihrer eigenen Politik ist. Für ein paar falsche Versprechungen konnten sich die Türkei und die USA diese Leute kaufen. Dabei nutzten sie den Hunger der fliehenden Kurden schamlos aus und drehten das noch gegen das kurdische Volk selbst. Die Türkische Republik und die kurdischen Verräter hatten sich vorgenommen, die Avantgarde des kurdischen Volkes, die Guerilla, einzukreisen und zu vernichten. Doch dieser Angriff war, obwohl er international und von den einheimischen Kollaborateuren unterstützt wurde, nicht erfolgreich. Schließlich mußten die Türkische Republik und die Kollaborateure, die großspurig angekündigt hatten, die Guerilla innerhalb von vier Tagen völlig vernichten zu wollen, sehr bald der Wirklichkeit ins Auge sehn. Und die war so, daß diejenigen, die erklärt hatten, sie würden die Guerilla einkreisen, selbst umzingelt wurden. Während nämlich die türkische Armee in Südkurdistan einmarschierte, wurde sie in Nordkurdistan verschärft angegriffen. Innerhalb eines Monats zerstörte die Guerilla in Nordkurdistan über 20 Militärstationen. All diese Angriffe konnten von der Weltöffentlichkeit verfolgt werden.


ARGK-Guerillas im Einsatz

Das Volk in Südkurdistan unterstützt die Guerilla

Doch auch Talabani und Barzani waren eingekreist, diesmal vom südkurdischen Volk. Weder unser patriotisches Volk noch die patriotischen Peschmergas wollten gegen die Guerilla kämpfen. Unserem Volk in Südkurdistan wurde bewußt, wie schmutzig die Beziehungen sind, die ihre Führer mit der Türkischen Republik eingingen. Auf einer Versammlung von irakischen Oppositionsgruppen wurde die Wut des Volkes auf Talabani und Barzani offen geäußert. Vor allem dort, wo Talabani Einfluß hatte, wurde das Unbehagen des Volkes deutlich. Die südkurdischen Führer begriffen sofort, daß sie den Boden überspannt hatten. Der Vorsitzende des türkischen Generalstabes erkannte die Lage ebenfalls und stellte fest: "Die PKK wird in der Region von der Basis, sowohl von Talabanis Leuten als auch von Barzani-Leuten unterstützt. Hätten wir nicht jetzt interveniert, wäre die Kraft, mit der wir konfrontiert sind, riesengroß."


Treffen der Außenminister Irans, Syriens und der Türkei in Ankara (von links nach rechts: Ali Ekber Velayeti (Iran), Tarik el Shara (Syrien), Hikmet Çetin (Türkei)

Heute wird deutlich, daß die türkische Armee mit ihrer Militärintervention in Südkurdistan keinen wesentlichen Erfolg erzielen konnte. Die Zukunft wird das noch klarer zeigen. Die übertriebenen Falschmeldungen in der türkischen Presse können nicht zum Maßstab für den Erfolg genommen werden. Wenn die türkische Armee ein paar geräumte Guerillacamps findet, kann das nicht als Erfolg für die türkische Armee, sondern vielmehr als Erfolg der Guerilla gewertet werden. Denn es ist eine grundsätzliche Logik der Guerillataktik, daß es nicht darum geht, Camps oder Stellungen zu halten oder einen Frontenkrieg zu führen. Der Guerillakrieg besteht darin, schnell Camps und Stellungen wechseln zu können, zuzuschlagen und sofort wieder zu verschwinden. Eine Guerilla, die diese Taktik beherrscht, die ihren Kampf so führt ist erfolgreich. Und genau das ist der Guerilla in Südkurdistan gelungen. Die türkische Armee weiß sehr gut, daß das Auffinden leerer Guerillacamps kein Erfolg für sie ist. Indem die türkische Presse diese geräumten Camps zum Sieg der Armee hochjubelt, soll eine psychologische Überlegenheit erreicht werden.

Sie haben nicht gesiegt, wir wollen realistisch bleiben. Die Kurdistanfrage wurde nicht gelöst. Die Guerilla wurde nicht besiegt. In Nordkurdistan und in Südkurdistan geht der Krieg weiter. Die internationale Dimension der Kurdistanfrage ist noch größer geworden. Und weil die Türkische Republik diese Lage erkannt hat, versucht sie nun, mit den anderen Kolonialstaaten eine konkrete Zusammenarbeit zu entwickeln. Obwohl die Türkische Republik in den letzten Jahren große Widersprüche zur Politik Syriens, dem Iran und dem Irak hatte, betonte sie auf dem Treffen der Außenminister Syriens und Irans Mitte November in Ankara, daß über die Entwicklungen in Südkurdistan neu diskutiert werden müsse. Offensichtlich bemüht sie sich darum, einen Kon-



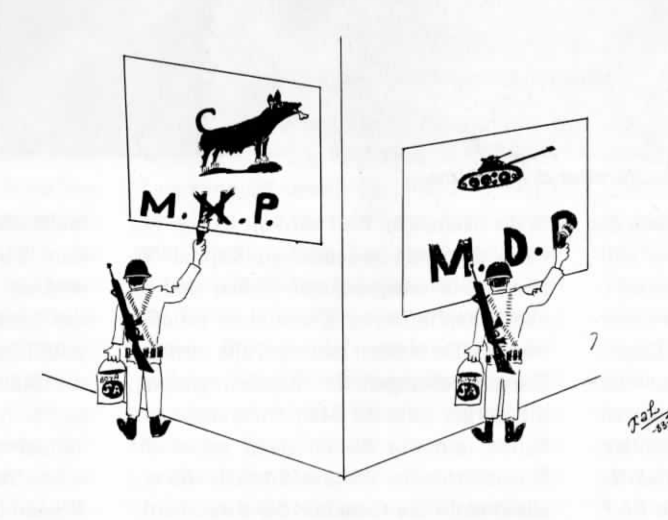
sens im gemeinsamen Vorgehen zu finden. Mit der letzten Intervention in Südkurdistan sollte der nationale Befreiungskampf mit einem umfassenden regionalen Plan erstickt werden. Die Kolonialmächte der Region hofften von der Aufteilung unseres Landes zu profitieren und versuchen nun, angesichts des starken Zusammenschlusses unseres Volkes, gemeinsam gegen die Kurden vorzugehen. Nachdem der türkische Staat erkannt hat, daß er auch mit der Hilfe gekaufter Kurden nicht sein Ziel erreicht, versucht er durch Zugeständnisse an die anderen anderen Kolonialstaaten, eine Allianz gegen den kurdischen Befreiungskampf zu bilden. Der Weg, die Basis für die Einheit zwischen dem Volk von Nordkurdistan und Südkurdistan in der Zukunft zu stärken, steht offen. Selbst wenn die Türkische Republik einen Konsens innerhalb der gesamten Region schaffen könnte, bliebe sie erfolglos. Die PKK hat bisher jeden so erreichten Konsens zerstört, denn das kurdische Volk akzeptiert keine Fremdherrschaft mehr. Das müssen alle Kolonialstaaten und die ganze Welt begreifen. Und wenn sie das nicht begreifen wollen, dann wird das kurdische Volk es ihnen schon begreiflich machen.

Der nationale Befreiungskampf unter der Führung der PKK hat die Türkische Republik in eine tiefe Krise gestürzt

Auszüge aus einer aktuellen Einschätzung des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan

Der nationale Befreiungskampf unter der Führung der PKK hat die Türkische Republik heute in eine tiefe Krise gestürzt. Der Kampf der letzten Jahre spiegelt wieder, wie sehr die PKK eine grundsätzliche Alternative zur Türkischen Republik darstellt. Die praktischen Entwicklungen werden diesbezüglich in Zukunft noch eine größere Rolle spielen. Die gesellschaftlichen Probleme in der Zeit, als die Türkische Republik gegründet wurde, die nationalen und die Klassenwidersprüche, die diese Widersprüche auslösten, sollten immer wieder mit einer einseitigen Politik der Vernichtung und der Liquidation beseitigt werden. Auch später war das noch so, vor allem die siebziger Jahre waren nach dem Militärputsch am 12. September 1970 durch diese Politik gekennzeichnet. Damals versuchten sie den faschistischen Staatsterror zu institutionalisieren. Zu den Opfern dieser Repressionspolitik gehörten wieder einmal die Oppositionskräfte. Bereits bei der Gründung der Republik mußten die wenigen oppositionellen sozialen und kurdischen Gruppierungen, die überhaupt existierten den geringen Widerstand, den sie zeigten, teuer bezahlen. Gnadenlos wurden sie angegriffen und vernichtet. Es entwickelte sich ein junger türkischer Kapitalismus und eine türkische Bourgeoisie. Die sozialen und nationalen Widersprüche verschärften sich, wurden immer offensichtlicher und so bildeten sich erste bewußte Organisationen. Die Widersprüche, die sich durch den Kapitalismus verschärften, führten schließlich zu den uns bekannten Entwicklungen vom 12. März und 12. September (Militärputsch 1971 und 1980). Weder die soziale noch die nationale Bewegung hatten aufgrund der mehrfach erläuterten Gründe die Chance, sich weiter zu entwickeln. ...

Das Comeback von Demirel, das überhaupt nicht ihren Plänen entsprach, vertieft für sie das Problem und bietet keine Lösung. Die Tatsache, daß Demirel jederzeit von seinem Posten durch das Militär abgesetzt werden kann, macht deutlich, welche unbedeutende Rolle er als Ministerpräsident dieses Landes hat. Das letzte Treffen von Ministerrat und Nationalem Sicherheitsrat in Diyarbakir diente lediglich dazu, die Minister unter den Befehl der Kasernen zu stellen. Es ist offensichtlich, daß das 12. September-Regime die Verfassung außer Kraft gesetzt hat. Das unzulängliche Wahl- und Parteiengesetz schafft keinerlei Möglichkeiten. Obwohl der Spezialkrieg zunehmend versucht, die Wahlen zu instrumentalisieren, zeigen die Parteien immer mehr



"Auf dem Weg zur Demokratie": Gründung neuer Parteien

Auflösungserscheinungen. Sie spalten sich und halten ihre Versprechungen nicht, die sie dem Volk vor den Wahlen geben. Auch wegen unserer taktischen Interventionen hatten sie keine Gelegenheit, erfolgreich zu sein. Parteien, die vom 12. September-Regime verboten worden waren, gründeten sich neu. Auch das ist eine Folge unseres Kampfes. Aber sowenig, wie die alten Parteien erfolgreich waren, werden auch die neuen Parteien Unterstützung im Volk finden. Das ist der eigentliche Grund für ihre ausweglose Situation. Sie selbst sind das Beispiel für eine 70jährige Führung, die keine Hoffnung mehr für die Gesellschaft bietet. Die Realität macht deutlich, daß die alten und neuen Parteien in einer Sackgasse stecken.

Die deutsche Bundesregierung ist mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen der türkischen Republik

"... daß die Türkei gegenwärtig zu wichtig ist, als daß man wegen der Kurden allzuviel Druck auf sie ausübte ...." - so war in einem Kommentar der konservativen FAZ (Frankfurter Allgemeinen Zeitung) vom 10. November 1992 zu lesen. Diese Feststellung bringt die Haltung der Bundesregierung auf den Punkt. Auch die Haltung des bundesdeutschen Verteidigungsministers Rühe bei seinem Besuch in der Türkei von Anfang November unterstrich das: Bonn sei an einer engen Zusammenarbeit mit Ankara in der Außen- und Sicherheitspolitik interessiert, da der südöstlichste Bündnispartner ein wichtiges Bindeglied zwischen der Nato und der muslimischen Welt sei berichtete die FAZ. Und um diese guten Beziehungen zu unterstreichen wurden neue zwischenstaatliche Arbeitsgruppen für den Sicherheitsbereich beschlossen sowie der Besuch von Kanzler Kohl zu Beginn des kommenden Jahres. Es sieht so aus, daß die türkische Regierung die starke Bundesregierung gut an der Leine hält: Türen in die islamische Welt wird die Türkei nur dann dem bundesdeutschen Kapital öffnen, wenn entsprechend Waffen und sicherheitspolitisches Know-How geliefert werden. Da bleiben natürlich alle verbalen Zurechtweisungen der Bundesregierung, die Türkei solle die Menschenrechte einhalten und die Waffen nicht gegen die Kurden richten, fromme Sprüche die vor allem wohl die Gemüter der fortschrittlichen Öffentlichkeit im eigenen Land beruhigen sollen.

Mit eindeutigem Zick-Zack-Kurs reagierte die Bundesregierung auf die berechtigten Anschuldigungen von amnesty international und medico international, die diese Organisationen auf einer Bundespressekonferenz in Bonn am 11. November 1992 erhoben. Anläßlich der einjährigen Amtszeit der Regierung Demirel - Inönü stellte ai fest: *"Dramatische Zunahme politischer Morde in der Türkei - Regierung läßt Sicherheitsapparat weiter foltern - Deutsche Rüstungsgüter gegen Kurden eingesetzt - Bonner Mitverantwortung für Menschenrechtsverstöße"*. Daß die türkische Regierung abweisend reagiert, verwundert nicht, denn ihre Unfähigkeit den mordenden sogenannten "Sicherheitskräften" das Handwerk zu legen, zeigt sich in der grausamen alltäglichen Realität für die Menschen in der Türkei und in Kurdistan. Die Bundesregierung machte deutlich, daß sie - wie die türkische Regierung auch - die Augenzeugenberichte für unglaubwürdig halte, wonach deutsche Waffen gegen Kurden eingesetzt würden. Außerdem würde die Türkei sich eindeutig an die Nato-Verträge halten beim Einsatz der Waffen und selbst wenn Lieferungen ausgesetzt würden, würden andere Nato-Länder in die Bresche springen und Waffen liefern. Im übrigen, so das Fazit, habe die Türkei wegen ihrer Schlüsselfunktion für die Entwicklung des Islams große Bedeutung und deshalb werde die Bundesregierung die Militärkooperation fortsetzen.

Daß die Bundesregierung den kurdischen Unabhängigkeitskampf, ebenso wie die türkische Regierung, für terroristisch hält, wird auch immer wieder deutlich in den mittlerweile drei 129a-Prozesse, die gegen Kurden hier in der Bundesrepublik geführt werden. Wenn Kanzler Kohl zu Beginn des kommenden Jahres die türkische Republik besucht, wird auch nichts Gutes für die Menschen zu erwarten sein. Voraussichtlich wird es um den Einfluß in den südlichen GUS-Staaten und den islamischen Staaten gehen und darum, wie diese Region unter Kontrolle gehalten und aufgeteilt werden kann.

Ein deutscher BTR-60-Panzer im September d.J. in Cizre

In der Ausgabe vom 1.–8. Juli 1992 der Zeitschrift "aktüel" wurde das nachstehende Dokument veröffentlicht, das wir für die Leserinnen und Leser des **Kurdistan-Report** *übersetzt haben.*

Unglaubliche Vorschläge in einem Geheimbericht des Innenministeriums:

Die ungeklärten Morde sollen der PKK in die Schuhe geschoben werden

Eine Abteilung des Geheimdienstes, die dem türkischen Innenministerium unterstellt ist, erarbeitete einige Vorschläge bezüglich dem Vorgehen in Türkei-Kurdistan. Diese Studie sieht u.a. vor, daß die sogenannten ungeklärten Morde der PKK zur Last gelegt werden sollen. Das soll mit Hilfe von "schwarzer und grauer Propaganda" geschehen. Ein weiterer Vorschlag dieser Studie ist, daß eine rund um die Uhr arbeitende Freiwilligentruppe aufgebaut werden soll, die die territoriale militärische Struktur stützen soll. Es soll verhindert werden, daß türkische Sicherheitskräfte wegen Mordes oder versuchten Mordes angeklagt werden können...

Frage ist, ob die in Kurdistan begangenen Morde nach diesen Vorschlägen überhaupt noch aufgeklärt werden können. Kann der Schatten, der über den Staatssicherheitskräften liegt, jemals wieder aufgehoben werden?

In dem Geheimdokument, werden diese Fragen erörtert. Darin werden zunächst die Maßnahmen aufgelistet, die gegen die PKK ergriffen werden sollen. In einem Abschnitt der Studie heißt es wörtlich: "Mit Hilfe von schwarzer und grauer Propaganda müssen die unaufgeklärten Morde der PKK zur Last gelegt werden". "Schwarze und graue Propaganda" sind Begriffe der psychologischen Kriegsführung. Unter "schwarzer Propaganda" versteht man Literatur, deren Quellen unbekannt sind. Genauer gesagt sind es Behauptungen, die über Mundpropaganda verbreitet werden. "Graue Propaganda" hingegen sind Verlautbarungen, die aus halb-öffentlichen Quellen verbreitet werden und auf Beweisen beruhen, für die es keine Bestätigung gibt.

Hier muß man doch fragen: Sind die Sicherheitskräfte eigentlich damit beauftragt, Mörder dingfest zu machen oder ist es ihre Aufgabe, Gerüchte zu verbreiten? Liest man diesen Abschnitt der Studie des Innenministeriums aufmerksam, so heißt das, daß die Mörder den Verfassern schon bekannt sind. Die Organisation hingegen, (gemeint ist wohl die PKK, d.Red.), schwächt das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat, wenn sie die Morde den Sicherheitskräften anlastet, heißt es weiter. Das soll mit Hilfe von "schwarzer und grauer Propaganda" verhindert werden, indem Täter mit Sicherheit propagiert werden, ohne aber Beweise vorlegen zu können. Deutlich wird auch, daß die Verfasser der Studie kein Vertrauen in die Justiz zu haben scheinen. Die bestehende Gerichtsbarkeit reicht ihrer Ansicht nach nicht aus und somit bringt es nichts, wenn das Gericht Urteile fällt. Damit meinen sie aber keineswegs eine Demokratisierung der Justiz sondern vielmehr eine Verschärfung. Die Polizeihaft sollte danach verlängert, Ladenschließaktionen mit härteren Strafen geahndet werden. Personen, die GuerillakämpferInnen beherbergen sollen scharf bestraft werden und wenn in der Haft belastendes Material gefunden wird, soll das ohne richterlichen Beschluß beschlagnahmt werden können.

Mal angenommen, ein angeblich Schuldiger wird festgenommen, und die Sicherheitskräfte, die für seine Festnahme verantwortlich sind, sind von der Effizienz der Justiz nicht überzeugt. Sie sagen z.B.: "Geben wir ihn weiter an das Gericht, wird er mit einer milden Strafe davonkommen ....". Was passiert dann? Das könnte doch der Anfang für einen ungeklärten Mord sein. Ganz zu schweigen davon, daß die Verfasser der Studie auch von einem Recht zu töten sprechen.

Ein Teil des Geheimberichts aus der Zeitschrift "aktüel"

Die Sicherheitskräfte werden effektiver arbeiten können, wenn der Tatbestand des Mordes oder versuchten Mordes, den es im Anti-Terror-Gesetz gibt, im Rahmen des Beamtenrechts behandelt wird.

Das Beamtenrecht bedeutet für die Sicherheitskräfte, daß der Fall zunächst vom Vorgesetzten des Täters untersucht wird. Und nur wenn dieser es als erforderlich ansieht, wird der Fall an den Staatsanwalt weitergeleitet. Ursprünglich sieht das Strafgesetz vor, daß die Anklage Mord und versuchter Mord vor einem unabhängigen Gericht verhandelt werden. Genau



Die durch die Konter-Guerilla im Juli 1991 verstümmelte Leiche von Vedat Aydin. Die Täter sind bis heute noch nicht gefaßt.

das soll, wenn es nach den Verfassern der Studie geht, außer Kraft gesetzt werden. Ihnen geht es darum, daß eine Institution das Recht sprechen kann, die den Sicherheitskräften positiv gesonnen ist. Gerade die Vorgesetzten, die bisher jeden Vorwurf der Folter, des Mordes abgestritten haben, denen z.T. sogar die persönliche Beteiligung daran vorgeworfen wurde, sollen jetzt die Rolle eines unabhängigen Gerichts übernehmen!

In der Studie wird außerdem vorgeschlagen, eine Konter-Guerilla zu organisieren. Es sollen Einheiten aus Polizisten, Soldaten und Dorfschützern aufgebaut werden, die sich den Bedingungen der Region gemäß kleiden und leben. Wie die Guerilla müssen auch sie in Dörfern oder Feldhäusern wohnen. Wie die Guerilla müssen auch sie von Zeit zu Zeit ihren Aufenthaltsort wechseln. Auch Freiwilligen muß Zugang zu diesen Einheiten gegeben werden, Erfolge müssen mit Prämien belohnt werden. Es sollte eine Organisation nach dem Vorbild der Fremdenlegion in Frankreich aufgebaut werden. Aus den Vorschlägen geht auch hervor, wie diese geheimen Einheiten der Sicherheitskräfte und Freiwilligen kontrolliert werden sollen.

Die Verfasser der Studie richten sich auch an die Menschenrechtsaktivisten, die gegen diese Stellungnahme und Vorschläge protestieren könnten. Um eventuellen Protesten internationaler Menschenrechtsorganisationen den Wind aus den Segeln zu nehmen, sollen Familienangehörige von gefallenen Soldaten unter einem Dach organisiert werden. Ziel ist, die psychologische Verfassung derjenigen, deren Angehörige im Kampf gegen Terrorismus gefallen sind, der gesamten Weltöffentlichkeit vor Augen zu führen. Um das zu erreichen, sollen Büros internationaler und nationaler Menschenrechtsorganisationen und -vereine für begrenzte Zeit besetzt werden.

Das hier vorgestellte Dokument ist noch eine Studie. Was das mit dem Versprechen von Demokratie zu tun hat, was diese Regierung abgegeben hat, sollen diejenigen beurteilen, die das Denken noch nicht verlernt haben. Wie mag wohl das endgültige Ergebnis aussehen?! Welchen Grad an Demokratie wird dieses Land erreichen, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen und Gesetzesregelungen umgesetzt werden?

Nachfolgend einige Zitate aus der Studie:

"Es ist bekannt, daß unter den Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsdirektoren auch solche kurdischer Nationalität beschäftigt sind"

"Die Furcht bestraft zu werden, schreckt viele davon ab, bewaffnet zu kämpfen"

"Die Sicherheitskräfte ziehen sich an sichere Orte zurück, nachdem sie vorher das Gerücht verbreitet haben, es seien Hinterhalte gelegt worden"

"Ausbildung, Struktur und rechtlicher Status der Bodentruppen (der Armee, d.Red.) sind für diesen Kampf nicht geeignet"

"Kommandoführung und Einheiten, die in der Region keine Verantwortung tragen, sind eher schädlich als nützlich"

"Durch die häufige Auswechslung der Soldaten wird die Region zu einem Übungsfeld"

"Es muß gewährleistet sein, daß Personen, die Aktivisten aufspüren und dem Militär übergeben, belohnt werden. Für besondere Erfolge sollten Prämien vergeben werden. So läßt sich feststellen welche Bauern mit der Organisation sympathisieren. Es muß Mißtrauen unter den Bauern gesät werden"

"Die Geheimdienstaktivitäten in der Region laufen unkoordiniert: die Informationen des MIT (türkischer Geheimdienst), der Polizei und des Militärs werden von unterschiedlichen Stellen ausgewertet. Informationen, die aus einer Quelle stammen werden auf unterschiedlichem Weg an die höheren Instanzen weitergeleitet, wodurch die Informationen lediglich noch einen Nachrichtenwert haben. Insbesondere im Geheimdienst müssen solche Informationen aber schon im unteren Bereich ausgewertet werden können. Der Wettbewerb darüber, wer die Informationen als erster weiterleitet und die Konkurrenz untereinander müssen beendet werden. Die Informationen müssen nach ihrem Wert belohnt werden, Verhandlungen über den Preis darf es nicht geben"

"Die städtischen Gouverneure sollen mit den gleichen Rechten ausgestattet werden, wie der Gouverneur für den Ausnahmezustand. Das Gouvernement für den Ausnahmezustand soll dann abgeschafft werden"

Mitte November kam es zwischen der PKK und der Kurdistanfront zu einem Abkommen, mit dem der Krieg beendet werden soll. In einem Interview, das die Nachrichtenagentur Kurdistan mit Osman Öcalan, dem Kommandant der ARGK-Einheiten in Südkurdistan am 12. November führte, werden die Umstände, die Einzelheiten und die aktuelle Situation erläutert

Über das Abkommen zwischen der PKK und der Kurdistanfront

Ein Interview mit dem ARGK-Kommandanten Osman Öcalan

Nachrichtenagentur Kurdistan: *Gab es Vorbedingungen für den Waffenstillstand?*

Osman Öcalan: An diesen Waffenstillstand waren keine Bedingungen geknüpft. Beispielsweise war es eine Forderung der Kurdistanfront, daß wir die Gebiete, die Nord- und Südkurdistan verbinden, verlassen sollen. Sie begründeten das damit, daß die Türkei unsere Anwesenheit dort zum Vorwand nimmt, dort anzugreifen. Schon früher hatten wir dem zugestimmt und haben unsere Bereitschaft, die Grenzregion zu verlassen, zu Beginn der Kämpfe erneuert. In Gesprächen, die wir geführt hatten, haben wir immer wieder darauf verwiesen, daß sie sich mit dieser Vorstellung täuschen. Wir haben betont, daß jegliche Zugeständnisse an die Türkei diese zu noch mehr Aggressionen veranlassen würde. Das hat die Geschichte gezeigt. Nur mit unserem Kampf und einer klaren Haltung können wir die Türkei zum Nachgeben zwingen. Und trotzdem haben wir gesagt, wenn unsere Stellungen offiziell zum Vorwand für Angriffe der Türkei genommen werden, könnten wir diese auch problemlos verlegen. Wir hatten das schon früher betont. Auch wenn die Türkei sich in Südkurdistan raushalten würde und Verhandlungen zuließe, würden andere Schwierigkeiten unseren Kampf erschweren. Wenn aber die Türkei ihre Strategie bezüglich der Gebirgsregion in Südkurdistan noch intensiver als in der Vergangenheit anwenden würde, würden die Kräfte der Kurdistanfront auch ungeduldiger werden und ihre bisherige Haltung verändern. Aber wir denken, daß diese Kräfte später die Notwendigkeiten von Stellungen im Grenzgebiet noch begreifen werden.



Osman Öcalan, Mitglied des Zentralkomitees der PKK, mit einer Guerilla im Gebiet Serhed

Nachrichtenagentur Kurdistan: *Was war der Inhalt des Abkommens? Wie sieht die Einigung aus?*

Osman Öcalan: Wir denken, daß das Abkommen eine öffentliche Angelegenheit ist, wir wollen nicht, daß es geheim bleibt. Die Kräfte der Kurdistanfront allerdings wollen, daß die Vereinbarungen geheim gehalten werden. Ich glaube, es gibt dafür zwei Gründe: einerseits wollen sie den Druck der Türkei verringern, andererseits wollen sie die Möglichkeit haben, es nach ihrem Interesse auszulegen. Nach diesen Vereinbarungen sollen wir unsere Stellungen aus der Grenzregion verlegen, um der Türkei keinen Vorwand für Angriffe zu liefern. Das haben wir gemacht. Wir haben unsere Kräfte in eine andere Region verlegt. Darüberhinaus haben wir vereinbart, die Feindseligkeiten zwischen den Organisationen abzubauen. Wir wollen daß die Organisationen sich annähern anstatt sich ständig voneinander zu distanzieren. Dabei geht es darum, daß wir unsere Aktivitäten in Südkurdistan frei durchführen können, d.h. daß unsere politische und unsere Öffentlichkeitsarbeit in Südkurdistan nicht länger behindert wird. Es geht also bei den Vereinbarungen im Kern weit über die Angriffe der Türkei auf die Grenzregion hinaus. Es geht nicht nur darum, den angeblichen Vorwand für Angriffe der Türkei zu beseitigen, es geht vor allem darum, einen Boden zu schaffen, auf dem Vertrauen entstehen und sicherere Bündnisse aufgebaut werden können. Das ist der Kern der Vereinbarungen. Erklärungen, die sagen, wir hätten kapituliert oder unsere Waffen niedergelegt, sind reine Lügen. Egal in welchem Gebiet, unsere militärischen Kräfte stehen nach wie vor

unter Waffen und denken gar nicht daran, sie niederzulegen. Diesbezüglich wurde auch keinerlei Forderung oder Bedingung aufgestellt.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Werden sie jetzt beide Camps vollständig räumen?*

Osman Öcalan: Wir werden unsere Kräfte an anderen Orten stationieren. Die Türkei sagt, unser Kampf würde aus dem Ausland ins Land hineingetragen. Eine Zeit lang wurde die Mahsum Korkmaz-Akademie im Libanon als Quelle dieses Kampfes dargestellt. Dann sollte er vom Iran ausgehen und schließlich wurde diese Behauptung Grundlage für den Krieg der südkurdischen Kräfte auf uns. Die Türkei wollte die Wahrheit nie anerkennen, daß sich unsere Kampf nie auf irgendwelche Möglichkeiten im Ausland stützte, sondern daß von Anfang an die Hauptzahl unserer Kräfte sich im Land selbst befinden und von unserem Volk unterstützt werden. Natürlich haben bestimmte Gebiete uns besonders genutzt, auch in diesem Krieg. Vor allem zu Beginn unseres Kampfes nutzte es der Entwicklung unserer Kräfte. Aber heute haben diese Gebiete - ob der Libanon, Süd- oder Ostkurdistan - ihre Bedeutung verloren. In ganz Nordwest-Kurdistan haben wir ein Netz von Stellungen geknüpft, von wo aus unsere Kräfte stark genug sind in jeder Hinsicht den Kampf fortzusetzen. Die Türkei gibt immer wieder als Grund für den Krieg an, wir bekämen Unterstützung von außen. Auch deshalb haben wir uns überlegt, eine Veränderung unserer Stellungen vorzunehmen. Wir wollen deutlich machen, daß die Außen-Stellungen keinen Einfluß auf unseren Kampf haben. Wir wollen damit auch deutlich machen, daß sie den Süden trotzdem weiter angreifen wird auch wenn wir alle offiziellen Vorwände für den Krieg der Türkei beseitigen, also z.B. den Grund, unsere Guerilla würde sie von Südkurdistan aus angreifen.

***Nachrichtenagentur Kurdistan:** Wird die Kurdistanfront ihre Haltung nicht ändern, wenn Ihre politische Arbeit fruchtbar ist und sich Ihre Basis in Südkurdistan verbreitert?*

Osman Öcalan: Die täglichen Entwicklungen können sowohl positive als auch negative Veränderungen mit sich bringen. Unser Prinzip ist es, die Errungenschaften des kurdischen Volkes, die es heute gibt, zu schützen und weitere Fortschritte möglich zu machen. Sofern das Parlament und die von ihm bestimmte Regierung der Sache des Volkes dient, d.h. aus der Kraft des Volkes hervorgegangen ist, werden wir das unterstützen. Uns geht es darum, daß das Volk seine eigene Kraft erreicht.

Ein Parlament, das den Willen des Volkes widerspiegelt, wird respektiert

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Sie werden dem neuen Parlament also behilflich sein?*

Osman Öcalan: Nein, so ist das nicht gemeint. Wir werden bei der Bildung einer Regierung behilflich sein, die den Willen des Volkes von Südkurdistan zum Ausdruck bringt. Wir werden behilflich sein, daß die Macht des Volkes auch wirklich an die Macht kommt. Wir werden uns darum bemühen, daß das heutige Parlament in Südkurdistan, das wir als undemokratisch bezeichnen, sich in ein Parlament wandelt, in dem sich wirklich die Beteiligung des Volkes widerspiegelt, ein Parlament, an dem das Volk beteiligt ist. Ein Parlament, daß den Willen des Volkes widerspiegelt, das ist ein Parlament vor dem wir Respekt haben.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Ist das nicht eine neue Entscheidung von Ihnen? Bisher haben Sie doch immer gesagt, daß Sie dieses Parlament nicht anerkennen.*

Osman Öcalan: Nein, diesen Beschluß gibt es schon lange, an unserer Haltung hat sich nichts verändert. Das Parlament an sich sehen wir positiv, das war auch schon früher so. Auch an einer Regierung haben wir nichts auszusetzen. Unsere Kritik ging dahin, daß dieses Parlement und diese Regierung nicht auf der eigenen Kraft des Volkes aufgebaut wurde. Nein, wir haben unsere Meinung da nicht geändert. Überall, wo der Wille des Volkes vertreten ist, werden wir diesen verteidigen. Ein Parlament aber und eine Regierung, die nicht auf diesem Willen aufgebaut sind, werden wir nicht anerkennen. Wir werden nur ein Parlament anerkennen und unterstützen, das sich die Interessen des Volkes zum Prinzip macht, das das Volk schützt, zu seiner Entwicklung und zum Fortschritt beiträgt, ein vollkommen freies Parlament des kurdischen Volkes.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Bedeutet ein Abkommen zwischen der PKK und der Kurdistanfront indirekt nicht auch ein Abkommen mit der Türkei und den USA? Einerseits sagen Sie ja, daß der Wille der KDP und PUK völlig in den Händen der USA und der Türkei läge, die die Kurdistanfront auf den Beinen hielten und auf deren Befehl hin der Angriff gegen die PKK begonnen worden sei. Ist es dann nicht so, daß dieses Abkommen nur mit Billigung der USA und der Türkei zustandekommen konnte? Daß sie diesem Frieden zustimmen mußten? Unter diesem Aspekt sähe es doch so aus, daß KDP und PUK sich nicht ganz freiwillig an den Verhandlungstisch gesetzt haben?*

Osman Öcalan: Auch wenn diese Kräfte von den USA und der Türkei stark abhängig sind, so sind sie doch auch auf die Unterstützung des Volkes angewiesen. Sie haben begriffen, daß sie sich mit ihrer Politik nicht halten können, wenn sie das Volk gegen sich haben und es ignorieren. Das Volk macht sich immer mehr bemerkbar. Deshalb müssen sich KDP und PUK auch umorientieren, sie sind gezwungen, den Willen des Volkes mehr zu berücksichtigen. Es wurden auch Fehler gemacht. Die Situation, unser Leben hier ist eben sehr schwierig. Auch die von der PKK in Nordwest-Kurdistan erkämpften Lebensbedingungen sind noch nicht völlig abgesichert, das Volk wurde in eine üble Situation geworfen. Für uns ist dieses Abkommen auch unter dem Aspekt notwendig, damit Vorurteile abgebaut werden können. Wir wollen erreichen, daß die südkurdischen Kräfte endlich begreifen, daß die Stationierung unserer Einheiten im Grenzgebiet keinen Schaden, sondern vielmehr Sicherheit für die vorhandenen Lebensbedingungen schaffte. Das wird jetzt schon deutlich und wird sich noch klarer herausstellen. Sofort, als wir eine bestimmte Phase in diesem Krieg erreicht hatten, berief die Türkei eine Außenministerkonferenz der Länder Iran, Syrien und Saudi-Arabien ein. Auf der Tagesordnung stand die Frage des südkurdischen Parlaments und seiner Regierung. Wenn wir betrachten, zu welchem Zeitpunkt wir unsere Stellungen begannen zu verlegen und das Abkommen geschlossen haben, wird deutlich, was die Türkei damit bezweckt. Wieder hat sie ihr wahres Gesicht

gezeigt: sie will sich gegen das Parlament, das wirklich auf schwachen Füssen steht und gegen den Föderalstaat stellen.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Falls es zu einem Angriff Saddams oder der Türkei auf die Kurden in Südkurdistan kommen sollte, wie werden Sie sich verhalten? Würden Sie mit den Peschmergas zusammen gegen diesen Angriff kämpfen?*

Osman Öcalan: Letztendlich ist die Kurdistanfront eine Kraft, deren Grundlage die Interessen des Volkes ist. Auch wenn das Vertrauen heute nicht besonders groß ist, so gibt es in Südkurdistan immerhin die Möglichkeit, daß unser Volk frei sprechen kann. Die Institutionen der Kolonialisten sind zumindest liquidiert worden. Egal, wie es im einzelnen aussieht, so ist das doch heute die Realität. Die Beseitigung der politischen und militärischen Existenz des irakischen Kolonialismus hat dem Volk genutzt. Wenn es also einen Agriff vom Irak oder von der Türkei oder einer anderen Kolonialmacht geben sollte, dann müssen wir das als einen Angriff auf unser Volk begreifen. Und in einer solchen Lage steht außer Frage, daß unser Platz an der Seite unseres Volkes sein wird. Es ist unsere grundsätzliche Aufgabe, gegen die Angriffe der Kolonialisten zu kämpfen.

Reaktionen der türkischen Regierung zum Abkommen

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wie wird Ihrer Ansicht nach das Abkommen in der türkischen Regierung bewertet? Demirel äußerte sich diesbezüglich ja zurückhaltend.*

Osman Öcalan: Die Türkei beharrt noch immer darauf, unseren Befreiungskampf militärisch zu liquidieren. Sie hat heute ebensowenig wie früher Respekt vor dem freien Willen unseres Volkes. Die Türkei zwingt unser Volk weiterhin, wie Sklaven zu leben. Eine politische Lösung lehnt sie völlig ab. Mit Gewalt widersetzt sie sich dem bewaffneten und dem friedlichen Widerstand in Kurdistan. Die einzige Antwort, die sie hat, sind Massaker. Eine Schwächung der PKK wird keine politische Lösung bringen, ganz im Gegenteil: der Terror würde sich ungehindert verbreiten. Dadurch, daß wir unsere Stellungen aus der Grenzregion entfernt haben, wird sie die Gelegenheit nutzen und versuchen, alle Last dem Volk aufzubürden. Sie wird sowohl den bewaffneten Willen des Volkes, den Kampf der Guerilla, als auch seine friedlichen Initiativen versuchen, in Blut zu ersticken. Deshalb wird es keine andere Lösung als eine gewaltsame geben können. Zu erwarten, daß die Türkei ihre Haltung ändern könnte, wäre ein Fehler. Eine Möglichkeit allerdings sehen wir: bis heute hat die Türkei behauptet, die Quelle unseres Kampfes läge im Ausland. Mit der Begründung, eine von außen kommende bewaffnete Kraft bedrohe sie, hat die Türkei bis heute die seitens der USA und Europas vorgebrachten Aufforderungen nach Reformen in Kurdistan nicht erfüllt. Diesen Vorwand haben wir jetzt beseitigt. Wenn es jetzt größeren öffentlichen Druck von der demokratischen Weltöffentlichkeit gibt und der Widerstand unseres Volkes sich noch verstärkt, könnte es möglich sein, daß die Imperialisten diesen Aufforderungen mehr Nachdruck verleihen und ihre bisherige Unterstützung an die Türkei einschränken. Sollte die Türkei so weitermachen wie bisher, wird sich der Druck der landeseigenen Öffentlichkeit noch verstärken. Damit, denken wir, werden sich die von uns getroffenen Veränderungen im Grenzgebiet nicht zugunsten der Türkei auswirken.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Es gibt Gerüchte die besagen, daß Sie schon tot sind, Herr Öcalan?*

Osman Öcalan: Es ist klar, dieser Krieg wurde auf einer ungerechten Grundlage begonnen. Die Aggressoren waren die Türkei und die Kurdistanfront. In allen Teilen Kurdistans war das Volk darüber sehr entsetzt. Das Volk in die Hoffnungslosigkeit zu treiben und gleichzeitig jeden Widerstand zu verhindern ist eine hinlänglich bekannte Methode des psychologischen Krieges. Die Verbreitung von Falschmeldungen, wie z.B. daß bekannte Genossen als Märtyrer gefallen seien, soll die Moral unserer Kampfeinheiten als auch des Volkes zerstören.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Was bezwecken die KDP und die PUK? Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe für diese politischen und militärischen Manöver innerhalb so kurzer Zeit?*

Osman Öcalan: Es ist eine alte Schwäche der südkurdischen Kräfte, daß sie sich nie auf die Kraft des eigenen Volkes sondern auf immer wechselnde andere Kräfte verlassen haben, um die Freiheit zu erreichen. Das ist eine Tradition der Kollaborateure. Sie haben sich immer kurzfristige Ziele gesetzt und wir sehen das so, daß sich das heute zugespitzt hat. Obwohl diese Politik schon mehrmals gescheitert ist, halten sie daran beharrlich fest. Es ist ein Grundsatz der Politik von KDP und PUK, sie machen ihre Existenz von irgendwelchen anderen Kräften abhängig. Einmal vom Iran, heute von der USA und der Türkei. Eine solche Politik kann nicht erfolgreich sein. Auch wenn es kurzfristig Ergebnisse geben mag, so müssen sie doch immer wieder an ihren Ausgangspunkt zurückkehren. Die Geschichte hat das gezeigt: 1974 erreichten sie mit der Unterstützung der USA und des iranischen Schah die Autonomie. Doch genau einen Tag, nachdem die USA, der Iran und der Irak ihre jeweils eigenen Interessen gesichert hatten, war das vorbei. Auch während des letzten Krieges zwischen Iran und Irak wurden sie wieder aus taktischen Gründen eingesetzt. Als der Krieg fast zu Ende war, brauchte der Iran sie nicht mehr und sie waren wieder am Anfangspunkt gelandet. Immer mußte das Volk diese Politik teuer bezahlen. Die Kriegszerstörungen der Heimat führte zur Vertreibung der Menschen. Und heute wird wieder die gleiche Politik betrieben. Und auch, wenn sie einige Rechte für das Volk erreicht haben, so haben sie doch nichts erkämpft, was diese Rechte garantieren könnte.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Werden sie von der USA Garantien bekommen?*

Osman Öcalan: Nun, das Interesse der USA ist der Sturz Saddams. Wenn sie es schaffen würden, das Vakuum, das durch den Kampf gegen Saddam entstanden ist, auszufüllen, wäre das sicherlich nicht schlecht. Sie müßten bewaffnete Volksmilizen bilden, eine politische Organisierung des Volkes aufbauen, eine Struktur, die die politische und militärische Organisiertheit absichern könnte, die die Errungenschaften des Volkes verteidigen könnte. Wenn sie auf einer solchen Ebene von der USA profitieren würden, wäre das sicherlich gut. Solange das aber nicht so ist und sie sich völlig von der USA abhängig machen, wird die USA nur versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Und eine iraki-

sche Zentralregierung entspricht mehr den Interessen der USA. Wenn sich aber der Kampf in Kurdistan auf einer höheren Stufe weiterentwickelt, könnten ein Föderalstaat und eine eigene Regierung den Interessen der USA mehr entsprechen. Daher denken wir, daß die heutige Situation sich jederzeit ändern kann.

Über den Charakter der südkurdischen Kräfte

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Können Sie uns kurz den Unterschied zwischen der KDP und der PUK erläutern?*

Osman Öcalan: Die Basis der PUK hat ein größeres patriotisches Bewußtsein, das ist eine intellektuelle Schicht. Sie hat ein ausgeprägteres Bewußtsein im Handeln und ist politisch interessiert. Die Basis der KDP dagegen ist reaktionär. Ihre Struktur ist geprägt von den bäuerlichen, feudalen Stammesstrukturen. Ihr Interesse an Politik ist fast gleich Null. Ihre Grundlage sind die alltäglichen Grundbedürfnisse. Sie handelt nach dem Motto: wes' Brot ich eß, des Lied ich sing. Noch nie hat die Basis der KDP Interesse gezeigt, einen ausdauernden politischen Kampf zu führen. Das sind ungefähr die Unterschiede. Deshalb kann die PUK begrenzte Schritte in Richtung nationalem Befreiungskampf unternehmen während die KDP an diesem Punkt rückständig ist. Für die KDP ist die nationale Befreiung nicht das vorrangige Ziel, sondern sie interessiert mehr die aktuellen Fragen.

Einschätzungen zum Kriegsverlauf

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wie verliefen die Gefechte an der Front zur Türkei hin?*

Osman Öcalan: Während die Peschmergas der Kurdistanfront und die türkische Armee zunächst von verschiedenen Seiten angriffen, schlossen sie ihre Kräfte später zusammen und führten den Angriff vereint. Erst als deutlich wurde, daß die Peschmergas diesen Kampf nicht führen konnten und ohne Erfolg blieben, griff die türkische Armee mit großen Kräften ein. Der Krieg wurde zunehmend zu einem zwischen der Türkei und unserer Partei. Besonders an der Haftanin-Front war das so. Die Kraft, die an vorderster Stelle kämpfte, war die türkische Armee. Die Peschmergas unterstützten sie lediglich, halfen ihnen, sich im Gelände zurechtzufinden.

Wir mußten jederzeit mit Bombenangriffen rechnen

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Können Sie uns etwas über die Folgen der Bombenangriffe sagen?*

Osman Öcalan: Die Bombenangriffe sollten die Beweglichkeit unserer Guerillaeinheiten einschränken. Bei diesen Angriffen fiel einer unserer Guerilleros als Märtyrer, einige wurden verletzt. Durch diese Bombenangriffe hatten wir also keine großen Verluste. Allerdings verhinderten sie die ungestörten Bewegungen unserer Kräfte beim Wechseln ihrer Stellungen, bei ihren Angriffen und der Verteidigung. Ausschlaggebend für den Kampf waren die Bodengefechte. Schon früher hat es viele Luftangriffe gegeben, über deren Ergebnisse die Türkei aber immer große Lügen verbreitet hat. So hatten wir bei Angriffen, wo die Türkei von hunderten toter Guerilleros sprach, nicht mal einen Verletzten.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wie hoch sind Ihrer Einschätzung nach die Verluste der türkischen Armee?*

Osman Öcalan: Zunächst mal möchte ich sagen, daß es in Xankurke (Hakurk) kein ernsthaftes Gefecht gegeben hat. Bei einem Hinterhalt hatte die türkische Armee einen Verlust von acht Soldaten. Dann gab es noch einen größeren Angriff auf uns, wo auf unserer Seite 30 Märtyrer waren. Wir haben außerdem eine Menge Waffen erbeutet. Der türkische Generalstab spricht bei diesem Gefecht von 23 Verlusten auf ihrer Seite. Wir haben einen Verlust von 38 ihrer Leute insgesamt an der Xankurke-Front festgestellt. Die eigentlichen Gefechte fanden aber an der Haftanin-Front und bei Cukurca statt. Ihre Verluste dort betragen ungefähr 500 Soldaten.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Und Flugzeuge?*

Osman Öcalan: Insgesamt haben wir drei ihrer Flugzeuge abgeschossen, jeweils eins in Xankurke, in Cukurca und in Haftanin.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: In den ersten Tagen der Kämpfe hat ihre Europa-Organisation eine Erklärung herausgegeben, wonach Sie türkische Offiziere festgenommen haben. Befinden sich diese noch in Ihrer Hand?*

Osman Öcalan: Das ist eine Fehlinformation. Tatsächlich hatten wir die Leichen türkischer Offiziere. So war das, als diese Erklärung veröffentlicht wurde, wir hatten die Leichen türkischer Offiziere und es wurde fälschlicherweise so dargestellt, als hätten wir sie gefangen genommen. Selbst die Kommandanten der Kurdistanfront bestätigten, daß an allen Fronten türkische Offiziere bei den Peschmergas waren. Sie haben sich nach diesen Aussagen an der Nachrichtenübermittlung, der Koordinatenherstellung und auch an den Gefechten beteiligt. Vor allem an der Haftanin-Front übernahmen sie zeitweise den Transport der Peschmergas. Und bei einem dieser Gefechte fielen uns die Leichen von vier türkischen Offizieren in die Hände.

Die politischen und militärischen Folgen des Krieges für die PKK

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Welchen militärischen und politischen Gewinn werden diese Gefechte der PKK bringen?*

Osman Öcalan: Diese Gefechte haben sich von früheren sehr stark unterschieden: die PKK repräsentiert in erster Linie den Willen des kurdischen Volkes.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Und was bedeuten sie bezüglich der internationalen Dimension?*

Osman Öcalan: Es handelt sich weniger um einen Krieg zwischen der Türkei und der PKK, als vielmehr um einen Kampf zwischen einer Kraft die den Willen des eigenen Volkes repräsentiert und einer Kraft, die diesen Willen verhindern will und bekämpft. Die Ergebnisse werden also eine andere Bedeutung haben. Auch,

wenn das heute noch nicht überall sichtbar ist, so haben diese Kämpfe dem Volk doch die Augen geöffnet. Und das wird dazu führen, daß das Volk in dieser Frage eine bewußtere Haltung einnehmen wird. Die Front, die uns gegenübersteht reicht von der USA bis zur Kurdistanfront. Doch ist die Basis dieser Front nicht sehr stabil. Sie beruht auf Interessen und zwar nicht auf den Interessen des Volkes sondern auf den Interessen der Kolonialmächte und der Imperialisten. Indem wir das Abkommen geschlossen haben, wurde dieser Interessensfront in gewisser Hinsicht die Grundlage entzogen. Die Vorteile, die dieses Bündnis verspricht, sind nur aktueller, nicht aber langfristiger Natur. Die Widersprüche werden jetzt noch deutlicher werden, vor allem der zwischen dem kurdischen Volk und den Kolonialisten. Die Fronten werden sich klären. Die undemokratischen Methoden der Türkei vor der Weltöffentlichkeit zu entlarven ist leichter geworden und wenn Druck in der fortschrittlichen demokratischen Öffentlichkeit entsteht, werden die Imperialisten nicht mehr so ungehindert wie früher die Türkei unterstützen können.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Können Sie uns Informationen über die Lage dort geben, von wo Sie gerade kommen?*

Osman Öcalan: Das Gebiet Zile, in dem wir uns jetzt aufhalten, war früher das Hauptquartier der PUK, die lange Zeit gegen das irakische Regime kämpfte. Die geographische Lage ist ebenso gut wie die Haltung der Menschen, die in diesem Gebiet leben: sie sind patriotisch eingestellt. Die Strukturen sind gut für die Bedingungen, die unsere Guerilla braucht. Diese Gegend spielte in dem langjährigen Kampf gegen Saddam eine zentrale Rolle. Alle Angriffe von ihm konnten hier zum Scheitern gebracht werden. Außerdem liegt es im Grenzgebiet sowohl zu Süd- als auch zu Ostkurdistan. Unsere Anwesenheit hier wird dem Volk von Süd- und Ostkurdistan unseren nationalen Befreiungskampf noch besser vermitteln können.

Die Haltung der PKK-Parteiführung zu dem Abkommen

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Welche Meinung vertritt Abdullah Öcalan zu den Friedensverhandlungen mit der Kurdistanfront? Können Sie uns darüber Auskunft geben?*

Osman Öcalan: Schon bevor dieses Komplott begann, das ja lange geplant und sorgfältig eingefädelt worden war, gab es seitens unserer Führung intensive Bemühungen darum, es zu verhindern. Entweder durch einen Kampf oder auf andere Weise sollte es verhindert werden. Wie auch schon früher, bei anderen Gefechten oder auseinandersetzungen, hat unsere Parteiführung eine Haltung für den Frieden eingenommen. Immer wieder appellierte sie, daß vorhandene Probleme nicht durch Gefechte sondern mit anderen Mitteln gelöst werden sollten. Und diese Verhandlungen waren von dem grundsätzlichen Willen geprägt, die Probleme ohne Waffen zu lösen. Mit dieser Haltung haben wir die Verhandlungen begonnen um ein eng umfaßtes Abkommen zu erreichen. Unsererseits möchten wir das Abkommen noch erweitern. Das kurdische Volk soll sich nicht gegenseitig bekämpfen. Seine revolutionäre und patriotische Energie sollte nicht durch solche Auseinandersetzungen erschöpft werden, sondern sollte vielmehr gegen den Kolonialismus gerichtet werden. Wenn die Kurdistanfront bereit ist, das geschlossene Abkommen zu einem weitergehenden Bündnis auszubauen, werden wir den Kampf des kurdischen Volkes auf höherer Ebene weiterentwikkeln können.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wie wird sich die Türkei verhalten? Wird sie sich*



Befreiungskämpferinnnen der PKK bei den Gefechten mit den KDP/PUK-Peschmergas in Xan Kûrkê in Südkurdistan (Foto: Özgür Gündem, 28. Oktober 1992)

gegen die Kurdistanfront stellen, weil sie diesen Frieden geschlossen hat?
Osman Öcalan: Nach den aktuellen Veränderungen an der türkischen Staatsgrenze könnte sie nur eine schwache Haltung gegen das Parlament und die Regierung in Südkurdistan einnehmen. Sie wird weder Parlament noch Regierung anerkennen. Es könnte auch zu einer weiteren aktiven Intervention kommen, falls die Türkei keine anderweitigen Beschlüsse faßt.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Könnte die türkische Armee Ihrer Meinung nach noch länger in Südkurdistan bleiben?*
Osman Öcalan: Die Gründe für die Angriffe der Türkei auf Südkurdistan sind nach dem Abkommen, daß zwischen uns und der Kurdistanfront geschlossen wurde, entfallen. Deshalb hat die türkische Armee keinen Grund mehr, noch länger in Südkurdistan zu bleiben. Sollte sie dennoch darauf bestehen, wird das Volk dagegen protestieren, so ist auch das Bewußtsein im Volk. Schon jetzt fühlt es sich von der türkischen Armee ernsthaft belästigt. Es gibt allerdings eine Tendenz, daß die türkische Armee noch länger bleiben will, doch gleichzeitig befürchtet sie auch Gegenreaktionen und deshalb sind diese Chancen gering. Sollte sie dennoch bleiben, wird sie mit einer Opposition konfrontiert werden und das Volk von Südkurdistan wird ihren Kampf gegen die Türkei richten.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wäre es denkbar, daß die Türkei den Versuch unternimmt, Mossul einzunehmen?*
Osman Öcalan: Eigentlich ist sie jetzt zu schwach dafür. Zwar trägt sie sich mit diesem Gedanken schon länger, aber der Kampf unserer Partei im Norden bringt die Türkei schwer in Bedrängnis. Nach Mossul zu marschieren dürfte zu schwer für sie sein, wo sie täglich mit Angriffen auf ihrem eigenen Staatsgebiet konfrontiert ist. Die aktuellen Bedingungen sind dafür nicht günstig. Deshalb wird sie dieses Ziel, Mossul und Kirkuk einzunehmen, nicht realisieren können. Sie wird es nicht wagen.

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Wie bewerten Sie den Plan der Türkei, einen Sicherheitsgürtel einzurichten?*
Osman Öcalan: Die geographischen Bedingungen in der Region machen so etwas unmöglich. Außerdem können sie ja noch nicht mal unsere Guerillaaktivitäten im Land kontrollieren. Dieser Sicherheitsgürtel, den sie zwischen dem nördlichen und südlichen Teil unseres Landes einrichten wollen, wird funktions- und wirkungslos bleiben.

Neue Angriffe von Saddam sind nicht ausgeschlossen

Nachrichtenagentur Kurdistan: Könnte es einen neuen Angriff von Saddam geben?
Osman Öcalan: Derzeit hat Saddam keinerlei Möglichkeiten, einen Angriff zu starten. Sollte es von seiten der USA und der Türkei eine Zustimmung dazu geben, sollte er die Möglichkeit bekommen, sich wieder zu stärken, dann wird er zuschlagen. Daß er jetzt nicht angreift liegt daran, daß er die Kraft dazu nicht hat. Sowohl militärisch als auch politisch ist er zu schwach dazu. Außerdem hat er ökonomische Probleme, es gibt die Drohungen aus dem Westen und die Wut des Volkes richtet sich gegen ihn. In einem solchen Klima hat er keine Möglichkeit, anzugreifen. Es sei denn, es gibt Geheimvereinbarungen zwischen der Türkei und Saddam. Beziehungen zwischen ihnen gibt es noch immer. Sollte daraus ein Bündnis entstehen, könnte es zu einem Angriff kommen. Falls die derzeitige Lage sich grundlegend veränderte, dann wäre solch ein Angriff möglich.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Haben Sie das Ziel, das Sie sich für 1992 gesteckt hatten, erreicht?
Osman Öcalan: Im Kriegsgebiet herrscht große Unklarheit. Wenn jede beteiligte Kraft bestimmte Dinge umsetzt, dann könnte unser Ziel realisiert werden. Das gilt auch für die Türkei. Die Türkei hat sich das Ziel gesetzt, unseren nationalen Befreiungskampf zu liquidieren. Das Ziel hat sie verfehlt. Allerdings hat sie unsere Entwicklung, wenn auch nur geringfügig, so doch eingeschränkt. Wir hatten das Ziel, der Türkei militärisch noch härtere Schläge zuzufügen, wir wollten sie aus den für uns strategisch wichtigen Gebieten vollständig vertreiben. Aus verschiedenen Gründen waren wir zu schwach, um dieses Ziel zu erreichen. Zwar haben wir die Türkei militärisch geschwächt, wir haben ihre politische Autorität verringert, unsere Autorität dagegen festigen können. Aber wir können nicht sagen, daß wir unser strategisches Ziel erreicht haben. Wir konnten die Türkei nicht vollständig vertreiben. Also keine der zwei Kräfte hat ihr Ziel erreicht. Während aber die Türkei militärisch und politisch zurückgeworfen wurde, haben wir Fortschritte gemacht. Unsere militärischen Kräfte sind gestärkt und auch unsere politische Stärke hat zugenommen, unser Einfluß ist gestiegen.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Was ist allgemein Ihr Ziel für 1993?
Osman Öcalan: Unser militärisches Ziel ist klar: wir wollen die kolonialistische Kraft in Kurdistan liquidieren. Unsere Aktivitäten in dieser Richtung sind vielfältig und umfassen kleine und große Schritte. Berücksichtigen wir die unklare Situation des Krieges, dann können wir sagen: alles ist möglich. Es ist also auch möglich, den Feind aus vielen strategisch wichtigen Gebieten zu vertreiben und auf dieser Ebene werden wir unseren Kampf weiter entwickeln.

Die politische Situation in der Türkei und im Iran

Nachrichtenagentur Kurdistan: Was können Sie uns über die Türkei sagen?
Osman Öcalan: Am 15. Tag dieses Krieges haben sie eine Erklärung herausgegeben. Danach beliefen sich ihre Kosten auf elf Trillionen türkische Lira. Das ist ein Betrag, der zum Haushalt dazu gerechnet werden muß. So, wie unser Kampf die ökonomische Krise der Türkei verschärft, hat er sich auch in einer politischen Instabilität widergespiegelt. Die Regierungen sind ja auch immer von ziemlich kurzer Dauer. Auch die Demirel-Inönü-Regierung zeigt erste Schwächeanfälle. Das haben die letzten Kommunalwahlen gezeigt. Die Massen entziehen den bekannten Parteien ihre Unterstützung und schauen sich um nach solchen, die etwas oppositioneller erscheinen. Die ökonomische und politische Instabilität verschärft

sich. Der Krieg, den wir entwickeln, wird dazu beitragen, daß die Türkei noch schwächer wird.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Wie sieht die Lage im Iran aus? Während der Gefechte wurde sowohl von der türkischen Presse als auch von der Kurdistanfront immer wieder die Nachricht verbreitet, Sie würden vom Iran logistische Unterstützung erhalten. Genauer gefragt: unterhalten Sie Beziehungen zum Iran?
Osman Öcalan: Wie bei anderen Themen auch, hat die Presse auch hier die Wahrheit verdreht. Meldungen und Kommentare, wonach der Iran uns unterstützen würde, sind reine Illusion. Das Gegenteil ist der Fall. Schon während der Vorbereitungen als auch während der Kämpfe selbst hat der Iran auf der Seite der Türkei gestanden. Er mobilisierte starke militärische Kräfte an seine Grenze. Damit sollte die Unterstützung des Volkes aus Ostkurdistan für uns verhindert werden. Aber der Iran beschränkte sich nicht auf die Kontrolle der Ein- und Ausreise, unsere Einheiten wurden mit Kanonen und Panzern angegriffen, einige unserer Kräfte in Ostkurdistan wurden verhaftet. Einige verwundete Genossen von uns, die zur Behandlung in Ostkurdistan waren, wurden ins Gefängnis gesteckt. Der Iran steht nicht auf unserer Seite. Das läßt sich aus diesen Maßnahmen eindeutig erkennen.

Die internationale Situation nach dem Präsidentenwechsel in den USA

Nachrichtenagentur Kurdistan: Welche Veränderungen wird der Machtwechsel der US-amerikanischen Präsidentschaft für die Welt und besonders für die Kurden mit sich bringen?
Osman Öcalan: Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat sich weltweit und auch auf die USA ausgewirkt. Die Mächtigen der USA aus der republikanischen Partei, Reagan und Bush, klammerten sich starr an ihre Politik der Vergangenheit. Vom Zusammenbruch der sozialistischen Staaten wollten sie so viel wie möglich profitieren. Sie hielten Veränderungen in ihrer eigenen Politik so gut wie gar nicht für nötig. Aber die veränderte internationale Lage hat sich auch in der USA ausgewirkt, die ökonomischen und sozialen Probleme sind angewachsen. Und überall dort, wo sie intervenierten um angeblich Probleme zu lösen, haben sich die Probleme nur verschärft. So war es im Irak, so war es in Jugoslawien, wo die Kämpfe mittlerweile ein chaotisches Ausmaß angenommen haben. Der Realsozialismus ist zwar zusammengebrochen, aber auch der Imperialismus hat nicht gesiegt. Viel Geld haben sie ausgegeben, doch das Gegenteil wurde bewirkt: die Instabilität vergrößerte sich. Auch mit ihrer sogenannten neuen Weltordnung blieben sie erfolglos und können keine Fortschritte verzeichnen. Entsprechend den Interessen der USA sollte die ganze Welt umgestaltet werden. Ihre schon in der Vergangenheit betriebene imperialistische Politik wollten sie in noch größerem Maßstab durchsetzen. Doch haben sich die Probleme dadurch nur vergrößert und mittlerweile wirkt sich das auch in ihrem eigenen Land aus. Die Welt wurde in ein noch größeres Durcheinander gestürzt und das Volk in den USA, daß dies mittlerweile zu spüren bekommt, wählte die Bush-Regierung ab. Jetzt wird es auch Veränderungen in der Haltung der USA geben. Die USA werden bezüglich der Menschenrechte und der Demokratie auch in ihrem eigenen Land Schritte unternehmen müssen, wenn sie ihre eigenen sozialen und ökonomischen Probleme lösen wollen. Dann werden sie sich weniger in anderen Teilen der Welt einmischen. Der neue Präsident der demokratischen Partei und die Regierung, die er bilden wird, werden diese Tatsachen nicht ignorieren können. Das bedeutet, das Klima wird freier, in dem die Völker der Welt ihren Willen zum Ausdruck brinken können.



Ein Guerillero bei einem Einsatz in Xan Kûrkê

Der Angriff auf die Brigade bei Derecik

Nachrichtenagentur Kurdistan: Vor kurzer Zeit haben Sie in Derecik einen Angriff durchgeführt. Darüber liegen uns nur wenige Informationen vor. Wie sieht die wirkliche Lage an Ihrer Front aus?
Osman Öcalan: Die offiziellen Meldungen in der türkischen Presse und von der Regierung entsprechen nicht der Wahrheit. Selbst Demirel hat behauptet, wir hätten in Derecik ungefähr 200 Guerilleros verloren. Das ist absolut unwahr. Wir haben 40 KämpferInnen verloren. Ihre Verluste dagegen lagen nicht bei 34, wie sie behauptet haben, sondern bei 360. Ihre gesamte Brigade wurde vernichtet. Nur wenige konnten sich aus dem Gebäude der Brigade retten, ebenso aus den Stellungen außerhalb. Die zur Verstärkung von ihnen gerufenen Kräfte haben in die Kämpfe nicht eingegriffen. Und wäh-

rend die Brigade dort vernichtet wurde, haben wir ebenfalls die Militärstationen von Samanli und Yesilova angegriffen. Auch dort hatten sie noch Verluste. Insgesamt lagen die Verluste des Feindes bei circa 400.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Welche Bedeutung hatte denn diese Brigade?
Osman Öcalan: Die Bedeutung dieser Brigade ist so groß, weil sie in einem Gebiet Kurdistans stationiert ist, in dem das Bandenwesen besonders stark verbreitet ist. Dieses Bandenwesen wird von einem der reaktionärsten Stämme Kurdistans betrieben. Alle Dörfer im Umkreis dieser Brigade sind voll von diesen aggressiven Bandenmitgliedern. Außerdem ist Derecik das militärische Zentrum der Region. Bei allen Operationen liefen die Transporte und der Nachschub über diese Brigade. Außerdem gibt es diese Militärstationen, die zum Schutz dieser Brigade eingerichtet wurden. Auch an anderen Stellen in den Bergen, in Samanli und Yesilova und anderen Orten, haben sie viele ihrer Kräfte zusammengezogen, viel mehr als in anderen Gegenden, ihre Struktur dort ist sehr gefestigt. Allein bis dorthin zu gelangen war schon ein großer Erfolg für uns. Und dann ist es uns gelungen, das Ziel vollkommen zu zerstören und das bedeutet, daß wir die Stärke und die Fähigkeit haben und in der Lage sind, alle Militärzentren der Türkei zu zerstören. Kein Ziel ist vor unseren Schlägen sicher, egal wie gut es bewacht wird.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Wie viele Leute waren von Ihnen an dem Angriff beteiligt?
Osman Öcalan: Wir haben mit 340 Guerillakräften angegriffen.

Nachrichtenagentur Kurdistan: Bei ihrem Rückzug war es wohl schon hell. Es kamen Hubschrauber und Flugzeuge, trotzdem hatten Sie nur 40 Verluste. Ist das nicht untertrieben?
Osman Öcalan: Der Mut der türkischen Armee ist gebrochen. Die türkischen Soldaten haben dort gar nicht gekämpft und sie haben sich gar nicht gezeigt. Sie blieben passiv.
Unsere Verluste wurden uns vor allem durch die Banden zugefügt. Von den Soldaten kam wirklich sehr wenig Widerstand. Aber natürlich ist es auch eine Frage, wie eine solche Aktion geplant wird. Wir haben ihre Koordination lahmgelegt, sie hatten keine Funkverbindung mehr, weder mit den Bodeneinheiten noch mit der Luft, sie waren wie gelähmt. Dadurch haben wir ihnen die Möglichkeit zerstört, ihre Kräfte wirksam einsetzen zu können. □

"Verletzte Guerilleros wurden barbarisch ermordet"

***Nachrichtenagentur Kurdistan**: Es gab eine Pressemitteilung mit der Überschrift "Sie haben Verletzte umgebracht". Was steckt dahinter?*
Osman Öcalan: Außer dem militärischen Krieg führen sie auch einen psychologischen Krieg gegen uns. Der basiert auf dem Prinzip der Lüge, die Wahrheit wird völlig verdreht. Aber es ist schon möglich zu erkennen, worum es geht. An Newroz verübte der türkische Staat ein Massaker und wollte die Guerilla dafür verantwortlich machen. Die türkische Armee legte Sirnak in Schutt und Asche und versuchte die Öffentlichkeit damit zu täuschen, daß die Guerilla angegriffen habe. Es hatte aber kein Gefecht gegeben. Die Türkei nutzt alle ihre Möglichkeiten, um die Wahrheit zu verdrehen und die Öffentlichkeit so zu beeinflussen. Bei uns ist es allgemein so, daß wir Einheiten haben, die sich um die Verletzten kümmern. In Haftanin sind 15 unserer verletzten Genossen in die Hände der Türkei geraten und wurden von der türkischen Armee erschossen. Andere unserer Genossen, die unverletzt festgenommen wurden, wurden mit auf dem Rücken gefesselten Händen erschossen. Die Lügenpropaganda der Türkei kennt keine Grenzen, wenn aber die Wahrheit ans Tageslicht kommt, wird auch die ganze Würdelosigkeit der Türkei deutlich. Wir befinden uns im Klima des Krieges. Ich sagte bereits, daß wir spezielle Einheiten für die Versorgung der Verletzten haben. Manchmal kommt es beim Rückzug aus einem Gebiet zu Verzögerungen und es bleibt keine Möglichkeit mehr, die Verletzten wegzutragen. Sie sind aber nicht so schwer verletzt, daß sie sterben müßten, sondern können oft nur nicht laufen. Die Bedingungen in den Bergen sind schwer. Dann werden sie in ein Versteck gebracht. Wenn das auf türkischem Staatsgebiet ist, erschießt sie die türkische Armee. Wir haben versucht, daß das Rote Kreuz interveniert. Die türkische Armee hat unsere Verletzten erschossen ohne sie auch nur zu verhören. Sie hat unsere Verletzten barbarisch ermordet. Menschenrechte werden in diesem Krieg mißachtet, die Hilfsorganisationen bleiben funktionslos. Sie zogen es vor, gegenüber diesen Methoden der Türkei zu schweigen. Wir erwarten aber, daß sie ihre Aufgabe erfüllen.

Foto aus "Hürriyet" vom 7. November 1992: Angeblich wären die PKK-Guerillas ohne ihre Schuhe geflüchtet, weil sie nicht die Zeit zum Anzeihen gehabt hätten, so das Kommentar der Staatstreuen türkischen Tageszeitung.

Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen

Morde der Konterguerilla

Am 9. Oktober wurde der Lehrer Zülküf Sahin um 17.30 Uhr im Stadtteil Baglar in Diyarbakir von der Konterguerilla ermordet. Sein Kollege Necati Günes wurde bei dem Angriff verletzt. Am nächsten Tag blieben aus Protest gegen den staatlichen Mord alle Geschäfte geschlossen und in Mardin kamen viele Menschen zur Beerdigung des ermordeten Lehrers.

Am 10. Oktober wurden in Batman der 30-jährige Minibusfahrer Besir Aslan und Emin Basaran von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

Am 11. Oktober wurde das HEP-Kreisvorstandsmitglied von Diyarbakir Halit Temil um 10.00 Uhr von der Konterguerilla durch einen Schuß am Arm verletzt.

Am gleichen Tag wurde das Dorf Varto bei Mus von den Staatskräften beschossen. Dabei wurden Mehmet Kirmizitas und Güler Öztekin ermordet. Anschließend führten die Sicherheitskräfte Massenverhaftungen durch.

Auch Cizre wurde in der gleichen Nacht zwei Stunden lang von den Staatskräften beschossen. Die Bevölkerung verbrachte die Nacht in unterirdischen Schutzräumen. Viele Häuser und Geschäfte wurden durch den Angriff zerstört.

Am 12. Oktober wurde Mehmet Siddik Öztekin in Batman von der Konterguerilla ermordet.

Am gleichen Tag wurden in Silvan Ismet Öztürk von der Konterguerilla erschossen und Recep Hekimoglu verletzt.

In der gleichen Nacht wurde das Dorf Seyh Hasan in Sirnak-Idil von den Staatskräften unter Dauerbeschuß genommen. Durch den Angriff, der bis zum nächsten Morgen dauerte, wurden viele Häuser und Geschäfte zerstört.

In Batman wurde am gleichen Tag der 18-jährige Student Hanifi Erkin von der Konterguerilla durch Schüsse verletzt.

In Mardin-Kiziltepe wurde der 37-jährige Bekir Cengiz von der Konterguerilla ermordet und Bahri Cengiz verletzt.

Am 13. Oktober wurden in Batman der 19-jährige Abdülhalim Kaplan und der 30-jährige Mehmet Sah Tangüner von der Konterguerilla ermordet.

Am gleichen Tag wurde in Mardin-Midyat der 45-jährige Lehrer Hasim Levent von der Konterguerilla ermordet.

Am 15. Oktober wurde Metin Turan in Mardin-Nusaybin von der Konterguerilla durch Schüsse schwer verletzt.

Am 20. Oktober wurden in Nusaybin der 17-jährige Student Sinan Demirtas und der 25-jährige Friseur Mecit Pektas von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.



Ein kurdischer Zivilist, der bei den Angriffen auf die Stadt Sirnak durch türkisches Militär erschossen wurde.

Am gleichen Tag wurde der 37-jährige Arbeiter Ihsan Yazaydik, von einem vorbeifahrenden Militärfahrzeug aus erschossen, als er auf den Bus wartete. Der 39-jährige Nuri Baskiziz, der das von seinem Balkon aus beobachtet hatte und laut gegen den Mord protestierte, wurde daraufhin ebenfalls von den Soldaten durch Schüsse ermordet.

Am 16. Oktober wurde von der Konterguerilla in Batman Serif Basci ermordet und Bilint Basci durch Schüsse schwer verletzt.

Am 18. Oktober explodierten drei Gasflaschen in einem Laden in Sirnak durch Schüsse der Konterguerilla und richteten große Verwüstungen an.

Am 19. Oktober wurde der 22-jährige Metin Tan in Batman von der Konterguerilla ermordet. Am gleichen Morgen wurde A. Kadir in seinem Geschäft von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet. Am Abend wurde der 20-jährige Necmettin Keles von der Konterguerilla ermordet und Mehmet Selvi durch Schüsse schwer verletzt.

Am gleichen Tag wurde in Nusaybin der 28-jährige Elektriker Abdulgafur Demirbag von der Konterguerilla durch Schüsse schwer verletzt.

Am 21. Oktober wurde der Lehrer Hikmet Altuk, Mitglied der Gewerkschaft Egit-Sen, in Diyarbakir von der Konterguerilla durch Schüsse schwer verletzt.

Gefangene Guerilleros in Malatya von der türkischen Armee ermordet

Am 14. Oktober kam es in der Nähe des Dorfes Dogansehir in Malatya zu einem Gefecht zwischen der Kolonialarmee und einer Guerillagruppe. Ein Journalist, der den Funk abgehört hat, erklärte, daß es bei diesem Gefecht von 9.30 bis 15.00 Uhr auf beiden Seiten keine Verluste gegeben hatte. Dann kam ein Befehl die Guerilleros zu vernichten, anschließend war eine heftige Detonation zu hören. Die Angehörigen der 25 ermordeten Guerillakämpfer und -kämpferinnen erklärten, daß die Leichen zerfetzt waren und keine Einschußwunden aufwiesen. Ein großer Teil der Ermordeten hatte sich erst eine Woche zuvor der ARGK angeschlossen, war noch nicht ausgebildet und unbewaffnet. Sie wurden unbewaffnet ge-



Grausam verstümmelte Leiche eines kurdischen Flüchtlings, der in der Gegend um Hakkari durch türkische Soldaten hingerichtet wurde.

fangen genommen und anschließend von der türkischen Armee ermordet. Zwischen dem 16. und dem 20. Oktober kamen die Familienangehörigen teilweise auch aus der Türkei nach Dogansehir. An den Beerdigungen, die zu Kundgebungen für den Befreiungskampf wurden, beteiligten sich jeweils mehrere hundert Menschen. In der Nacht des 16. Oktober beschoß die türkische Armee den Ort 20 Minuten lang mit Dauerfeuer.

Militär verbrennt und vermint ein Dorf in Mardin

Die Ortschaft Kaynak beim Dorf Ahmetli in Mardin, die bereits im April unter dem Vorwand, die Bewohner hätten die PKK unterstützt, vom Militär gewaltsam geräumt wurde, ist am 10. Oktober niedergebrannt worden. Außerdem hat das Militär die ganze Umgebung vermint, so daß die Bewohner, die in zwei anderen Dörfern in der Nähe Zuflucht gefunden hatten, nicht einmal mehr zu ihren Feldern gehen können.

30 Menschen in Bitlis verhaftet

Am 17. Oktober überfielen Kräfte der Spezialteams ohne jeden Grund das Dorf Kirkbulak in Bitlis und nahmen ungefähr 30 Menschen fest. Unter den Festgenommen sind auch zwei HEP-Funktionäre. Am Vortag kamen 500 Menschen zu einer Beerdigung, die von den Sicherheitskräften jedoch nicht angegriffen wurde und die ohne Zwischenfälle verlief. Die Angehörigen der Festgenommenen sind beunruhigt, weil sie keine Nachricht haben und drohten einen Hungerstreik an, wenn ihre Verwandten nicht bald freigelassen werden.

Familie von Gündem-Korrespondenten festgenommen

Am 14. Oktober wurde die Wohnung der Familie Celiker in Tatvan, in der sich zu diesem Zeitpunkt auch der Özgür Gündem Korrespondent von Van, Hayrettin Celiker, zu einem Besuch aufhielt, von einem Spezialteam überfallen. Alle Anwesenden wurden festgenommen, angeblich wegen der Explosion einer Bombe im Stadtteil Bahcelievler. Nach fünf Tagen Haft bei der Sicherheitsbehörde wurden alle außer Faysal Celiker, wieder freigelassen. Die Verhafteten werten die Festnahme als Provokation, da sofort nach der Bombenexplosion, mit der sie nichts zu tun haben, ihr Haus überfallen wurde. Sie gehen davon aus, daß diese Bombe bewußt als Vorwand zur Explosion gebracht worden ist.

Repression in Mardin

Die Sicherheitskräfte haben in Mardin-Nusaybin die Gräber von sechs im Mai gefallenen Befreiungskämpfern unter dem Vorwand, daß ihre Guerilla-Namen angeschrieben waren, verwüstet.
Im Zentrum von Mardin und im Bezirk Ömerli wurden am 19. Oktober mehrere Menschen ohne Grund festgenommen und in die Gendarmeriestation verschleppt.

Spezialteam zündete Häuser rücktrittswilliger Dorfschützer an

Am 6. Oktober überfiel ein als Guerilleros verkleidetes Spezialteam das Dorf Kayadere in Mardin-Ömerli und griff die Häuser von drei rücktrittswilligen Dorfschützern und von zwei Familien, die sich weigern, Dorfschützer zu werden, mit Raketen und Flammenwerfern an.

Gefangene Guerillakämpfer durch Folter ermordet

Bei der Beerdigung eines der sechs Guerilleros, die im Zusammenhang mit einem Gefecht am 7./8. Oktober in Maras-Türkoglu ums Leben gekommen sind, haben die Angehörigen erklärt, daß die gefallenen Guerilleros nicht durch Schüsse, sondern durch Folter ermordet wurden. Der Leichnam von Ali Yüksel wies hunderte von Einschüssen auf, sowie mehrere Messerstiche. Die Beerdigungsteilnehmer sahen, daß sein Bein und ein Arm abgetrennt und mehrer Stellen des Körpers gequetscht waren.
Auch die Angehörigen von vier Guerilleros, die vor sechs Wochen in Antep-Araban ums Leben gekommen sind, erklärten, daß die Leichen keine Einschüsse aber deutliche Folterspuren aufwiesen und nicht wiederzuerkennen waren. Die Angehörigen wurden mit Beleidigungen und Tritten weggejagt, als sie die Leichen bei den Militärs abholen wollten. Sie wurden ihnen erst später durch Gerichtsbeschluß übergeben.

Massive Repression gegen Journalisten

Am 9. Oktober wurden der Özgür Gündem Redakteur Mehmet Aktas und seine Geschwister Hatice, Cafer und Masa um 4.00 Uhr morgens von Zivilpolizisten aus ihrer Wohnung verschleppt.
Am 12. Oktober wurde der Chefredakteur von Özgür Gündem, Celil Sener, ohne jede Begündung festgenommen und nach 12 Stunden wieder freigelassen.
Am gleichen Tag wurde auch Ihsan Kurt, der für Özgür Gündem bei der Beerdigung eines gefallenen Guerilleros war, verprügelt, seine Kamera zerschlagen und verhaftet. Ihsan Kurt wurde in der Polizeihaft brutal gefoltert.
Am 18. Oktober wurde Kenan Mendekli von Yeni Ülke nach einer Veranstaltung anläßlich des dreijährigen Bestehens der Wochenzeitung in Istanbul von Zivilpolizisten festgenommen. Sie beschuldigten ihn, Polizisten fotografiert zu haben. Sie verlangten von ihm die Aussage, Ismail Kayhan von der Zeitschrift Gercek habe die Fotos gemacht, dann würde er sofort freigelassen. Andernfalls würde er keinen Presseausweis mehr bekommen. Später wurde Mendekli jedoch, von der politischen Polizei freigelassen. Er sei nicht die gesuchte Person und es sei kein Beweismaterial gefunden worden.
Sehmuz Günüc, Tatvan-Korrespondent von Yeni Ülke wird ständig telefonisch bedroht.
Am 19. Oktober wurde Kamuran Akcan, Tatvan-Korrespondent von Yeni Ülke verhaftet.

Wieder ist ein Student in der Polizeihaft verschwunden

Am 6. Oktober wurde Ayhan Efeoglu, ein Ingenieursstudent an der Yildiz Universität Istanbul, verhaftet. Seitdem ist er verschwunden. Sein Vater, ein pensionierter Luftwaffenoffizier, schaltete Amnesty International ein und rief die Angehörigen der in Istanbul Verschwundenen auf, sich zusammenzuschließen und gemeinsam nach ihren bei den Sicherheitskräfte verschwundenen Kindern zu suchen. Er erklärte, "In diesem Land ist es nicht möglich mit gesetzlichen Mitteln zu seinem Recht zu kommen. Das zeigen schon die völlig verschlossenen Wege von Anfang an." Wie immer in solchen Fällen behauptete das Staatssicherheitsgericht am 19. Oktober nichts von der Verhaftung zu wissen und keine Unterlagen über Ayhan Efeoglu zu haben.

Staatsterror

22. Oktober:
Der 40-jährige Hasan Cetin wurde in Mardin-Nusaybin gegen 17.00 Uhr von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.
In Diyarbakir-Sivan wurden Servet Cihan, der städtische Arbeiter Zahit Ekinci und der Lehrer Ihsan Yüce von der Konterguerilla schwer verletzt.

23. Oktober:
In Diyarbakir-Silvan schossen Sicherheitskräfte am Abend wild in der Gegend herum.

24. Oktober:
Die Bewohner der Dörfer File (Bereketli), Hespite (Yarbasi) und Griza (Yanilmaz) demonstrierten dagegen, daß am 19. Oktober drei Bauern vom Militär ermordet und als Guerilleros dargestellt wurden und daß ihre Dörfer vom Militär umzingelt worden sind.

24. Oktober:
In der Nähe des Dorfes Ciftlibahce in Diyarbakir-Hazro wurde die 23-jährige Birgül Yeken von Dorfschützern ermordet, als sie das Auto, in dem sie saß, beschossen. Der Fahrer Hafiz Selimgülen wurde durch die Schüsse verletzt.

31. Oktober:
Im Stadtteil Baglar in Diyarbakir wurde der 42-jährige Sevki Kaya von der Konterguerilla ermordet.
Der 39-jährige Ali Teymur wurde in Batman im Stadtteil Karsiyaka von der Konterguerilla ermordet. 1. November:
In der Nähe des Dorfes Kevsan in Mardin-Savur wurden aufgrund einer Denunziation acht Guerilleros in einer Höhle von Staatskräften mit chemischen Waffen ermordet.

2. November:
Im Dorf Derka Derune (Dudveren) in Diyarbakir-Silvan legten die Staatskräfte einen Hinterhalt gegen ein Fahrzeug und nahmen den Fahrer Cengiz Isik und einen verletzten Guerillero gefangen. Anschließend wurde das Haus Isiks mit einem Panzer beschossen. Durch die Schüsse wurde sein Vater und sein Kind Devrim ermordet.

In Cizre wurde das Mitglied der Isci Partisi (Arbeiterpartei) Resul Sakar nachts mit einem Panzer aus dem Haus geholt und ermordet. Am nächste Tag blieben aus Protest gegen den Mord alle Geschäfte geschlossen.

In Mardin-Malazgirt wurde der Gesundheitsbeamte Salman Kuray von der Konterguerilla ermordet.
Nach einem Guerillaangriff auf eine Gendarmariestation wurde das Dorf Bogaz in Di-

yarbakir-Dicle von den Staatskräften mit Raketen und Maschienengewehren beschossen und alle Häuser verbrannt.
Drei Bauern aus dem Dorf Avgamasiya (Toptepe) in Sirnak wurden von türkischen Soldaten in einen Hinterhalt gelockt und durch Schüsse ermordet.

3. November:
In Diyarbakir wurde der ehemalige HEP--Kreisvorsitzende M. Sait Erten von der Konterguerilla ermordet.

4. November:
In Nusaybin wurde der 30-jährige städtische Arbeiter Sultan Erol von der Konterguerilla durch Schüsse in den Rücken auf offener Straße ermordet.

Drei weitere Verschwundene in Istanbul

Am 4. November wurde der 28-jährige Duran Yildirim von seinem Arbeitsplatz in einer Pharmafabrik in Istanbul-Levent von sechs Zivilpolizisten abgeholt. Sie führten dann in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung durch und beschlagnahmten Bücher von Ismail Besikci und Zeitungen wie Serxwebûn und Welat. Er wurde dann mit einer Studentin zusammen zur politischen Polizei gebracht, von wo er nicht zurückkam. Die Polizei behauptet, sie habe Duran Yildirim nicht verhaftet und kenne ihn nicht.

Am 7. November wurde Fedai Sahin und seine im achten Monat schwangere Frau Songül von der Polizei verschleppt. Auch das wird von der Polizei geleugnet, die sagt, sie kenne die zwei nicht.
Die Angehörigen, die in tiefster Sorge um ihr Leben sind, protestieren gemeinsam gegen diese Praktiken der Polizei. Schon vor längerer Zeit, als diese Fälle massiv zunahmen, gründeten sie eine Initative von Angehörigen von 'Verschwundenen'. Diese Initative schickte Telegramme an das türkische Parlament und zehn Angehörige traten am 9. November in den Hungerstreik, nachdem sie von keiner Stelle eine Antwort bekamen.
Seit dem 9. Oktober ist Tugrul Özbek verschwunden. Er wurde verhaftet, als Sultan Canik in Kadiköy von den Sicherheitskräften bei einer Operation gegen Mitglieder von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) ermordet wurde. Das Rechtsbüro des Volkes stellte jetzt Strafantrag gegen die Justizbehörden. Am 13. Oktober wurde in der Zeitung Günaydin noch berichtet, daß Tugrul Özbek in Haft sei, während später die zuständigen Behörden behaupteten, sie hätten ihn nicht festgenommen und würden ihn nicht kennen.

Jagd auf Kurden in den türkischen Metropolen

Am 29. Oktober begann in Alanya nach der Beerdigung eines Kommandoangehörigen der türkischen Kolonialarmee, der bei der grenzüberschreitenden Operation der türkischen Armee ums Leben kam, die Jagd auf Kurden. Mitten am Tag wurden 30 Häuser und Geschäfte von Kurden von einer Gruppe auswärtiger Angreifer verwüstet. Diese Schlägerbande kontrollierte auch Dolmus und Busse und suchte auf Baustellen nach Kurden. Viele Menschen wurden von den mit Stöcken und Waffen bewaffneten Schlägern verletzt, während die Sicherheitskräfte zuschauten.

Todesstrafe für HEP-Funktionäre gefordert

Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Ankara fordert für 12-HEP-Funktionäre, von denen drei noch immer inhaftiert sind, eine Bestrafung nach Paragraph 125 türkischem Strafgesetzbuch (Separatismus). Dieser Paragraph wird in der Regel gegen Beteiligte an bewaffneten Aktionen bzw. gegen Funktionäre bewaffneter Organisationen angewandt und sieht die Todesstrafe vor. Angeklagt werden die HEP-Funktionäre wegen Reden und vor allem wegen Parolen, die von Zuhörern, also nicht von ihnen selbst, während des letzten HEP-Kongresses gerufen worden waren. Inzwischen gibt es auch gegen Hüseyin Turhalli und Serhat Bucak Anklageschriften und sie werden per Haftbefehl gesucht.

Beschlagnahme auf der Buchmesse

Am 10. November kam ein Trupp Polizisten der politischen Polizei auf die alljährlich im November stattfindende Buchmesse in Istanbul. Sie beschlagnahmten Bücher von Ismail Besikci und anderen Autoren aus vier kritischen Verlagen. Gegen dieses Vorgehen gab es heftige Proteste. Während sich der Innenminister


Zerstörtes Haus in der Stadt Sirnak nach dem Angriff des türkischen Militärs vom 18-21. August d.J.

verbal von der Polizeiaktion distanzierte, verteidigte der Gouverneur Kozakcioglu die Aktion. Es sei Pflicht der Polizei, die Bücher zur Untersuchung mitzunehmen.

Die Grausamkeit kennt keine Grenzen mehr

Am 8. Oktober wurde die ARGK-Kämpferin Zeynep Kalan bei einem Gefecht zwischen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans und der türkischen Kolonialarmee in Pazarcik zwischen den Dörfern Armutlu und Cicekalan verletzt gefangen genommen und mit einem Traktor zu Tode geschleift. Die türkischen Soldaten verlangten von dem Besitzer des Traktors, daß er ihn fährt. Weil er sich weigerte an der brutalen Ermordung der verletzten Guerillera mitzuwirken, wurde er von den Soldaten verprügelt. Sie führten die grausame Ermordung dann selbst durch. Danach wurden eine weitere ARGK-Kämpferin und vier Kämpfer, die bereits tot waren, hinter dem Traktor hergeschleift und von den Soldaten bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.



Die Stadt Sirnak nach dem Angriff des türkischen Militärs vom 18-21. August d.J.

Bürgermeister Tahir Saday durch Folter ermordet

Tahir Saday, Dorfbürgermeister von Sugeldi in Van-Catak, wurde am 20. Oktober mit der Anschuldigungm, er habe die PKK unterstützt, festgenommen. Nach fünf Tagen wurde der Leichnam seinem Vater übergeben. Es wurde behauptet, sein Sohn sei an einem Herzinfarkt gestorben. Der Vater des zu Tode gefolterten Tahir Saday macht den Gendarmariekommandanten für die Ermordung verantwortlich. Er erklärte, daß sein Sohn noch nie herzkrank war und der Leichnam deutliche Folterspuren aufwies. Tahir Saday wurde ermordet, weil er es trotz massiver Repression immer abgelehnt hatte, Dorfschützer zu werden. Die Staatskräfte verhinderten die Beerdigung des Ermordeten in Cizre. Tahir Saday wurde schließlich unter Anteilnahme von 300 Menschen in Catak beerdigt. Spezialteams und Soldaten umzingelten die Beerdigung.

Sehmus Aydin seit dem 30. Oktober verschwunden

Am 30. Oktober wurde ein Kleinbus aus dem Dorf Bakustan in Mardin-Savur von Sicherheitskräften angehalten. Bei den Personenkontrollen wurde der Bauer Sehmus Aydin von ihnen verschleppt. Der verantwortliche Gendarmariekommandant, bei dem die Angehörigen sich nach dem Verbleib Aydins erkundigten, behauptete, ihn nicht zu kennen und nicht gefangen zu halten. Die Angehörigen sind daher in Sorge um sein Leben.

Vier verletzte Bauern aus Idil verschwunden

Am 2. November wurde das Dorf Sirp in Sirnak-Idil von Sicherheitskräften mit über 20 Panzern überfallen. Sie schossen wild in der Gegend herum und verletzten mehrere Menschen. Seit dem 2. November sind vier von sechs festgenommenen Bauern, die durch Schüsse verletzt und von den Sicherheitskräften verschleppt wurden, verschwunden. Ihre Namen sind: Süleyman und Ahmet Balinca, Ahmet Akaman und Mehmet Kosmat.

Dorfbürgermeister Süleyman Parlak vom Militär ermordet

Am 6. November wurde das Dorf Tillik in Kars-Kagizman von der Kolonialarmee überfallen. Sie versammelten die Bewohner auf dem Dorfplatz, zwangen sie sich nackt auszuziehen und auf den Boden zu legen. Sie bedrohten und beschuldigten sie die PKK zu unterstützen. Der Bürgermeister Süleyman Parlak, der sich diesem Terror entgegenstellte, wurde vor den Augen des ganzen Dorfes durch Schüsse ermordet.

Radioredakteur Stephan Waldberg von KDP und türkischem Staat gefangen genommen

Der bereits im Oktober von der KDP in Südkurdistan gefangengenommene Mitarbeiter von Radio Dreyeckland aus

Freiburg, Stephan Waldberg, wurde von der KDP an die Türkei ausgeliefert. Nach Informationen der Zeitung Özgür Gündem war er zuvor von der KDP auch gefoltert worden. Das Gericht in Silopi erließ Haftbefehl. Das Staatssicherheitsgericht Diyarbakir plant eine Anklage wegen angeblicher Propaganda für die PKK. Dabei stützt es sich auf die von Stephan Waldberg gesammelten journalistischen Informationen über beide Kriegsparteien. Für seine Freilassung hat sich ein breites Solidaritätskomitee in der BRD gebildet. (Kontakt: Türkei- und Kurdistangruppe c/o Aktion Dritte Welt, Kronenstr. 16/Hinterhaus, 78 Freiburg/ Breisgau).

Haus von Eltern eines Guerilleros in Dersim niedergebrannt

Am 5. November haben Soldaten und Spezialteams im Dorf Karagöl in Dersim die Familie Alparslan, deren Sohn bei der ARGK kämpft, bedroht und ihr Haus und ihre Bienenstöcke angezündet. Die Familie wurde schon seit längerem bedroht. Die Mutter Güllü Alparslan erkärte: "Es stimmt, unser Sohn ist in die Berge gegangen. Aber ich verstehe nicht, warum sie uns dauernd belästigen. Wollen sie etwa, daß auch wir in die Berge gehen?"

Vom Hubschrauber auf Bauern gefeuert

Am 26. Oktober wurde auf Ensari El und Sakir Yagmur, die auf dem Weg in ihr Dorf Baticanakci waren, von einem Hubschrauber aus mit einem Maschinengewehr gefeuert. Der Vorfall ereignete sich drei Kilometer vom Flughafen Diyarbakir entfernt. Die beiden Bauern konnten sich unverletzt retten.

Zwei Guerilleros in Urfa ermordet

Am 27. Oktober explodierten fünf Bomben in staatlichen Gebäuden in Urfa. Ein Sprengstoffspezialist der Polizei, der eine der Bomben entschärfen wollte, wurde getötet und mehrere hohe Polizei- und Geheimdienstbeamte verletzt. Bei einer anschließenden Polizeioperation wurden in der Stadt über 30 Menschen festgenommen. Im Rahmen dieser Operation wurden am 28. Oktober außerhalb der Stadt auf der Landstraße Urfa - Bozova die beiden ARGK-Guerilleros Orhan und Turhan Saritemur von den Sicherheitskräften gefangen genommen und anschließend erschossen. Ein Gefecht hatte nicht stattgefunden.



Überfälle der Staatskräfte auf Dörfer in Savur

Nachdem die ARGK am 25. Oktober die Militärstation im Dorf Sürgücü (Avina) in Mardin-Savur angegriffen hatte, wobei die Staatskräfte das Feuer nicht erwiderten und nicht versuchten gegen die Guerilleros zu kämpfen, wurde als Racheaktion in der gleichen Nacht das Dorf von den Staatskräften überfallen. Sie beschossen zweieinhalb Stunden lang das Dorf und nahmen sechs Menschen fest.

Die Bewohner des Dorfes Elfan (Pinardere) wurden von Sicherheitskräften bedroht. Diese verlangten, daß die Dorfbewohner in ihrem Dorf eine Militärstation bauen sollten.. Die Bauern von Elfan aber erklärten: Wir bauen keine Militärstation für diejenigen, die auf unser Volk schießen.

Mahsum Aslan auf dem Dorfplatz gefoltert

Am 19. Oktober wurde Mahsum Aslan, der Bruder des gefallenen ARGK-Kommandanten M. Emin Aslan aus dem Dorf Gundeizer (Uluköy) in Kiziltepe festgenommen. Er wurde auch schon früher nur weil er der Bruder eines Guerillakommandanten ist, mehrmals festgenommen und gefoltert. Nach einigen Tagen wurde er ins Dorf zurückgebracht und auf dem Dorfplatz weitergefoltert. Die Dorfbewohner griffen ein und retteten Mahsum Aslan aus den Händen der Folterer.

Schwerpunktthema:

Kurdinnen und Kurden wählen ihr Parlament!

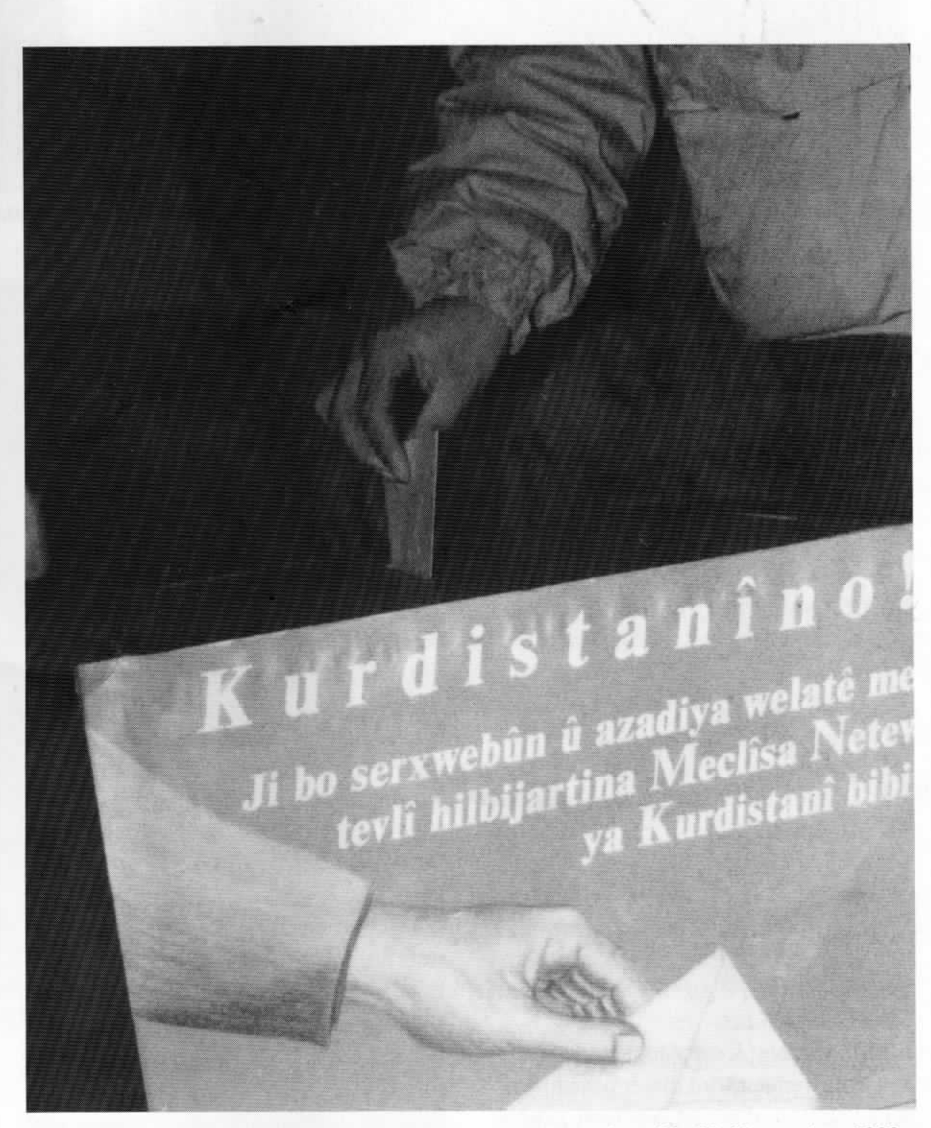
Vom 20. bis zum 22. November 1992 wurden in Europa Wahlen zum Kurdischen Nationalparlament unter der kurdischen Bevölkerung durchgeführt. Insgesamt 153 Delegierte wurden von 87.719 Kurden und Kurdinnen gewählt, darunter 27 Frauen. Voraussichtlich vom 19. – 20.Dezember 1992 wird in Frankfurt die Europa–Konferenz der Delegierten stattfinden. Dort werden 15 Abgeordnete für die Arbeit im kurdischen Nationalparlament gewählt werden. Je nach den aktuellen Bedingungen in Kurdistan wird das Parlament seine Arbeit so schnell wie möglich aufnehmen. Wir werden darüber weiter berichten.

Mitteilung der Allgemeinen Wahlkommission für Europa vom 15. Oktober 1992

Richtlinien zur Durchführung der allgemeinen, freien und geheimen Wahlen zum kurdischen Nationalparlament

Unter der Führung des Nationalen Befreiungskampfes hat das kurdische Volk heute eine hohe Organisationsstufe erreicht. In dieser Situation, in der die imperialistischen und kolonialistischen Mächte unseren Befreiungskampf als terroristisch diffamieren und kurdische Kollaborateure dem kurdischen Volk in den Rücken fallen, ist es sehr wichtig, den historischen Schritt zur Wahl eines kurdischen Nationalparlaments zu unternehmen.

In dem seit acht Jahren andauernden Krieg gegen die Türkische Republik hat sie sehr große Verluste einstecken müssen. Ihre Politik hat versagt. Die Befreiungskräfte der ARGK haben in bestimmten Regionen Nordwest-Kurdistans eine nicht zu zerstörende Basis erreicht. Das Volk ist in der Lage kontinuierliche Serihildans (Volksaufstände) durchzuführen. Im Süden des Landes ist der Befreiungskampf zu einer wichtigen Autorität geworden und hat durch die Befreiung von Gebieten enge Kontakte mit dem Volk geknüpft. In den anderen Gebieten Südkurdistans hat das Volk die nötige Organisationsstruktur erreicht und auch in Ostkurdistan gibt es enge Kontakte zum Volk. Die Entwicklungen in Kurdistan und auf internationaler Ebene haben den Schritt



Wahlen zum Kurdischen Nationalparlament zwischen dem 20.-22. November 1992

zur Gründung des Nationalparlaments notwendig gemacht.

In der Geschichte des kurdischen Unabhängigkeitskampfes wurden unter sehr schwierigen und ungünstigen Bedingungen zwei wichtige Schritte unternommen: der erste davon war die Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1978.



Auch Sie läßt sich nicht davor abschrecken, ihren Willen für ein unabhängiges Kurdistan zu bekunden

Sie wurde in einer Zeit gegründet, in der das kurdische Volk kurz davor stand, aus der Geschichte gelöscht zu werden: es war brutalster Repressionen, Folter, völliger Assimilation ausgesetzt und durch verräterische Handlungen zerstritten. Durch die Gründung der PKK wurde das kurdische Volk zum Widerstand gegen Unterdrückung, Folter, Massaker und Assimilation ermutigt. So wurde die Liquidation des kurdischen Volkes verhindert. Der zweite historische Schritt folgte mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August 1984. Dieser Kampf sollte der Unterwerfung und den Ängsten des kurdischen Volkes endlich ein Ende setzen.

Der heutige Schritt zum kurdischen Nationalparlament hat im Gegensatz zu den anderen beiden historischen Schritten einen sehr großen Vorteil. Hinter diesem Schritt steht das ganze kurdische Volk und eine militärische Kraft, die ihren Erfolg im Kampf gegen den türkischen Staat bewiesen hat.
Mit aller Macht, Kraft, Möglichkeiten und Entschlossenheit wird dieser neue historische Schritt vorbereitet, Vertreter gewählt und damit der Weg zu einer Vertretung Kurdistans auf internationaler Ebene eröffnet.

In Zusammenarbeit mit der allgemeinen Wahlvorbereitungkommission wurde auch in Europa eine Wahlkommission gebildet.

1. Bedingungen zur Wahl: Jeder aus Kurdistan stammende Mensch, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, hat das Recht zu wählen.

2. Bedingungen für die Kandidatur: a) Vollendung des 23. Lebensjahres b) Der Kandidat, die Kandidatin darf nichts zum Schaden des kurdischen Volkes und Kurdistans unternommen haben. c) Der Wohnsitz muß im Wahlbezirk sein d) Sie, er muß den Befreiungskampf unterstützen und opferbereit sein e) Jede/r Kurde oder Kurdin und aus Kurdistan stammende Mensch der diese Eigenschaften besitzt, hat das Recht zu kandidieren.

3. Delegiertenzahl in den jeweiligen Wahlbezirken:

Hamburg	: 7
Mannheim	: 5
Bern	: 4
Bremen	: 4
Freiburg	: 4
Wien	: 5
Hannover	: 6
Stuttgart	: 7
Linz	: 2
Berlin	: 5
Nürnberg	: 3
Tirol	: 2
Bielefeld	: 5
München	: 3
Belgien	: 3
Kassel	: 2
Paris	: 10
Den Haag	: 5
Hagen	: 4
Straßbourg	: 3
Arnheim	: 4
Duisburg	: 5
Rennes	: 2
England	: 5
Köln	: 8
Südfrankreich	: 3
Dänemark	: 3
Bonn	: 4
Basel	: 6
Schweden	: 5
Frankfurt	: 8
Zürich	: 8
Norwegen	: 2
Finnland	: 1

4. Der Wahlvorgang ist in zwei Phasen unterteilt:

I. In der ersten Phase werden in den Wahlbezirken, je nach Bedingungen auch in kleineren Regionen der Wahlbezirke, die Delegierten gewählt.
a) Die Kandidaten und Kandidatinnen

müssen ihre Anträge zur Kandidatur bis zum 8. November 1992 17.00 Uhr mit Paßbild und einem kurzen Lebenslauf abgegeben haben. (Die Kandidaten können bis zum 19. November 1992 für das Amt propagieren)
b) Die Delegiertenwahlen finden vom 20. bis 22. November 1992 statt.

II. In der zweiten Phase werden sich die Delegierten auf der Europa-Konferenz versammeln. Die Delegierten, die an der Konferenz teilnehmen, werden unter sich 15 Volksvertreter wählen. Die gewählten Volksvertreter werden die Kurden und die Menschen aus Kurdistan, die in Europa leben, im Nationalparlament vertreten.
Die Wahlen in beiden Phasen werden geheim durchgeführt. Die Auszählung erfolgt öffentlich.

Die Stimmabgabe wird wie folgt durchgeführt:

1. Die Stimmabgabe findet vom 20. bis 22. November 1992 von 9.00 bis 18.00 Uhr statt.
2. Die Liste der kandidierenden Delegierten wird am Wahlort für alle zugänglich aufgehängt
3. Analphabeten, die sich an den Wahlen beteiligen wollen, können auf Erlaubnis der sich vor Ort befindenden Wahlhelfer die Hilfe einer zweiten Person in Anspruch nehmen.
4. Jeder Wähler, jede Wählerin bekommt einen Wahlzettel, in den die gewünschten Namen der jeweiligen Kandidaten eingetragen werden. Das geschieht in einem getrennten Raum. Der Wahlzettel wird in einem Briefumschlag in die Wahlurne geworfen.
5. Jeder Wähler, jede Wählerin kann maximal so viele Namen auf den Wahlzet- tel schreiben, wie die Anzahl der Delegierten für den jeweiligen Wahlbezirk vorgesehen sind.
6. Sollte eine Stimme falsch abgegeben worden sein, wird sie ungültig
7. Jeder Wähler, jede Wählerin kann die Stimme nur in dem Wahlbezirk abgeben, in dem sich sein Wohnsitz befindet.


Wähler stehen in Köln Schlange vor der Wahlurne

Die Wahlkommissionen in den Bezirken und ihre Aufgaben:

1. In jedem Bezirk muß eine Wahlkommission aus mindestens drei Personen bestimmt werden.
2. Die Wahlkommissionen in den Bezirken müssen die Anträge der Kandidaten an die oberste Wahlkommission weitergeben.
3. Die Wahlhelfer werden von der Wahlkommission in den Bezirken bestimmt und an die oberste Wahlkommission weiter geleitet. Die Wahlhelfer an den Wahlurnen müssen aus 3 unparteiischen Personen bestehen.
4. Die Wahlhelfer an den Urnen werden die Auszählung der Stimmen öffentlich durchführen und die Ergebnisse festhalten. Das endgültige Ergebnis wird dann an die oberste Wahlkommission weitergeleitet.
5. Die Wahlkommissionen in den Bezirken sammeln alle Ergebnisse an den jeweiligen Wahlurnen und geben der obersten Wahlkommission die gewählten Kandidaten bekannt. Die gewählten Delegierten werden informiert.
6. Die Bezirks-Wahlkommissionen bereiten vor der Wahl die Aufstellung von Wahlurnen vor. Die Stimmzettel werden vor der Wahl bei der obersten Wahlkommission angefordert.
7. Die Wahlhelfer an den Urnen sollten gegenüber den Wählern überzeugend und freundlich auftreten und hilfsbereit sein.

Die Allgemeine Wahlkommission und ihre Aufgaben.

1. Sie besteht aus einer Gruppe erfahrener Personen.
2. Sie ist gegenüber der Wahlkommission in Kurdistan verantwortlich
3. Sie ist mit der Durchführung, Kontrolle und dem Abschluß der Wahlen beauftragt.
4. Sie bearbeitet die Anträge der Kandidaten und gibt die Ergebnisse an die Wahlbezirke weiter.
5. Sie vertritt die Wahlkommissionen in den Bezirken und kontrolliert diese.
6. Sie kontrolliert während der Auszählung die Wahlurnen.
7. Sie wird die in 2 Phasen stattfindende Wahl beenden und die Ergebnisse bekanntgeben.
8. Sie überprüft die eingelegten Widersprüche und schließt diese in kürzester Zeit ab.
9. Sie trifft Vorbereitungen, um den demokratischen Ablauf der Wahlen zu gewährleisten.

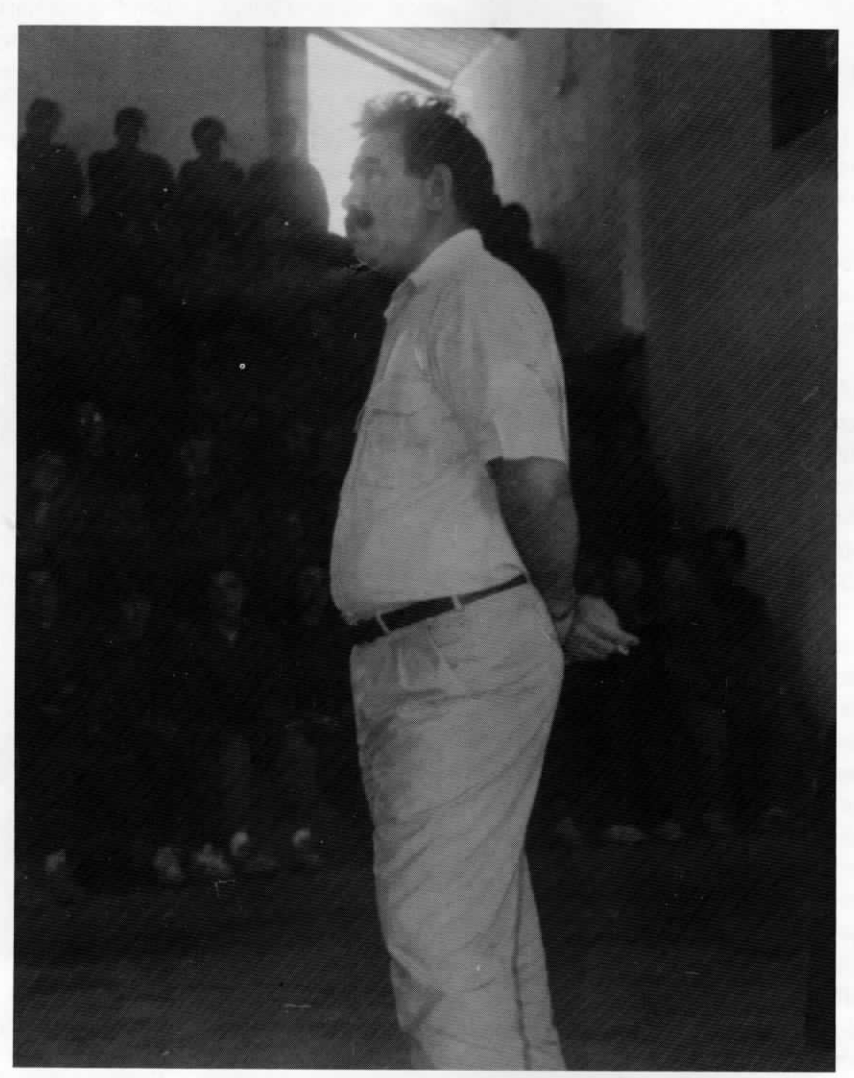
Die Arbeit erfolgt unter Beachtung der oben genannten Bedingungen.

Auszüge aus der Neujahrsrede des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan:

(aus der Zeitung Serxwebûn)

"Unser Ziel im neuen Jahr ist die Gründung des Nationalparlaments als Ausdruck des Willens und der nationalen Einheit unseres Volkes"

D Unser Volk braucht nun die Möglichkeit, um seinem Willen, seiner Entschlossenheit und seiner Organisierung eine Form zu geben. Im allgemeinen werden sich diese Möglichkeiten nach außen durch die Einrichtung eines Volksparlaments ausdrücken. Die begrenzten historischen Erfahrungen unseres Volkes und die letzten Skandale im türkischen Parlament haben deutlich gemacht, daß unser Volk den Weg zu einem eigenen Parlament gehen muß. Dieser Schritt zu einem eigenen Parlament bedeutet im Grunde, seine eigene Identität zu erlangen, ein freies Leben zu beginnen, dem Sklavendasein ein Ende zu setzen, seine Würde wiederzugewinnen und eine politische Kraft darzustellen. Wenn das Volk es erwartet, wenn es endgültig sagt "Ich bin entschlossen!", so ist das um jeden Preis - unabhängig von den Bedingungen - unser Ziel, das erreicht werden muß. Vorweg sollte jedoch folgendes betont werden: Wenn die Partei eine Bedeutung für das Volk haben soll, dann wird sie dies mit den in diesem Zusammenhang zu erfüllenden Aufgaben beweisen können. Wenn sie für das Volk solch eine Aufgabe erfolgreich durchführt, dann erst wird sie bewiesen haben, daß sie eine mit den Hoffnungen, Wünschen und Interessen des Volkes verbundene Partei ist. Insofern ist eine der grundlegenden Aufgaben unserer Partei dem Volk die Möglichkeit zu geben, seinen natürlichen Wunsch nach einer Vertretung durch das Parlament, einer freien sozialen Institutionalisierung nachzukommen. Das ist die Legitimation für das Fortbestehen der Partei, eine andere kann es für sie nicht geben.



Generalsekräter der PKK, Abdullah Öcalan, bei einer Rede vor versammelten Guerillas

Deshalb bewerten wir auch dieses Jahr als ein Jahr, in dem infolge der Entwicklung des Befreiungskampfes praktische Schritte umgesetzt werden. Unsere wichtigste Aufgabe wird darin bestehen, den Schritt von den regionalen Parlamenten zum Nationalparlament zu vollziehen. Sich dieser Aufgabe verbunden zu fühlen, sie Wirklichkeit werden zu lassen, ist die Aufgabe aller Verantwortlichen in der Partei. Es ist eine wichtige und obligatorische Aufgabe, unser Volk unter der Devise "organisiere dich durch Propaganda und Aktionen, bereite dich auf dein eigenes Parlament vor, überwinde die regionale Ebene und strebe nach der nationalen" zu führen. Hierbei müssen die Hindernisse aufgehoben, die Willenskraft und Entschlossenheit des Volkes aufrecht erhalten und die Vorsicht beibehalten werden. Wir sollten vorweg darlegen: Der noch auszuweitende Guerillakrieg ist verpflichtet, sein zunächst kurzfristiges Ziel, die Anerkennung der nationalen Identität, zu erreichen und die Bildung freier



Volksaufstand bei einem Trauerzug zum Tod von Vedat Aydin in Diyarbakir im Juli 1991

gesellschaftlicher Institutionen anzustreben. Die Guerilla kann sich nicht am Leben erhalten, indem sie sich dem Volk aufzwingt oder vom Volk isoliert. Das kommt einer Plünderung gleich. Wie schon in der Geschichte zu beobachten war, wird eine bewaffnete Bewegung, die ihre grundlegenden Aufgaben gegenüber dem Volk nicht erfüllt, zu einer Plage für das Volk. Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetarmee zwanzig Jahre nach ihrer Gründung in solch eine Lage geraten ist, dürfen wir solche Entwicklungen nicht zulassen. Die Guerilla kann ihre Bedeutung nur durch die Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber dem Volk und nur daraus ihre Legitimität erlangen. Eine sich weiterentwickelnde Guerilla spiegelt die Entwicklung des gesamtem Volkes wieder; eine Guerilla, die immer stärker den Charakter einer festen Institution annimmt, gibt die Organisiertheit des Volkes wieder; eine Guerilla, die überall im Land vertreten ist, zeigt den entschlossenen Willen des Volkes im ganzen Land. Diese wechselseitige Beziehung drückt sich konkret in der Bildung der Volksparlamente - sie nennen sich auch Sowjets - also der Volkssowjets aus.

Aus den letzten internationalen Experimenten haben wir gelernt: nicht eine dem Volk aufoktroyierte, sondern eine im Dienste des Volkes stehende Partei; nicht ein intaktes Parlament, sondern ein funktionierendes Parlament kann Fortschritte machen. Dies umfaßt eine unserer grundlegenden Verpflichtungen, die wir gegenüber dem Sozialismus zu erfüllen haben. In diesem Sinne wird unser Erfolg gleichzeitig als Erfolg des Sozialismus gewertet werden.

Das gleiche trifft auch auf die Führung zu. Wir beobachten, daß sich der Bürokratismus breit macht und innerhalb der Partei zunehmendBestrebungen da sind, Machtposition für eigene Interessen zu mißbrauchen. Bei jedem Verantwortlichen, der mit einigen Kompetenzen ausgestattet wird, sehen wir schon in den ersten Tagen eine Neigung zum Bürokratismus. Die Partei wird diese negativen Entwicklungen innerhalb der Partei nicht zulassen. Nur wer unsere Theorie und Praxis im Lichte der letzten internationalen Entwicklungen neu bewertet, die Partei als eine im Dienste des Volkes stehende Institution versteht und das Aufsteigen von der Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber dem Volk abhängig macht, wird erst in seiner Funktion anerkannt. Deshalb haben wir Fehler schon in der Entstehungsphase nicht zugelassen und werden auch in Zukunft besonderen Wert darauf legen, sie nicht vorkommen zu lassen . Für die, die sich über das Volk, über die Klasse stellen, haben wir in der Partei keinen Platz. Das Maß ist die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Volk. Wer dies akzeptiert, ist willkommen, wer den Bürokratismus vorzieht, soll gehen und ihn woanders suchen. Diejenigen, die sich durch Karriere zu retten versuchen, die andere von sich und ihrem Verständnis überzeugen wollen, sollen dies nicht in unserer Partei, sondern als Beamte in einem Staat tun.

So werden wir in der Bestimmung der Führung mehr denn je von den Ergebnissen der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber dem Volk abhängig sein. Schließlich treffen sich in diesem Punkt die geleistete gemeinsame Arbeit und die revolutionären Anstrengungen. Auch die Rolle der Gefallenen ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Jemand, der beide Werte in sich vereinigt, der also sich auch gegenüber den gefallenen Befreiungskämpfern verpflichtet fühlt, dem wird großer Wert beigemessen. Ein Befreiungskämpfer, der aus seinen vorhergehenden Aufgaben gelernt und diese in sich vereinigt, der sich entwickeln will, der von sich aus einen Beitrag leisten kann, ist für uns ein ernstzunehmender Revolutionär. Und wenn dieser Revolutionär die Möglichkeiten ausnutzt, sich bemüht, seine ganze Energie unvoreingenommen in die Erfüllung seiner

Aufgaben setzt, dann werden wir sein Aufsteigen befürworten. Wenn wir all diese Bewertungsmaßstäbe erfüllen, wird die Führungskraft ihre eigentliche Rolle spielen. Demnach werden die Führungskräfte des Volkes - ob bewaffnet oder nicht - im Dienste des Volkes stehen, bis es seine eigene Willenskraft erlangt hat. Sie werden bis zum Ende für die Verteidigung und Entwicklung der politischen Kraft des Volkes dasein. In diesem Sinne werden alle Fehler und Inkompetenzen dementsprechend bewertet und übrwunden. Wir können uns nicht als Kraft oder Autorität sehen, die sich abhebt und über das Volk stellt.

Die nationale Einheit des Volkes bestimmt den Erfolg der Revolution

Nun, das sind die Aufgaben, die erfüllt und gleichzeitig noch weiterentwickelt werden müssen. Es gibt eine internationale Ordnung, in der alle Nationen im Besitz ihrer höchsten Entscheidungsorgane sind. Als sich die Sowjetunion aufgelöst hat, wurde die Entscheidung vom sowjetischen Parlament, dem höchsten Entscheidungsorgan, getroffen. Auch das Parlament des größten imperialistischen Staates, der USA, ist bei jedem Problem funktionsfähig. Und so ist es in jeder kleinen oder großen Nation; ob sie es Kongreß, Parlament oder Versammlung nennen. Es kommt auf dasselbe hinaus. Insofern werden Nationen, die Kontakte zu einem Volk aufnehmen wollen, nach seinem Parlament oder seiner Versammlung also seinem Vertretungsorgan suchen. Warum werden die Kurden aber in der Diplomatie nicht gebührend vertreten? Denn Diplomatie kann sich nur zwischen politischen Institutionen abspielen. In jedem Fall ist das Parlament die anzusprechende Instanz, unabhängig davon, ob der Staat faktisch existiert. Die Kurden werden gefragt: Wenn ihr ein Volk von mehr als 30 Millionen Menschen seid, wo sind dann eure Vertreter? Gut, wir helfen euch, aber wer ist euer Vertreter? Welche nationalen und internationalen Interessen habt ihr? Welche Kraft vertritt euch? Mit Recht werden sie solche Fragen stellen. Natürlich kann nicht jedem Individuum aus diesen 30 Millionen oder jeder Partei geholfen werden. Die wahre repräsentative Kraft des Volkes muß, wenn sie internationale Freundschaftsbeziehungen entwickeln, die Unterstützung der Volksgemeinschaften gewinnen will, ja sich sogar an dieser beteiligen will, Akzeptanz in der bestehenden internationalen Ordnung kämpfen. Natürlich kann sie dies nur dann, wenn das Nationalparlament gegründet ist. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, ein Nationalparlament zu bilden, um die internationale Unterstützung zu bekommen und einen Platz in der internationalen Volksgemeinschaft einzunehmen. Für unsere Nation müssen wir endlich die Fossile jahrhundertealter Strukturen, die in Form von Stämmen, Clans und Leibeigenen heute noch bestehen, überwinden. Statt dessen müssen wir an ihre Stelle neue Vertreter setzen, die von Kopf bis Fuß den Interessen des Volkes verbunden sind. Sie sollen die Nation vertreten.

Folgende Punkte müssen die Vertreter bei ihren Aufgaben berücksichtigen: Wie kann unser Volk aus seinen historischen Werten, aus der Geographie des Landes einen Nutzen ziehen? Sie müssen davon ausgehen, daß Handel und Industrie unser sind. Um sie nutzen zu können, müssen wir uns jedoch vorbereiten. Aber wie? Wir werden besetzt und kolonialisiert; können wir über Handel und Industrie bestimmen, solange dieser mächtige Feind nicht besiegt ist? Wie eine Krake hat er sich an alles festgeklammert und ist bis ins Herz und in die Seele eingedrungen. Wie sollen wir den Anspruch auf unsere Geschichte, Geographie und auf all unsere Reichtümer erheben, solange diese Bürde nicht überwunden ist? Was brauchen wir also? Eine Revolution! Wir benötigen die Revolution des nationalen Befreiungskampfes. Um also auf internationaler Ebene Unterstützung zu bekommen und auf nationaler Ebene dagegen den Besitzanspruch auf all unsere Werte zu legen und gegen den Besatzer Widerstand zu leisten, ihn als Kriegspartei und Besatzer aus unserem Lamd rauszuschmeißen, brauchen wir die Revolution. Das setzt jedoch Aktivitäten, Organisation und Entwicklung der Revolution voraus. Welche Bedeutung hat das Parlament also in diesem Zusammenhang? Es hat die Bedeutung eines nationalen Revolutionsparlaments. Die erste Aufgabe unseres Parlaments besteht darin, Stellung zu unserem Befreiungskampf zu beziehen, Entscheidungen zu treffen, sie genau zu verfolgen und zu kontrollieren. Die Revolution benötigt also ihrerseits solch ein Parlament.



Demonstation in Frankfurt, gegen kurdische Kollaborateure und den türkischen Staat, für ein Kurdisches Nationalparlament, Oktober 1992



Versammlung in Düsseldorf zum Nationalparlament und Volksaufstände, 11. April 1992

Die PKK hat für die Revolution bisher viele Gefallene geopfert. Sie hat die Organisation, Propaganda und Aktionen im Dienste der Revolution durchgeführt. Als Partei wird sie dies auch fortsetzen. Aber nun muß auch das Volk mit einbezogen werden. Ihr sagt, daß das Volk auf der Suche nach seinen eigenen Vertretern ist. Es sucht nach Lösungen für viele Fragen. Was schließen wir daraus? Es will sich zwar an der Revolution beteiligen, aber die nötigen Institutionen sind nicht vorhanden. Beispielsweise gibt es jetzt schon niemanden, der keine Steuern bezahlt, mehr als dem Staat und beliebig hoch. Die nötigen Schritte, die hierfür getan werden müssen, sind bekannt. Dies ist die Aufgabe einer nationalen Einrichtung und das Volk kommt dem entgegen. Die Arbeit, die die Partei jetzt macht, kann von einer nationalen Institution noch bequemer verwirklicht werden. Insofern kann das Parlament ein nützliches Organ für die Partei sein und die Partei darf sich nicht vollkommen an seine Stelle setzen. Eine begrenzte Gemeinschaft kann lediglich die ideologische und politische Einheit sowie die Einheit in der Organisation herstellen. Wir können nicht die ganze Nation in die Partei reinzwingen. Trotzdem benötigen wir die Einheit des Volkswillens oder die nationale Einheit. Die Partei kann ihre eigentliche Aufgabe, die nationale Einheit, die sie für die Verwirklichung der Interessen und für den Erfolg der Revolution benötigt, nicht allein aufbringen. Die Partei ist eine führende Kraft. Außer ihr wird jedoch auch eine andere Kraft, nämlich eine nationale Einrichtung wie das Parlament benötigt. Die Institution, die die nationale Einheit des Volkes herstellen soll, ist die Einrichtung in der das Volk am besten seine Wünsche zum Ausdruck bringen, Beschlüsse fassen und Kontrolle ausüben kann. Das ist das Parlament des Volkes.

Demnach können die nationalen Interessen nur durch die Revolution in die Tat umgesetzt werden. Die Revolution jedoch kann sich nur mit der Einheit des Willens und der Nation verwirklichen. In diesem Sinne wird die Partei mehr denn je die nationalen Werte in den Vordergrund stellen. Wir haben schon immer betont, daß die Werte dieser Revolution, die Werte der Nation darstellen. Ebenso sind die Interessen der Revolution mit den Interessen der Nation, des Volkes gleichzusetzen. Von dem Erfolg dieser Revolution hängen alle Interessen unseres Landes ab. Dagegen bestimmt die nationale Einheit des Volkes den Erfolg der Revolution. Die Befreiung des Landes, des Volkes, der Würde, der Arbeit und aller Lebensinteressen liegen in der Revolution. So wie die Revolution die Partei benötigt, ist sie auch ohne die Einheit des Volkes nicht vorstellbar. Da diese Einheit ein Organ darstellt, das aus den Mitgliedern mit dem meisten Wissen, größten Mut und der größten Opferbereitschaft zusammengesetzt ist, kann dieses Organ als Versammlung oder Parlament bezeichnet werden.

"Unser Befreiungskampf spiegelt die wahren Interessen unserer Nachbarvölker"

Hat auch das Volk sich selbst ein wenig reflektiert und seine Interessen erkannt, dann werden wir ihm die Personen zeigen, die es wählen soll. Die Partei soll weiterhin ihre Führungsrolle behalten und zentrales Organ der Ideologie, der Politik und Taktik sein. Ihre Macht ist jedoch beschränkt, angesichts der Millionen, die in ihrem eigenen Namen eine Einheit benötigen. Ohne diese Einheit bleibt die Revolution erfolglos. Wenn dich das Parlament des Feindes zum Tode verurteilt, seine Armee dich besetzt hält und vernichten will und deine eigenen Feudalherren und Fürsten dich verraten, dann kannst du diese Tatsache nicht einfach als Schicksal hinnehmen.

Deshalb muß das Volk seine besten Vertreter wählen und uns die Menschen zeigen, die fähig sind, es zu vertreten. Dabei müssen bestimmte Vorbedingungen berücksichtigt werden. Es muß festgelegt sein, was die Aufgaben einer Nation sind, wer sich mit diesen Aufgaben beschäftigt, an wen die Aufgaben verteilt werden sollen und wer auszuschließen ist. Es gibt einige "Autonomisten", die nicht die nationale Unabhängigkeit und Befreiung anstreben und sich nicht über die Grenzen der Kollaboration hinauswagen. Sie behaupten, daß die internationalen Bedingungen und die Situation, in der sich unser Volk befindet, die Vorstellung von einer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit unmöglich macht. Das ist eine große Lüge, um die jahrhunderte alte Kollaboration zu verschleiern. Sie sagen dem Feind ganz offen, daß sie die "besten Diener" sind. Deshalb sehen sie die Autonomie als Schicksal, als Prinzip an.

Auf der Basis von Freiheit und Gleichheit gibt es zahlreiche Formen des Zusammenschlusses mit Nationen und Völkern. Während deswegen heute die ganze Welt auf dem Kopf steht, sagen sie immer noch, daß das "Dienen" der einzige Weg ist. Autonomie und Ergebenheit bilden ihr Grundsatzprogramm, ihre Absicht. Es ist klar, daß wir das nicht akzeptieren. Wir glauben fest daran, daß die nationale Unabhängigkeit, Gleichheit und Freiheit durch unterschiedliche Föderationsmöglichkeiten verwirklicht werden kann. Es ist nicht wesentlich schwer, solche Lösungswege zu finden. Wenn es möglich gewesen wäre, hätten wir es auch im türkischen System in die Tat umgesetzt. Auch zusammengeflossene Föderationen können auf unabhängiger und freier Basis verwirklicht werden. Wenn man Möglichkeiten und Wege ausschöpft, läßt sich auch eine Lösung finden. Sie wissen jedoch nichts von all diesen Möglichkeiten.

Unser Unabhängigkeits- und Freiheitskampf, den wir auf politischer, militärischer, ökonomischer und kultureller Ebene führen, steht nicht im Widerspruch zu den nationalen Interessen anderer Völker. Tatsächlich kommt dieser Kampf den Interessen der Völker im Mittleren Osten und vor allem dem türkischen Volk besonders zugute. Er drückt eine Einheit aus. Die herrschende kollaborierende türkische Klasse steht unter der Direktive des Imperialismus, des Zionismus und der Kreise, die sich gegen jegliche nationale Interessen richten. Es ist ein großer Fehler, die Interessen des türkischen Volkes oder Nation mit den Interessen dieser Klasse gleichzusetzen. Insofern ist es nicht schwer, unseren Wunsch nach nationaler Befreiung, Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie den Interessen anderer Völker anzupassen. Die Verwirklichung unseres Wunsches nach nationaler Befreiung, Unabhängigkeit und Freiheit ist die größte Unterstützung, die wir unseren Nachbarn geben können. Er ist gleichzeitig ein Ausdruck von Solidarität und stellt ihre wahren Interessen dar.

"Zahme und häusliche Autonomisten"

Es ist die Rede von anderen Parteien und Nationalkonferenzen. Die Partei einer Nation zu sein und für sie Nationalkonferenzen abzuhalten ist gut. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn du dich gegen die Macht stellst, die dich mit allen Mitteln vernichten will. Was soll denn das Volk denken, wenn du eine Macht, die deine Geschichte, deine Wirtschaft und all deine menschlichen Werte angreift, nicht als einen gegnerischen Feind betrachtest? Was soll es sich darunter vorstellen, daß du dich bei deinem Feind noch dafür bedankst, daß er dir die Erlaubnis für eine Konferenz gibt? Wie kannst du dich dann noch als ein Vertreter des kurdischen Volkes aufführen? So gibt es einige Niederträchtige, die unter dem Namen einer Nationalkonferenz solch einen verräterischen Schritt wagen. Die Idee, eine Konferenz abzuhalten, wird in der Taktik der Autonomisten sichtbar. Eben gerade diese Autonomisten, die in Europa und in den Metropolen ihre Hände in jedem Dreck stecken haben, versuchen die Bedingungen, die der nationale Befreiungskampf geschaffen hat, zu zerstören. Deshalb sprechen sie von Demokratie. Der Feind versucht eine bestimmte Taktik anzuwenden, indem er sagt, "es stimmt, die Politik der Leugnung der kurdischen Identität hat nicht funktioniert, doch können wir diesen Befreiungskampf unter der Führung der PKK nicht akzeptieren. An seiner Stelle brauchen wir Kurden, die zahm und häuslich sind." Und gerade diese Autonomisten haben seit Jahren auf abstoßende, niederträchtige, verräterische und ängstliche Weise dies akzeptiert. Wenn dann noch der türkische Staat grünes Licht gibt und Unterstützung aus Europa und USA kommt, dann denken sie sich, "das sollten wir ausnutzen und uns vorbereiten. Immerhin kann die PKK vernichtet werden, ihre Guerillas und Volksaufstände können nicht ewig andauern". Dafür halten sie zunächst Konferenzen in Europa und der Türkei ab und führen Gespräche in Ankara und Diyarbakir, um eine kurdische Partei zu gründen. Sie sagen, daß kein Blut fließen wird; friedlich und demokratisch soll es sein! Man sollte diese Idioten - mag sein, daß unter ihnen auch einige Aufrechte weilen - mal fragen, ob sie die Logik der historischen Ereignisse so verzerrt betrachten? Stellt ihr euch eine Macht, die die Auflösung und Ausbeutung einer Gesellschaft noch über die normalen Grenzen der Kolonisierung betreibt, so naiv und unbedacht vor? Wo wollt ihr die Kraft hernehmen, um mit all diesen Realitäten zu spielen? Die Herrschaft der Amerikaner und Türken haben wir noch verstanden, aber was ist mit euch los? Wenn ihr davon überzeugt seid, daß diese Dinge so einfach sind, wieso habt ihr bisher nichts gemacht und lauft gerade jetzt der Türkei zu Hilfe? Offensichtlich sind die wahren Absichten, die hinter der Konferenz und dem Kongreß stecken, wohl ganz andere. Wir können ihnen nur erneut nochmal folgende Warnung aussprechen: Wagt es nicht mit der Unterstützung des Feindes uns in dieser Zeit, in der wir die Basis für ein aus der historischen Entscheidung und dem Willen des Volkes entstandenes Nationalparlament gelegt haben, anzugreifen! Laßt im Namen von Demokratie und Frieden von dieser Hinterhältigkeit ab! Weder in der Wissenschaft noch im Glauben wird sie einen Platz haben. Ihr mögt euch selbst betrogen haben, aber versucht nicht das Volk zu betrügen!

"Der Dorfvorsteher oder Dorfältestenrat wird das Nationalparlament des Volkes sein"

Die technischen Vorbereitungen und Regelungen zur Gründung des Nationalparlaments sollten nicht unnötig kompliziert sein. Das gilt auch für die allgemein repräsentativen Prinzipien, Regeln und die Leitung. Z. B. sollten die Personen mit den meisten Stimmen zu Vertretern gewählt werden. Unter

den Abgeordneten sollten Personen aus allen Klassen und Schichten vertreten sein. Die Wahlen sollten von breit geführten Diskussionen in der Basis begleitet sein. Bei der technischen Durchführung sollte die maximale Zahl der Vertreter je nach Größe des Dorfes oder der Stadt festgelegt werden. Der Umfang des Nationalparlaments läßt sich nach einem Vergleich mit den Nachbarländern konkretisieren. Wenn wir die Nationen um uns vor Augen halten, so könnte das Parlament um die 500 Vertreter umfassen. Darüberhinaus sollten für die Dörfer und Kreisstädte auch jeweils Vertreter bestimmt werden. Die Zahl der Vertreter in den Kreisstädten sollte sich nach der Bewohnerzahl richten. Fünf Vertreter für jede Kreisstadt wäre denkbar. Die Vertretung für die Kreisstädte wären die Repräsentanten der Provinz. Je nach Größe der Provinz könnte die Zahl zwischen 10-15 schwanken. Das ist die technische Durchführung.



Ohne Zweifel werden auch den Räten in den Städten und Kreisstädten wichtige Aufgaben zufallen. Auf der Ebene der Städte kann - wenn nötig - mit den Dörfern auf dem Lande zusammen ein Rat gebildet werden. Das gleiche könnte auch durch den Zusammenschluß von Dörfern und Städten verwirklicht werden. Das ist von den örtlichen Bedingungen abhängig. Die Beteiligung der Regionen an dem Befreiungskampf sowie des Volkes an der Revolution kann durch wichtige Entscheidungen organisatorischer und praktischer Art verwirklicht werden. Es ist nicht schwer, regionalen Organen entsprechend der gegenwärtigen Situation Aufgaben zuzuweisen. Sie vertreten das Volk. Wenn ihre erste Aufgabe die Revolution ist, dann treffen sie Entscheidungen für die Revolution. Sie treffen regionale Beschlüsse, die die finanziellen, militärischen, kriegsökonomischen und demokratischen Probleme des Volkes lösen sollen. Wir werden dann das Nationalparlament des Volkes auf der Ebene des Dorfes organisieren. Heute macht dies der Feind durch Dorfvorsteher und Dorfältesten-Räte. Ab jetzt wird der Dorfvorsteher oder Dorfältestenrat das Nationalparlament oder der Volksrat sein. Die Institutionen und Formen, die der Feind aufoktroyiert hat, werden wir entweder übernehmen und für uns nutzen oder zerstören und in ein Volksparlament oder - Vertretung umwandeln.

Das Volk muß seine Probleme selbst in die Hand nehmen

An diesem Punkt wird deutlich, daß die Intentionen, die wir mit dem Parlament verfolgen, lebenswichtig sind. Sie sind von uns gut vorgeplant. In Kurdistan hat es bisher unbedeutend wenige Institutionen mit nationalem Charakter gegeben. Es existieren einige parteiähnliche Institutionen, aber sie können eine Nation nur sehr beschränkt repräsentieren. Deshalb muß der Weg zur Gründung von nationalen Institutionen geöffnet werden. Mit der Gründung des Nationalparlaments als höchstem Organ und die Bildung von Unterorganen werden wir die Bedingungen für das Funktionieren der nationalen Institutionen schaffen. D.h. daß nach der Bildung des Nationalparlaments kulturelle, wirtschaftliche und soziale Institutionen nationalisiert und demokratisiert werden. Nicht vorhandene Institutionen werden aufgebaut. Alle Feudalherren, Familien- und Stammesoberhäupte müssen Schritt für Schritt ihre sozialen Rollen verlieren. Stämme und Oberhaupte können nicht einfach weggedacht werden, aber sie können innerhalb der nationalen Institutionen ihrer sozialen Rollen enthoben werden.
Für seine Befreiung und das Wohlbefinden muß das Volk seine eigenen Sprecher haben und seine Probleme selbst in die Hand nehmen können. Nur so kann es seine Existenz weiterführen.

Mit diesen Zielen werden wir unsere Schritte als Partei und als Volk in die Zukunft machen. Wir werden uns auf große Aufstände vorbereiten. Für den Aufstand werden wir alle organisatorischen und technischen Notwendigkeiten vorbereiten. Die Guerilla wird all seine Kraft dafür aufwenden. Die führenden Kräfte der Partei werden mit allen Mitteln diesen Aufstand des Volkes unterstützen. Alle unsere Kräfte, im Süden, Osten, Norden und Westen, in den Städten und Dörfern, aus allen Teilen Kurdistans werden mobilisiert. Alle Berge werden dafür vorbereitet sein. Wenn nötig, wird sich die Guerilla auch darauf vorbereiten, mit Millionen von Menschen den Krieg in den Bergen fortzuführen. In diesem Sinne wird die Bildung einer nationalen Armee des Volkes große Ausmaße annehmen.

Mit dieser Überzeugung werden wir alles auf den Sieg setzen und unbedingt siegen!

Bei dem hier übersetzten Text hatten wir einige Schwierigkeiten. Wir denken, daß einige Gedanken trotz aller Mühen der Übersetzerin, schwer zu verstehen sind. Es muß berücksichtigt werden, daß diese Texte einerseits aus den Jahren 1985/86 stammen. Andererseits sind sie nur vor dem Hintergrund einer über Jahrhunderte hin ausgebeuteten und kolonialisierten Gesellschaft zu verstehen. Wir erwarten von den deutschen und europäischen LeserInnen, daß sie sich in der entsprechenden Weise mit den Gedanken und Analysen auseinandersetzen.

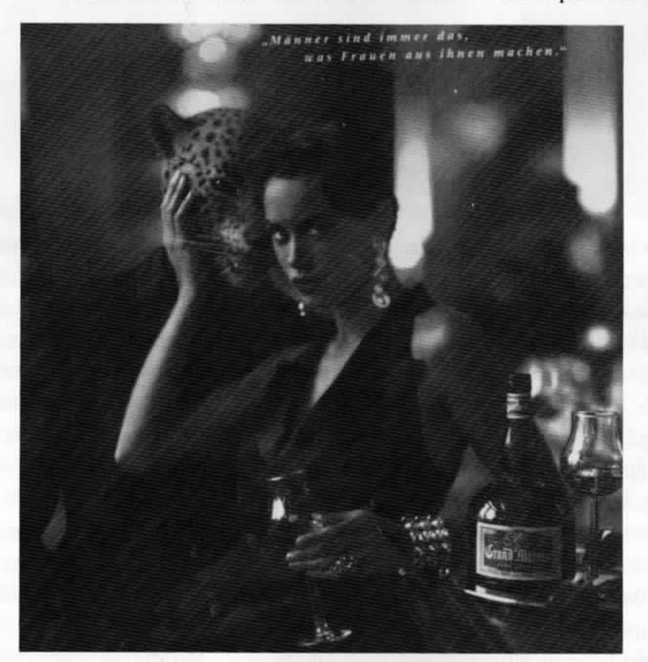
Über die Frau und die Familie (*)

aus: Gesammelte Schriften von Abdullah Öcalan

Sowohl im Zeitalter der Sklaverei als auch im Feudalismus waren Frauen noch viel weniger sichtbar, ebensowenig wie ihre besonderen Tugenden. Von einer Einflußnahme der Frauen in dieser Zeit war nicht zu sprechen. Von der herrschenden Klasse in Harems gesperrt, wurde die Frau in jenen Zeiten regelrecht zu einer Gefangenen in der Gesellschaft, ihre Identität ging nahezu verloren. Sie mußte die einfachsten Arbeiten tun. So, wie die Sklaven keinerlei Besitz haben durften, wurden die Frauen von der politischen Arbeit und Diskussion ferngehalten. Von allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen wurde die Frau ferngehalten. Frauen, die zurückgezogen in Palästen leben, konnten keine geistig-politische Mitwirkung einfordern. Ihr Wert wurde nach der Zahl der von ihr geborenen Kinder bemessen. Je mehr sie sich zum Schmuckstück im Haus ihres Mannes machte, ihre Kochkünste und häuslichen Fähigkeiten verfeinerte, desto mehr stieg ihr Wert. Besitz, Kapital, Politik und gesellschaftliche Werte wurden vom Einfluß des Mannes geformt. Die Frau aber, die natürlich auch Teil solcher Entwicklungen ist, wurde vom Mann davon ferngehalten. Sie wurde immer weiter in die unteren Schichten der Gesellschaft abgedrängt. Ständig entfernte sie sich mehr von der Wissenschaft, der Politik, der Produktion und auch von der Religion. Ihre Unterwerfung schien keine Grenzen zu kennen. Für diese Entwicklung gab es keine Gesetze, das einzige Gesetz war die Barmherzigkeit des Mannes. Auch in den späteren Klassengesellschaften wurde dieser Entwicklung keine Grenze gesetzt. Einziges Ziel war die maximale Ausbeutung ....

Abgesehen davon, daß die Frauen in Kurdistan von ihrem Mitspracherecht Gebrauch machen, eine politische Kraft darstellen und diese auch ausweiten, ist es doch noch schwierig heute für sie, den Mut dazu aufzubringen. Und so ist das - wenn auch unterschiedlich stark - in allen Bereichen, wo Menschen ausgebeutet werden. Auch wenn die Frauen heute einen gewissen Anteil am politischen Leben haben, überschreiten sie oft doch nicht den Rahmen, der ihnen vorgegeben ist. Ein Beispiel möchte ich nennen: die Ministerpräsidentin von Großbritannien, Magret Thatcher. Sie, die bekannt ist als eiserne Lady, macht doch nichts anderes als eine Politik, die noch männlicher ist, als die der niederträchtigsten Männer. So, wie der Imperialismus versucht, Staatengebilde, die seit Jahrhunderten bestehen, für seine Zwecke zu nutzen, benutzt sie den Staat in einer der Art von Frauen widersprechenden Weise. So sehr sich die britische Monarchie auch als Beschützer der Frau darstellen mag, die Rolle, die sie bei der Entfremdung der Frau spielt, ist unübersehbar. Die scheinbar äußerst ausgeprägte weibliche Sensibilität der Briten, gönnt den Frauen heutzutage nichts. Diese Situation hat unter Thatcher ihren Höhepunkt erreicht. Hier finden wir die ausgefeilteste Form von Palastintrigen und der Frauentyp, den wir hier vorfinden, ist nichts weiter als ein Maximum an weiblicher Künstlichkeit und Bürgerlichkeit. ... Die Widerspiegelung der Kultur der Königshäuser reicht heute bis in die arabischen Paläste, wenn wir uns das Beispiel Jordanien ansehen. Daran können wir auch feststellen, wie sehr die Frau als falscher Anhang dient. Damit soll der Mißstand vertuscht werden, daß die Frau heute also auch nicht mehr ist, als eine Intrigantin. Wie zu den Zeiten als die bürgerliche Revolution begann.

In den unteren Schichten ist die Frau eine Ware, mit der gehandelt wird, in den oberen Schichten eine Königin. Frauen wie diese, die als Beispiel für Autorität dienen, können nicht besser sein, als eine schlechte Komödie. Nein, es ist nicht nötig, sich Europa zum Vorbild zu nehmen. Solche Intrigen finden sich auch in den osmanischen Palästen. Es ist auch sinnvoll, sich diese geschichtlichen Entwicklungen genau anzusehen. Sie dürfen nicht vergessen werden, wenn man versucht, tiefgreifendere Überlegungen für die heutige Zeit anzustellen.



Frau im Kapitalismus: Frei und Unabhängig?

(*) Teil 2

Was haben die bürgerlichen Revolutionen für die Frau bewirkt?

Da jede Revolution die Menschen ganz allgemein gesehen ein Stück weiter bringt, ist der Kapitalismus im Vergleich zum Feudalismus ein Fortschritt, so, wie die kapitalistische Familienstruktur ein Fortschritt ist im Vergleich zur feudalen Familienstruktur. Daraus folgt, daß auch die Stellung der Frau in der bürgerlichen Familie weiterentwickelt ist, als die Stellung der Frau im Feudalismus. So gesehen müssen wir auch die Stellung der Frau im Kapitalismus thematisieren. Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis versucht die Bourgeoisie, die Frau nach ihren Wünschen zu prägen. Die Frau wird zum Thema für Kunst und Literatur, sie spielt im alltäglichen Leben eine Rolle. Gelenkt vom bürgerlichen Mann, der von den eingefahrenen und unbeweglichen feudalen Verhältnissen auch gelangweilt ist, entwickelt sich ein neuer Frauentyp: neu im Auftreten, dem Verhalten, dem Aussehen bis hin zur Kleidung. Nicht nur der Überdruß des Mannes spielt bei diesen Entwicklungen eine Rolle, sondern auch die Tatsache, daß die feudalen Familien- und Stammesstrukturen der bürgerlichen Entwicklung im Wege stehen. Die Bourgeoisie muß, um eine neue Gesellschaft in ihrem Sinne zu schaffen, die feudalen Strukturen bekämpfen. Dieser Kampf wird sichtbar im Bereich von Kunst und Literatur. Als die allgemeinen Theorien von Menschenrechten und der Gleichheit der Menschen entwickelt wurden, betraf nur ein Teil davon die Rechte und die Gleichberechtigung der Frauen. Das, was von der Bourgeoisie als Gleichberechtigung der Frau bezeichnet wird, ist lediglich die Gleichberechtigung in der bürgerlichen Familie gegenüber der feudalen Familie. Es geht der Bourgeoisie nicht um die grundsätzliche Gleichberechtigung der Frau sondern lediglich um eine Freiheit der Frau innerhalb der bürgerlichen Familie, die aber dann praktisch keine Umsetzung findet. Zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft spielte die Frau in der Literatur und in der Kunst eine wichtige Rolle. Der Frauentyp, der in Romanen beschrieben wurde, erschien selbständig und in der Lage, alles zu erreichen, was sie wollte. Es sah so aus, als entwickele sich die Frau von einem Gegenstand zu einem selbstbestimmten Wesen. Das ist die Grundlage, auf der die westliche Gesellschaft basiert. Die Teilnahme der Frau an diesem Prozeß überschritt so gut wie nie diesen literarischen Rahmen, sie beteiligte sich lediglich in dem Maße, wie es der vom Mann geprägte Status zuließ. Man wird keine breit organisierten Aktivitäten von Frauen in den bürgerlichen Revolutionen finden. Zwar finden sich auch hier hervorragende Frauen, doch hatten ihre Aktivitäten nicht mehr als symbolischen Wert. Die Teilnahme der Frauen an den bürgerlichen Revolutionen bewegte sich genau in den Grenzen, die der Mann für sie auch innerhalb dieser neuen Gesellschaftsstruktur gezogen hatte. Noch heute gehören die Rechte der Frauen zu den meist diskutiertesten Themen der Welt. Auch in der Türkei ist das heute so. Die Wirklichkeit aber ist, daß die Beziehungen einseitig bestimmt werden, von den Männern. In den bürgerlichen Gesellschaften finden sich Männer, die im Namen der Frau den Kampf aufgenommen haben. Das geschah allerdings nur deshalb, weil die feudale Familienstruktur die Entwicklung der Kleinstfamilie blockierte. Deshalb machte sich auch der Kemalismus in der Türkei im Namen der Frau auf, um die Rechte der Frau zu erkämpfen und zu sichern. Tatsächlich hat es auch im Kapitalismus Fortschritte für die Frau gegeben, sie konnte ein gewisses Ansehen erreichen. Doch ist sie nach wie vor auf der gesellschaftlichen und politischen Bühne so gut wie nicht sichtbar. Allein ist die Frau dort nichts, sie existiert nur in Verbindung mit dem Mann.

Hier müssen wir uns doch die Frage stellen, ist eine Frau, die nur in Verbindung mit dem Mann etwas darstellt, selbstbestimmt? Ist es nicht vielmehr so, daß eine Frau, die in einer so weit entwickelten Gesellschaft (wie in Europa) nur etwas erreichen kann, wenn sie zu einer Institution oder einem Mann gehört, nicht wirklich die Kraft erreicht hat, selbständig zu leben? In noch härterer Form ist das die Realität in unserer Gesellschaft. Bei uns ist es sogar so, daß die Frau das Haus nur mit Erlaubnis verlassen darf. Daß eine Frau sich ohne die Bevormundung des Mannes an Aktivitäten beteiligt, etwas plant oder vorschlägt, scheint in unserer Gesellschaft geradezu absurd. In der bürgerlichen Gesellschaft wird die Frau außerhalb von Produktion und Politik im Wesentlichen als Werbemittel eingesetzt. Sie dominiert in der Mode sowie in irgendwelchen erfundenen gesellschaftlichen Rollen. Die Frauenwelt, die von der Bourgoisie geschaffen wurde und in die die Frauen hineingedrängt werden, ist primitiv. Und dabei ist noch unklar, inwieweit die Frauen in dieser Welt tatsächlich bestimmen können. In den USA und ganz allgemein auch im Westen wird die Frau auf äußerst gefährliche und entwürdigende Weise benutzt. Ich möchte nochmal betonen, daß die Entwicklung vom Feudalismus hin zur bürgerlichen Gesellschaft zweifelsohne ein Fortschritt ist. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Form, in der dieser Fortschritt sich vollzieht, von der Hegemonie der Männer bestimmt ist. Und in dieser von bürgerlichen Männern bestimmten Gesellschaftsform hat die Frau nur bedingt den Status eines Objekts überwunden. Ende des 19. Jahrhunderts schaffte es das Proletariat, sich zu einer eigenständigen Klasse zu formieren. Eine solche Entwicklung hat die Frau bis heute nicht genommen. Es ist sehr interessant, sich mit den Veränderungen der Situation der Frau zu Beginn der kapitalistisch-imperialistischen Phase zu beschäftigen. Möglicherweise messen wir den Frauen heute keine genügende Bedeutung bei und können ihre Situation nicht bis ins kleinste Detail nachvollziehen. Das hat mit unserer bestehenden gesellschaftlichen Situation zu tun, die vom Kolonialismus entstellt und zerstritten ist, in der es feudale Reststrukturen gibt und in der sogar noch gesellschaftliche Strukturen zu finden sind, die noch vor der Zeit des Feudalismus ihre Wurzeln haben. Eine Sitution in der sich der Übergang zum Kapitalismus unter schwerer Ausbeutung und Unterdrückung vollzieht. Aber eins müssen wir uns klar machen: die Rolle, die die Frau heute in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern spielt, ist gefährlich.

Die Frau ist seit Jahrhunderten nicht nur zum Stillhalten und nach unten verbannt worden, sie wurde nicht nur in Paläste gesperrt und von jeder gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Auch ihr

Geist, ihr Bewußtsein unterlag dieser Situation. Die Ideologen, die Praktiker und die Politiker im Kapitalismus wissen das sehr genau. Sie profitieren davon, indem sie aus der seit Jahrhunderten unterdrückten Frau plötzlich das Gegenteil, die scheinbar unabhängige Frau aufbauen, die tatsächlich aber nur ein Machwerk, nur künstlich ist. Diese neue Frau ist für den Kapitalismus sehr nützlich, besonders um den Klassenkampf zu verschleiern. Im Zeitalter der bürgerlichen Freiheiten muß die Frau dafür, daß sie auch nur ein wenig anerkannt wird, einen hohen Preis bezahlen. Es wird versucht, jede Frau, die einen eigenen Willen beweist, gegen den Sozialismus auszuspielen. Die Frau in Europa wird auf sehr subtile Weise im kulturellen Bereich ebenso wie bei politischen Machtspielen mißbraucht. Über Jahrhunderte unterdrückt wird sie im Kapitalismus plötzlich frei und freizügig. Damit meine ich nicht nur die sichtbare Enthüllung der Frau, auch bisher verborgene Gefühle und ihr Denken werden maßlos offenbart und zur Schau gestellt. Wir wissen nicht, was die feministische Bewegung hierzu denkt, wie sie diesen Zustand bewertet, aber wir gehen davon aus, daß sich die Kreise in Westeuropa hierüber bewußt sind.

Das hat dafür gesorgt, daß die Kleinstfamilien aufgelöst und die Bedeutungslosigkeit der Familie offengelegt wurde. Die Familie, die in Selbstzweifeln und Unentschlossenheit erstickt, ist von der Auflösung bedroht. Es wäre falsch, das nur als Krise des Imperialismus abzuhandeln. Denn die Krise, die sich hier symptomatisch zeigt, geht weit darüber hinaus. Die Auswirkungen des kapitalistisch-imperialistischen Systems beeinflussen nicht nur die eigene Gesellschaft, sondern auch jedes Individuum in Ländern wie dem unseren, und zwar auf noch viel schlimmere Art und Weise. ...
Während die Frau früher mehr eine Ware war, dient sie heute mehr dazu, die Waren zu verkaufen, sie ist ein einzigartiges Werbemittel, ein Schmuckstück. Und man kann nicht davon sprechen, daß sie tatsächlich Einfluß bei wichtigen gesellschaftlichen Angelegenheiten hat.

Welchen Stellenwert hat die Frau in Zeiten des Krieges und des Friedens? Gibt es ein Problem, daß durch die neue Situation der Frau gelöst wurde, egal ob auf nationaler oder internationaler Ebene? Inwieweit kann die Frau tatsächlich ein Zeichen setzen? Ist es denn richtig zu sagen, das war schon immer so und deshalb ist es heute nicht schlechter? Nein, das ist eine falsche Haltung.
Wir dürfen Ausbeutung und Unterdrückung der Frau nicht getrennt sehen von ihrer sonstigen gesellschaftlichen Situation und Entwicklung. Kann es nicht sein, daß die Lage der Frauen im kapitalistisch-imperialistischen System mit Ursache für Kriege ist, daß sie zumindest mit ein Grund ist für die Ausbeutung und Unterdrückung? Es ist doch bekannt, daß Ausbeutung und Unterdrückung zu Kriegen führt. Also muß die Lage der Frauen auch mit ein Grund für die Kriege sein. Dieser scheinbar unantastbare Zustand mit den jahrhundertealten Traditionen und Gewohnheiten blockiert tatsächlich eine positive Entwicklung in der Gesellschaft. Wir denken, daß unter anderem die Lage der Frau mit ein Grund für die meisten gesellschaftlichen Mißstände ist. Früher dagegen wurde immer nur auf die feudalen Strukturen, auf reaktionäres Verhalten, auf Ausbeutung und Unterdrückung hingewiesen. Aber es ist doch klar, daß eine Zivilisation, die auf der Schwäche eines Geschlechts aufbaut, keine Fortschritte machen kann. Eine solche Zivilisation kann und darf man nicht verteidigen. Die weltweite Situation wird von dieser Seite aus zu wenig betrachtet. Der Mann ist mit seiner Situation zufrieden. Er hat die Autorität über die Familie und es ist von ihm kaum zu erwarten, daß er seine Position in Frage stellt und sich so selbst den Boden unter den Füssen wegziehen könnte. Dazu kommt, daß sich die Frau über Jahrhunderte hinweg an diesen Zustand gewöhnt hat und außerdem die allgemeine Gesetzgebung diese bestehende Ordnung auch noch absichert. So wird Politik gemacht. Und wenn die Frau diese Situation als selbstverständlich ansieht und nicht in Frage stellt, kann sie gar nicht anders, als sich dem zu fügen.



Der Kapitalismus ist auch abhängig von der Hausarbeit

Die kolonialistisch-imperialistische Ausbeutung hat den ersten und den zweiten Weltkrieg verursacht. Heute wird die Frau vermarktet und sie findet Absatz. Auch wenn das keinen neuen Weltkrieg auslösen mag so kann man doch mit großer Gewißheit sagen, daß darin der Ursprung vieler Konflikte liegt: die Krisen in den Familien, die Entfremdung auf der Straße, der Verfall moralischer Werte, die Steigerung der Ausbeutung, jede Form von alltäglichen persönlichen Konflikten sind mit darin begründet. Auch die Ursache für Spannungen, für Härte und Opportunismus, die Ursache für ganz unterschiedliche Konflikte muß immer auch hier gesucht werden. Innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems sehen wir keine Möglichkeit, das Problem zu lösen. In der Türkei wird versucht, daß Problem mit den Maßstäben der bourgoisen Gesellschaft zu lösen. Für uns ist das auf keinen Fall eine Möglichkeit. Denn gerade deshalb befinden sich die bürgerlichen Gesellschaften ja in so einem großen Widerspruch. Die gesamte westliche Welt steckt deshalb in einer Krise. Die Institution Familie ist eine ständige Last. Und trotz der relativ großen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Fortschrittlichkeit sind die Frauen doch unschlüssig. In allen Ländern, vor allem in Schweden, ist Selbstmord ein weit verbreitetes Phänomen. Und auch in den sozialistischen Gesellschaften gibt es aus diesem Grund große Spannungen. Wir können also sehen, daß dieses Problem überall besteht.

Den folgenden Beitrag haben wir der Wochenzeitung Yeni Ülke entnommen.

Eins der größten Nomadenvölker, hat die Kultur Obermesopotamiens im Herzen bewahrt:

DIE BERITANEN: GELIEBTE der BERGE

(ein Bericht von Hasim Caro)

Ihr Leben ist eins mit den Bergen, es spiegelt sich im Wasser der frischen Quellen, gleitet in der Weiße des Schnees und fließt mit dem Schmelzwasser des Frühlings. Die Schmetterlinge der Alm, das Rebhuhn, das Grün, die Liebe und die Heilkraft der Alm: alles das verkörpern die Beritanen. Obwohl es in der Geschichte der Beritanen viel Mut, Leid und Widerstand gab, wurde sie nie geschrieben. Das Massaker in Elazig im Jahr 1514, was Yavuz, ein osmanischer Kaiser befahl, bedeutete für die Beritanen die erste Vertreibung. Nach etwa 120 Jahren im Exil in Konya kehrten die Beritanen zurück, ohne die kaiserliche Führung davon vorher zu unterrichten. Noch heute glaubt die Bevölkerung in Elazig die Beritanen stammten aus Konya. Bei diesem kurdischen Stamm wird die Frau, die die Schafe melkt, Berivan genannt. Der Name Beritanen ist davon abgeleitet worden.

Nach der Tradition ist es so, daß das Mädchen im heiratsfähigen Alter den Sohn ihres Onkels heiratet, der Junge die Tochter seines Onkels. Es findet sozusagen eine Heirat innerhalb der Verwandschaft statt. Die Zustimmung der Heiratenden ist bei den Beritanen wichtig. Aber auch außerhalb der Familie wird geheiratet. Das geschieht eher bei den Familien der Beritanen, die gebildeter sind. Eine Vielehe ist selten, die Einehe wird vorgezogen. Das Newrozfest wird hier mit großer Begeisterung gefeiert. Dabei wird Halay, ein Rundtanz, bei dem sich alle an den Händen fassen oder unterhaken, getanzt. Freudenschüsse werden abgefeuert und die Tische werden mit verschiedenen Gerichten gedeckt. Da die Beritanen überall im Obermesopotamien herumkommen, haben sie eine reiche Kultur. Man kann in ihrer Kultur die kulturelle Struktur von ganz Obermesopotamien wiederfinden.

Obwohl es in der Geschichte der Beritanen viel Mut, Leid und Widerstand gab, wurde sie bis heute nicht aufgeschrieben. Immer wieder mußten die 52.000 Beritanen sich auf den Weg machen. Sie haben kein eigenes Ackerland, kein Haus, es fehlte sogar ein Platz, wo sie ihre Zelte aufschlagen konnten. Während die Beritanen im Sommer auf den kühlen Almen der Hochgebirge für eine Weile leben, treibt der Winter sie wieder in die Ebene. Schon einige Wochen vorher beginnen die Vorbereitungen für den Almaufstieg oder später dann, den Abstieg in die Winterunterkunft. Die Wanderungsstrecke die die Nomaden in 10 bis 15 Tagen zu Fuß zurücklegen, wird heute vom Gouverneur für den Ausnahmezustand festgelegt. Sie packen ihre Sachen und ihre Zelten auf die Pferde bzw. Esel und machen sich mit ihrer Schafsherde auf den Weg zu den Almen. Da die Wanderstrecken nachts nicht ganz gefahrlos sind, schlagen sie bei Anbruch der Dunkelheit ein Lager auf. Obwohl die Wanderkarawane ständig von bewaffneten Personen des Stammes bewacht wird, kam es früher öfter vor, daß den Nomaden auf dem Weg aufgelauert und sie völlig ausgeraubt wurden. Diese Gefahr ist aber in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

DIE GESCHICHTE DES NOMADENSTAMMES

Man kann in allen Bereichen der Lebensweise der Beritanen die Spuren des Mazdaismus erkennen. Ein Beispiel sind Beschwörungen wie "Die Sonne soll dich schlagen" oder "Das Kienholz soll dich blenden", die bis heute noch verwendet werden. Genauso ist es auch mit Spielen und Tänzen während der Feste. Sie tanzen um das Feuer herum, erzählen Geschichten und Märchen, die sogenannten Feuermärchen. Diese Sitten resultieren aus der tiefen Verbundenheit mit dem Mazdaismus. Nach dem Massaker im Jahr 1514 in Elazig durch den osmanischen Kaiser Yavuz, wurden die Beritanen nach Konya vertrieben. Nach etwa 120 Jahren Leben im Exil in Konya kehrten die Beritanen nach Elazig zurück. Sie entschieden das, ohne die kaiserliche Einwilligung eingeholt zu haben. Diese lange Exilzeit der Beritanen beeinflußte jedoch ihre Kultur kaum. Dennoch behaupten viele noch heute, die Beritanen stammten aus Konya. Dieses Nomadenvolk untergliedert sich in 3 Stämme: Den Kosa-, den Melemeran- und den Kerkulaganstamm. Der Kosastamm zählt 18.000 Personen, besitzt 250 Viehherden und etwa 100.000 Schafe. Es ist der grösste und reichste Stamm unter den Beritanen. Der Kosastamm teilt sich wiederum in 3 verschiedene Nomadenfamilien auf: die Sevderi, die Bekiri und die Xelili. Der Malemeran-Stamm zählt 16.000 Mitglieder und besitzt 70.000 Schafe. Dieser Stamm ist der ärmste der Beritanen-Stämme. Der Kerkulagan-Stamm hat auch 16.000 Mitglieder und besitzt 80-85.000 Schafe.

DIE KULTUR UND DIE FAMILIE

Die Heirat findet allgemein innerhalb der Verwandschaft statt. Das entstand aus den Feudalbeziehungen. In der Familie steht dem Mädchen kein Erbe zu. Wenn die Tochter ins heiratsfähige Alter kommt, bereiten die Eltern die Aussteuer für sie vor. Das Mädchen nimmt gewöhnlich den Sohn ihres Onkels als Mann und

der Junge die Tochter seines Onkels zu Frau. Es findet also eine Heirat innerhalb der Verwandschaft statt. Die Zustimmung der Heiratenden ist hier maßgebend. Es wird aber auch außerhalb der Verwandschaft geheiratet. Das ist meistens bei den gebildeteren Familien der Fall. Vielehe ist hier selten, Einehe ist die geläufigere Art der Ehe. Die Beritanen, und das ist anders als bei den anderen Nomadenstämmen, unternehmen nichts ohne ihre Frauen gefragt zu haben. Zum Beispiel bezüglich der Heirat der Kinder, ob die Almzeit schon gekommen ist oder dem Verkauf von Vieh und Wolle - alle diese Fragen werden innerhalb der Familie besprochen und gemeinsam entschieden. Die Frau hilft ihrem Mann auch bei anderen Arbeiten. Die Stellung der Frau ist innerhalb des Stammes sehr angesehen. Dank der entwickelten Technologie ist die Arbeit der Beritanen-Frauen wesentlich erleichtet. Früher mußten sie stundenlang ihren Joghurt buttern. Das geschah, indem sie das Butterfaß aus Leder mit Joghurt füllten und kräftig hin und her schüttelten. Seit dieses Butterfaß durch eine Schleudermaschine ersetzt wurde, ist es für die Frauen eine große Arbeitserleichterung. Die Beritanen legen großen Wert auf Ansehen und Ehre bzw. auf das Ehrgefühl. Aus diesem Grund sind die Beziehungen innerhalb und außerhalb des Stammes sehr eng miteinander verbunden.

Außer den religösen Festen feiern die Beritanen auch das kurdische Neujahrfest Newroz. Während dieses Festes wird der Halay, der Rundtanz getanzt und leckere Spezialitäten werden angeboten. Eine reiche Kultur ist hier zu beobachtet. Zum Beispiel finden sich die Kulturen der Regionen von Bingöl, Urfa und Elazig, Mardin und Diyarbakir, bei den Beritanen wieder. Bei den Hochzeitsfesten singen sie alle zusammen kurdische Lieder und tanzen dabei die verschiedensten Tänze: *Gur û pez, Pe, Dupe, Sepe, Lorke, Xezale und Kocere.* Ihre Zelte sind aus Ziegenhaar gewebt. Man findet in den handgewebten Stücken wie dem Kulav (eine spezielle Ausfertigung für Hirten) die wertvolle Arbeit der Frauen wieder. Die sogenannten Kulavs werden von Männern ausgefertigt, das Schmücken übernehmen die Frauen. Bei den Beritanen sind sowohl die Männer als auch die Frauen sehr gute Reiter. Das Reiten und das "Cirit" genannte Kampfspiel seien die Sportarten ihrer Väter, so sagen die Beritanen. Wenn die Frauen in die Schafherde gehen um zu melken, nennt man das Berti, die melkenden Frauen werden Berivan genannt. Daraus leitet sich der Name Beritanen ab. □

DIE ÖKONOMISCHE STRUKTUR DES NOMADENSTAMMES

Das Nomadenvolk der Beritanen läßt sich im Sommer in den Bergen von Bingöl, den Serafettin-Bergen und den Bergen von Gavres nieder. Sie bauen aber ihre Zelte auch an einem nahegelegenen Fluß auf. Im Winter wiederum suchen sie für ihre Unterkunft die in Mardin, Diyarbakir, Urfa und Elazig gelegenen Ebenen auf. Da sie seit ihrer Entstehung diese Orte immer wieder als Unterkunft aufgesucht haben, sind diese Städte für sie zu einem Stück Heimat geworden. Da die Nomaden kein eigenes Land besitzen, sind sie gezwungen, für ihre Herde die Alm bzw. Winterunterkunft zu mieten. Früher zahlten die Beritanen sogar Mieten an den Feudalherren (Aga). Heute sind sie mit neuen Kosten konfrontiert. Nach einem Beschluß der Stadtgemeinde von Solhan mußten die Beritanen, den verlangten Betrag von 90 Millionen TL entrichten. Alleine 1991 sollen 500.000 Millionen TL an die Herren der Stadtgemeinde entrichtet worden sein.

Der Lebensunterhalt wird zum größten Teil durch Viehhaltung verdient. Milcherzeugnisse sind die einzigen Nahrungsmittel der Beritanen im Sommer. Die Stammesangehörigen verkaufen ihre selbst hergestellten Milcherzeugnisse entweder an Händler, die aus der Stadt auf die Almen kommen, oder sie bringen sie selbst in die nahegelegenen Städte wie Antep, Erzurum und verkaufen sie auf dem Viehmarkt. Was sie dabei verdienen, geben sie für das Viehfutter bzw. die Vorbereitungen für den Winterunterhalt aus.

Nach der Gründung eines kooperativen Entwicklungsplans für die Beritanen im Jahr 1978 wurden bestimmte Orte für ihre Unterkunft vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde erst im Jahr 1985 nach vielen Bemühungen realisiert. Es wurden neue Wohnviertel gebaut. Von circa 52.000 Beritanen wurden aber nur 20.000 in diesen Wohnhäusern untergebracht. Jedem Bewohner wurden nur 30 bis 35 Quadratmeter unfruchtbares Ackerland zur Verfügung gestellt. Die Wohnhäuser wiesen schon nach ein paar Jahren einen unbewohnbaren Zustand auf, da sie zu primitiv gebaut waren.

Unter den Stammesmitgliedern gibt es 17 Veterinäre, fünf Anwälte, einen Richter, zwanzig Ingenieure, 15 Apotheker und 35 Lehrkräfte. Da die Beritanen keinen festen Wohnsitz haben, ist das Interesse an regelmäßigem Schulbesuch eher gering.



Das Züchten von Schafen ist eines der wichtigsten Nahrungsquellen der Beritannen

Mit dieser neuen Rubrik möchten wir zur Diskussion über die aktuellen politischen Fragen einladen. Die notwendigen neuen Perspektiven für die revolutionären Bewegungen können sich nur aus der gemeinsamen, internationalen Diskussion entwickeln. Das ist schriftlich zwar immer unzulänglich aber doch eine Möglichkeit, neue Beziehungen, besseres Verständnis füreinander zu entwickeln. Es wird aber nie den direkten Kontakt ersetzen können – und nicht die Praxis, an der sich die Überlegungen dann überprüfen lassen können und müssen.

Zur Diskussion:

Rassismus in Deutschland

von Nazim Özer

Nicht erst seit der Wiedervereinigung Deutschlands brodelt aus einem braunen, bierzeltrüchigen Sumpf von Alt- und Neonazis eine schwarzbraune Substanz, die dem Skelett des Herrenmenschen wieder zur alten Pracht verhilft. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Herrschaft des Nationalsozialismus ist der Herrenmensch wieder sichtbar geworden. Sein unerwarteter Auftritt erschrickt viele Gemüter, die verzweifelt in hysterischen Diskussionen versuchen, sich eine Antwort zusammenzureihen: woher ist diese häßliche Fratze so (?) plötzlich (?) erschienen? Eine Diskussion, die uns zur gewohnten bequemen Trägheit und ihren verheerenden Folgen verurteilt, stellt zunehmend unsere Parolen gegen Faschismus und Rassismus in Frage und zeigt uns eine historische Realität auf. In einem Obrigkeitsstaat, in dem trotz der Tatsache einer unvergleichbaren faschistischen Vergangenheit keine relevante antifaschistische Tradition existierte muß Antifaschismus tatsächlich erst geübt werden. Doch stellt sich uns die Frage, ob in dieser Gesellschaft, in der zwar viel von Zivilcourage die Rede ist, aber niemand dieses bei den Fundämtern unter Verschluß gehaltene Instrument abholt, überhaupt ein Begriff von Antifaschismus existiert und wenn, wie er hier verstanden wird? Um eine Antwort finden zu können muß man sich mit einer Geschichte auseinandersetzen, deren Verlauf nicht unterbrochen wurde, sondern nur die politischen Bahnen und Kennzeichen haben gewechselt. Wenn sie also da war, ohne scheinbar etwas Beunruhigendes zu haben und heute ihre menschenverachtenden Ansprüche wieder stellt, dann entlarvt sich das ganze Gerede von der sogenannten Entnazifizierung und der Aufarbeitung der Vergangenheit als eine einzige große Lüge. Die historische Brücke zwischen dem in Geschichtsbüchern vergessenen sichtbaren Gesicht des häßlichen Deutschen und dem heutigen Gespenst ist der unmittelbare historisch-politische Zusammenhang und dessen Kontinuität. Es ist eine allzuoft wiederholte Tatsache, daß die deutsche Gesellschaft obrigkeitshörig ist. Von oben diktiert war das erste Reich, das zweite Reich, die Demokratie der Weimarer Republik, der Faschismus des 3. Reiches und der sogenannte Sozialismus ebenso wie die bürgerliche Demokratie der Nachkriegsdeutschländer. Von oben diktiert war auch die Distanz von dem vorher gegangenen Faschismus besonderer deutscher Prägung. Es ist zynisch, aber die Entnazifizierung wurde auch von denen verordnet, die sich vom Nationalsozialismus für ihre Hörigkeit auszeichnen ließen: in den Gerichten der demokratischen BRD sprachen nicht etwas diejenigen Recht, die sich geweigert hatten für die Nazijustiz zu richten, sondern dieselben Nazirichter urteilten wieder im Namen des Volkes, die Juden und Andersgesinnte verurteilt hatten. Mitglieder der NSDAP stellten im ersten Bonner Bundestag die stärkste Fraktion dar und die gesamte NS-Bürokratie wurde per Gesetz in die Demokratie der BRD integriert. Die Industrie konnte weiterhin ihre Fachleute für Vernichtung und Zerstörung behalten. Außerdem sind etliche Zielsetzungen der deutschen Wirtschaft gleich geblieben. Stellt sich also die Frage, wie glaubhaft eine Aufarbeitung der Geschichte sein kann, wenn sie nicht authentisch ist, sondern treu in der historischen Tradition von Obrigkeitshörigkeit steht?

Die Biedermänner und ihre politischen Vertretungen

Im einigen, freien deutschen Vaterland gibt es nun seit einigen Jahren ein neues Bild. Die Identifikation mit dem großen, mächtigen Deutschland scheint das mangelnde Selbstbewußtsein so kompensiert zu haben, daß sich der völkische Stolz auf Blut und Boden ungezügelt mit Morden und Brandstiftungen Geltung verschafft. Nicht nur, daß vor brennenden Sammellagern einige wenige, deren Arme mit Emblemen des Nationalsozialismus geschmückt die deutsche Gesinnung grüßen und Deutschland den Deutschen gröhlen. Im Hintergrund ruft der brave biedere Bürger "Zugabe", klatscht Beifall, so als ob Fidschis klatschen eine neue Sportart sei. Das unglaubliche an dieser Szene ist das Zusammenspiel von Staat, Politikern und Medien, das in einigen Menschen Erinnerungen wachruft. Im völkischen Denken herrscht also Einvernehmen: Herr Streibl aus Bayern wirbt um Verständnis für die mordenden Horden von Hoyerswerda und Rostock während ein SPD-Bürgermeister vom Aufstand des Unverständnisses gegenüber der Großzügigkeit Deutschlands spricht, das sich von Flüchtlingen ausnutzen ließe. Herr Weizsäcker ist besorgt um seinen deutschen Stolz, den er aufpoliert, indem er die Opfer zusätzlich zu Opfern seines Mitleids macht. Der Konsens ist die Umkehrung des Verhältnisses von Opfer und Täter. Es wird verkündet, daß nicht die Täter, sondern die Opfer das Problem seien und man angesichts der Eskalation reagieren müsse. Nicht etwa gegen die Alt- und Neonazis, nein, sondern gegen

die Flüchtlinge. Während sich weite Teile der deutschen Presse dem völkischen Ungeist anschließen und mit rassistischen Ressentiments gegen die Fremden eine Rechtfertigung für die Pogromgelüste der Normalbürger zu liefern sucht, signalisiert die SPD ihre Einsicht, die Flut der Asylanten einzudämmen. Das deutsche Haßobjekt, vor allem von denjenigen entdeckt und sichtbar gemacht, die anscheinend so ausländerfreundlich sind, ist jetzt noch der Nicht-Deutsche. Nicht etwa Frey oder Schönhuber, sondern ein Sozialdemokrat macht sich Gedanken darüber, mit welchen Mitteln man mit der von der Nationalzeitung verkündeten "Invasion der Zigeuner ..." fertig werden könne. Nicht etwa ein NSDAP-Blatt, sondern die FAZ sekundiert schließlich, daß "Europa noch nie gewußt hat, wie es seiner Zigeuner Herr werden soll...." Das Phänomen nimmt schließlich seinen gesetzmäßigen Lauf, wenn der Antiziganismus des Spiegel von der Badischen Zeitung als "Notwehr gegen die reinste Seuche", nämlich die Zigeuner erklärt wird. So gelingt es, daß sich die Befürchtungen der National Zeitung, daß die Deutschen leiden müßten, bewahrheiten und ihr Rassismus in den Begriff der Notwehr umgebogen wird. Gerade diese Umkehrung von Opfern und Tätern gibt diesem Rassismus eine besondere Qualität, nämlich die deutsche Eigenart. Um Mißverständnissen vorzubeugen sei festgestellt, daß Rassismus weder teilbar noch in Kategorien einteilbar ist. Daß auf den Rassismus und Faschismus in Deutschland sensibler reagiert wird ist historisch bedingt. Hitler wurde zwar nicht mit 95% der Stimmen an die Macht gewählt, aber dennoch tragen 95% für den Holocoust die Verantwortung. Eine Analogie zu heute besteht zumindest in der Tatsache, daß Rassismus in dieser Gesellschaft sich einer großen Akzeptanz erfreuen kann. Die, die mit den Formen nicht einverstanden sind, die dieser Rassismus annimmt, schweigen oder stimmen, wenn auch insgeheim, eben doch zu.

Rassismus als Herrschaftsinstrument

Die Neonazis sind in diesem Lande nicht über Nacht vom Himmel gefallen. Sie sind auch nicht, wie es Politiker perfide suggerieren wollen, von den Asylanten verursacht worden. Denn schon lange vor den Pogromen waren 51% der Deutschen für die Losung "Deutschland den Deutschen". Auch schon vor Rostock glaubten 32% der dortigen Bild-Zeitungs-Leser, daß die Juden selbst an ihrer Verfolgung schuld seien. Und schon vor der Wiedervereinigung gab es Umfragen anerkannter Institute über die Sympathien der Deutschen für Ausländer, die nach Hautfarbe, Herkunftsland, Religion usw. kategorisiert wurden. Solche Kategorisierungen waren selbstverständlicher Alltag. Modekataloge stellten auf ihren Bestellscheinen die bedenkenlose Frage, ob man Ausländer sei oder nicht. Rassismus ist schon in die Erwartung eingebettet, daß das nach profitrelevanten Kriterien selektierte und nach Europa verfrachtete Arbeitstier Gastarbeiter sich integrieren muß. Die Forderungen nach Integration, die die Besonderheit und Fremdheit des Menschen nicht duldet, wobei also Integration mit Anpassung gleichgesetzt wird, resultiert doch aus dem Verständnis des vermeintlich überlegenen Europäers heraus. Oder würde man den Ausländern das Recht zusprechen, daß sie die Integration der Europäer fordern? Mit Sicherheit nicht! Gerade ein solcher Maßstab für Beziehungen ist der Garant der ideologischen Grundlage der kapitalistischen Ordnung. Die kapitalistische Gesellschaft ist eine mit den jeweiligen Privilegien in eine Hackordnung unterteilte Gesellschaft. Und in Deutschland hat man allen klar gemacht, daß an der Spitze dieser Hackordnung bzw. der Pyramide die Deutschen stehen. Gleichgültig ob sie hier leben, in der Ukraine oder in der Wolga. Die Argumentationsmuster der Rassisten und ihrer Helfer berufen sich gerade auf diese Übereinkunft. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und sozialer Frust sind die landläufigen Begründungen der Aus- und Abgrenzung von Menschen, die nicht in das von oben verordnete Bild des weißen und deutschstämmigen Privilegierten passen. Und in einer Gesellschaft der Konkurrenz und des Faustrechts scheint es schließlich legitim zu sein zu prügeln, zu verbrennen, und zu morden.

Die Stahlhelmfraktion und ihre Betonköpfe

Seit den Brandanschlägen auf Asylbewerberheime, der Menschenjagd glattrasierter Betonköpfe, bei der 24 Menschen ermordet wurden und der von Tag zu Tag an einem anderen Ort sich ereignenden Pogrome, wird in Deutschland ersichtlich, daß es keine Gnade der späten Geburt gibt. Die zweite Generation ist schuldig. Die zweite Schuld begründete Ralph Giordano schon vor Jahren mit jener Schuld der Verdrängung und Verleugnung. Wen wundert es eigentlich noch, daß sich in Deutschland der braune Mob so schnell ausgebreitet hat. Schließlich wurde man ja Zeuge wie auf dem Bitburger Friedhof Kohl und Reagan in einer historischen Zeremonie die Waffen-SS reinwuschen ... Oder wie der Vizepräsident des Bundestages die Waffen-SS als "kämpfende Truppen" und nicht als Verbrecher in Schutz nahm ... oder wie Dregger die Republikaner als "gute Demokraten" bezeichnete, deren Vorsitzender Franz Schönhuber schließlich in der Waffen-SS dabei war. Sie alle normalisierten die NS-Vergangenheit. heute ist die Vergangenheit schon derartig normalisiert, daß die Bevölkerung nicht mehr verstehen will, warum sich in der Welt noch Menschen provoziert fühlen, wenn in Penemünde der gelungene Abschuß einer V2-Rakete vor 50 Jahren gefeiert wird. Fügt man die Debatten der Parteien, von der SPD bis zur CSU und neuerdings der Grünen über das Problem Ausländer und Asylanten hinzu, dann wird das Bild vollständiger. Schon seit zwei Jahren hysterisiert Herr Stoiber, daß nicht nur der deutsche Wohlstand, ja sogar die deutsche Demokratie durch die Asylanten gefährdet sei. Die Reaktionen des Staates auf die Mordgelüste frustrierter Jugendlicher, denen Polizei und Bundeswehr noch behilflich sind, zeugt von einem Einvernehmen zwischen dem Staat und seiner Gesellschaft. Die Brandanschläge auf Asylbewerberheime, das Verletzen und Morden von Menschen ist auch eine Gefährdung, Verletzung und Beschädigung des Rechtsstaates, des Ansehens Deutschlands geworden. Die Presse schlägt in die gleiche Richtung. Und man sucht nach Lösungskonzepten. Das Grundgesetz muß geändert werden! Die Pogrome werden als

Aufstand bezeichnet und der faschistische Mob wird in Schutz genommen. Volker Rühe sagt: "Die Bevölkerung ist durch den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts überfordert." Diejenigen, die die Vorarbeit geleistet haben, erhalten auch noch Dank und Komplimente. Während die Polizei hilflos zusieht, wie 200 Glatzköpfe mit Baseballschlägern Menschen jagen, werden auf einer bundesweiten Demonstration der Republikaner in München Teilnehmer einer Gegendemonstration verhaftet und angeklagt.

Die Diskussion ums Grundgesetz

Nachdem heute deutsche Biedermänner und -frauen den Molliwerfern Beifall klatschen und ihre Solidarität mit den Brandstiftern durch "Heil Sieg" und "Heil Hitler" lautstark kundtun, haben sich die Genossen von der SPD davon überzeugen lassen, daß es aus rein zweckmäßigen Gründen wichtig sei, daß Grundgesetz zu ändern. Eine Grundgesetzänderung muß schließlich sein, weil sonst der Bundeskanzler vielleicht in die peinliche Situation kommen könnte, durch seine Notstandsverkündung einen Verfassungsbruch zu begehen. Alle sind sich einig. Von der Deutschen National-Zeitung über Spiegel bis hin zur FAZ; von der guten Seele Deutschlands über Stoiber, Björn Engholm bis Cohn-Bendit: Das Problem in diesem Land ist nicht der Faschismus sondern die Ausländer und Asylbewerber. Die SPD hat sich letzendlich dem "wir-Gerede" angeschlossen und spricht, wie Herr Weizsäcker, von der Notwendigkeit, Mechanismen zu finden, die die Flüchtlingsströme steuer- und kontrollierbarer machen sollen. Es ist aber schon seit langem eine Tatsache, daß durch die alljährlichen Verschärfungen der Asylverfahrensgesetzgebung, Artikel 16 des Grundgesetzes de facto keine Anwendung findet. Auch dem SPD-Vorstand ist es klar, daß Menschen nicht nach Deutschland kommen, weil sie Experten des Grundgesetzes sind und die großzügige Auslegung des Asylrechts kennen, sondern konkret vor Bedrohungen fliehen. Vor Hunger, Krieg, Folter und Zerstörung. Alles das sind Gründe, die nicht das unerträgliche Los des Schicksals sondern Spuren europäischen Wohlstands sind. Also ist die Diskussion der Grundgesetzänderung nur eine verlogene und heuchlerische Strategie, die die eigentlichen Ambitionen in den Hintergrund rückt.

Das Ziel ist die Festung Europa. Auf den Müllbergen von Manila, Kairo, Sao Paolo suchen Menschen mit den Ratten nach Nahrung. In Asien, Afrika ,dem Mittleren Osten und Lateinamerika toben Kriege. Das muß alles berücksichtigt werden. Eine Regelung der Einwanderung, wie sie gefordert wird, soll auch den zukünftigen Bedarf Europas nach Arbeitskräften aus der Peripherie regeln. Damit weiterhin die politischen, ökonomischen und sozialen Rechte nach Kriterien der Abstammung, Hautfarbe und Religion unterschieden werden können, um die kapitalistische Ordnung weiterhin nicht zu gefährden, braucht man die Festung Europa, die selektieren kann, damit der Wohlstand nicht geteilt werden muß.

Demonstrationen im Obrigkeitsstaat

Als brave Proleten und Kleinbürger in Rostock-Lichtenhagen beim Anschlag von Brandbomben "Zugabe" riefen, als vietnamesische Flüchtlinge im brennenden Haus um Hilfe schrien, während die sonst nicht so zimperliche deutsche Polizei Brotzeit machte, erklärten Politiker auf dem Bildschirmen, daß die Lage ernstzunehmen sei und gehandelt werden müsse. Der Bürger und die Bürgerin vor der Glotze wurden beruhigt. Man versicherte, Maßnahmen zu treffen, um die Abschiebepraxis zu beschleunigen. Herr Stoiber versprach sich vor kurzem bei einem Interview, brachte diese Maßnahmen auf den Nenner und konkretisierte sie. Er sprach von "ausländerfeindlichen Maßnahmen" statt, wie sonst, von "Maßnahmen gegen die Ausländerfeindlichkeit". Angesichts der hochsensiblen Situation erklärt sich Bundeswehr-Professor Michael Wolfssohn besorgt über den Umstand, daß Ignatz Bubis neuer Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland geworden sei, denn er entspreche dem Klischee des reichen geizigen Juden. Und deutsche Richter fragen ihre Volksgenossen, ob sie nicht doch von den Ausländern provoziert worden seien, so daß sie genötigt waren, diesen den Schädel einzuschlagen. Während Linke in diesem Land für ihre Gedanken nicht oft genug zu lebenslänglich verurteilt werden können, kommen neonazistische Mörder mit kurzen Bewährungsstrafen davon. Die düstere Vision Heinrich Bölls, in Deutschland sei der Faschismus immer noch schlimmer als der Kommunismus wird bestätigt. Jahrelang wurde tatenlos zugesehen, wie nicht nur deutsche Rattenfänger, sondern auch ausländische Faschisten und Antisemiten hier ihren perversen nen freien Lauf geben konnten. Während Türkes, der Führer der türkischen Faschisten aus der Türkei und Hitlerverehrer oder der Fundamentalist Erbakan ihren Rassismus und Antisemitismus breittreten durften, erhielten Kurden Veranstaltungsverbote und 129a-Verfahren. In Deutschland spielen die Bürger gern Polizei und fühlen sich berechtigt, anderen zu sagen, wie sie sich zu verhalten haben. Andererseits ist es aber eine Seltenheit, daß von Neonazis erstochenen Ausländern, die grade verbluten, geholfen wird. Vor so einem düsteren Hintergrund ist es schließlich nicht allzu verwunderlich, wenn die Demonstration in Berlin ein verspäteter, in ihrer Zielsetzung und ihrer Symbolik aber ein Zeichen der Hilflosigkeit von Sonntagsspaziergängern geworden ist. Die Randale während der Demonstration ist als Protest gegen die Redner und ihre Inhalte berechtigt. Nicht nur, daß RednerInnen sich mit dieser Demonstration eine weiße Weste holen wollten. Auch die Tatsache, daß selbst in den Reden die gleiche Heuchelei und Täter-Opfer-Umkehrung beibehalten wurden, gibt einen Hinweis auf die Motive der Eierwerfer. Ihr Handeln wurde zwar allseits als kindisch oder gewalttätig angesehen, sogar mit dem Versuch von Rechtsradikalen gleichgesetzt, Redefreiheit zu unterbinden. Ein solcher Protest mag in Ländern wie Frankreich oder Italien eine Lappalie sein. In Deutschland zeigen die Reaktionen darauf, wo das eigentliche Problem zu liegen scheint: nämlich im Protest an sich. Wenn sich Rechtsradikale auf alle möglichen Arten manifestieren, so ruft das oft deshalb Empörung hervor, weil sie unkontrollierbar werden, weniger wegen ihrer Inhalte und rassistischen Ziele.

Wie wird eigentlich die Reaktion auf die sein, die den Aufruf Giordanos, sich zu bewaffnen, folgen werden? Und wie wird die Reaktion sein, wenn Nazis und ihresgleichen tatsächlich gefährdet sein werden?

Rassismus ist keine bundesdeutsche Erscheinung, Rassismus ist eine weltweite Form der Unterdrückung

Ein weiteres Thema bei der beabsichtigten Reise wird - nach den jüngsten Morden durch Neo-Nazis - die Ausländerfeindlichkeit in der BRD sein. Wohl kaum etwas nutzte der türkischen Regierung in den letzten Monaten besser, als diese Anschläge. Sie, die tagtäglich Menschen, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in Kurdistan und auch in der Türkei bedroht, verfolgen und verschwinden läßt, foltert und ermordet, spielt sich auf zum Lehrmeister in Sachen Menschenrechte. In großmauligen Erklärungen fordert sie die BRD auf, erstmal für Ordnung im eigenen Land zu sorgen, bevor sie die Frage der Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan erneut thematisiert. Die Trauerfeiern für die Toten und die vielen Demonstrationen, die in der BRD gegen Ausländerfeindlichkeit durchgeführt wurden, nutzten dann auch türkische Nationalisten, z.T. begleitet von den faschistischen Grauen Wölfen, um ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten.

Es kann nur festgestellt werden, daß wenn die herrschenden Regierungen, egal ob in der Türkei oder der BRD, von Menschenrechten sprechen, die zu verteidigen seien, sie auf jeden Fall etwas völlig anderes meinen, als was die grundlegenden Rechte für die Menschen tatsächlich bedeuten. Hier versagt auch ein großer Teil der Linken in der BRD, denen es schwer fällt, die rassistischen Angriffe im Ganzen zu begreifen. Rassismus ist keine ausschließlich in der BRD aktuelle Erscheinung, Rassismus ist eine weltweite Unterdrückung. Es ist die alte Theorie des Sündenbocks, die neu aufgelegt wird. Sie funktioniert im Inneren der deutschen Gesellschaft, sie funktioniert innerhalb Europas und nach außen. Sie funktioniert sowohl gegen die Menschen, die versuchen vor ihrer alltäglichen politischen und ökonomischen Unterdrückung zu fliehen, als auch gegen die



Skinhead-Demonstation in Krakau

Kräfte in der sogenannten Dritten Welt, die nicht bereit sind, sich dem Diktat des Kapitals zu unterwerfen. Wenn also heute vom Rassismus in Deutschland die Rede ist, darf vom Rassismus weltweit, auch in der Türkei, nicht geschwiegen werden.

Internationale Solidarität heißt, den Kampf der Völker um Befreiung und Selbstbestimmung zu unterstützen

Erfreulich viele gewerkschaftliche Kräfte unterstützen mittlerweile das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Auf dem Gewerkschaftstag der HBV (Handel, Banken und Versicherungen) Anfang November wurde ein entsprechender Antrag beschlossen. Der Vorstand der Gewerkschaft wurde von den Delegierten aufgefordert, die Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, nach der Durchführung eines Referendums und nach der Einstellung aller Militär- und Wirtschaftshilfe an die türkische Republik bei der Bundesregierung, der UNO und anderen internationalen Institutionen zu vertreten. Wichtig ist aber, daß solchen Forderungen von breiten fortschrittlichen Kräften in der BRD Nachdruck verliehen wird. Tatsache ist, daß bei den Angriffen der türkischen Armee gemeinsam mit den südkurdischen Peschmergas Mitte Oktober gegen die Befreiungskräfte der ARGK, keine größeren Protestaktionen bundesdeutscher Gruppen oder Organisationen zu bemerken waren.

Der Schritt, die ersten freien gleichen Wahlen zu einem kurdischen Nationalparlament durchzuführen, wurde in der Berliner Tageszeitung als "Inszenierung" bezeichnet. Die Wahlen seien ohne die Zustimmung der kurdischen Organisationen der Nachbarländer durchgeführt worden und ein Alleingang. Dazu kann nur festgestellt werden, daß die Mai-Wahlen in Südkurdistan zwar kein Alleingang waren, denn sie wurden mit der ausdrücklichen Zustimmung verschiedener imperialistischer Staaten, einschließlich der BRD durchgeführt. Dafür wurde aber das kurdische Volk in den anderen Teilen Kurdistans, geschweige denn im Exil in Europa oder anderswo, nicht gefragt. An den vom 20. bis zum 22. November in Europa durchgeführten Wahlen zum kurdischen Nationalparlament konnten sich alle Kurden und Kurdinnen beteiligen, die dem kurdischen Volk keinen Schaden zugefügt haben. Und die hohe Beteiligung an den Wahlen, dabei auch von Frauen, sind eine Antwort für sich. Anstatt sich zum Werkzeug bestimmter Interessen machen zu lassen, sollte auch die Presse in ihrer Berichterstattung darauf sehen, was die Menschen denken, um die es geht - und die fordern unüberhörbar und immer lauter: Anerkennung und Unabhängigkeit für das kurdische Volk!

So wird in Kurdistan mit deutschen Waffen gemordet!

Das ist der Titel einer Broschüre, in der die Geschichte von der Ermordung des Kurden Mesut Dündar, der durch türkische Soldaten hinter einem deutschen BTR-60-Panzer gefesselt und zu Tode geschleift wird, dokumentiert ist. Die Fotos von dem brutalen Mord wurden am 17. Oktober in der Tageszeitung *Özgür Gündem* veröffentlicht.

Die Broschüre ist für 3,- DM in Deutsch, Englisch und Französisch beim Agri Verlag, Postfach 10 16 83, 5000 Köln 1 erhältlich.

KURDISTAN Nachrichtenagentur

Kurd-Ha

Markenstr. 5-7
D-4000 Düsseldorf 1
Tel: 49 / (0)2 11 / 77 57 22
Fax: 49 / (0)2 11 / 77 35 03

Endlich gibt es auch eine kurdische Nachrichtenagentur, die aktuell und schnell über Ereignisse in Kurdistan und Mittleren Osten berichtet.

Sie ist Anfang November 1992 in Düsseldorf gegründet worden.

Hüseyin Çelebi – ein Nachruf



Hüseyin Çelebi wurde am 22. September 1967 als Sohn einer türkischen Mutter und eines kurdischen Vaters in Hamburg geboren, wo er bis zu seinem 18. Lebensjahr aufwuchs. Dort besuchte er die Grundschule bis zur Mittelstufe. Anschließend ging er zur Fachoberschule für Sozialpädagogik und brach das Studium Anfang 1986 ab. Seine ersten politischen Aktivitäten begannen 1974, als er an einer Demonstration gegen die Abschiebung von 169 Kurden durch den damaligen türkischen Premierminister Ecevit an das Saddam Regime im Irak teilnahm. Alle 169 Kurden wurden nach der Abschiebung hingerichtet. Seine Schule veröffentlicht eine Broschüre von ihm, die er mit 13 Jahren verfaßte und den Titel trug: "Die Ausländer sollen als Ausländer akzeptiert werden". Nach dem Abbruch seines Studiums widmete er sich ganz der politischen Arbeit. Er arbeitete vor allem, um mehr Öffentlichkeit für die kurdische Frage in Deutschland und Österreich zu ereichen. Im Februar 1988 wurde er mit 20 anderen kurdischen Politikern unter dem Vorwurf des Terrorismus von der bundesdeutschen Regierung festgenommen. Doch auch während seiner Haft hörte er nicht auf, für eine gerechte Lösung der kurdischen Frage zu kämpfen. Im Sommer 1991 ging er nach Kurdistan, um endlich das Land kennenzulernen, er hatte sich für den Guerillakampf entschieden.

Mitte Oktober 1992 kam unser Freund und Genosse bei dem Angriff der südkurdischen Kollaborateure und der türkischen Armee, unterstützt von den imperialistischen Staaten, auf die Camps der ARGK in der Region Haftanin ums Leben. Es ist besonders schmerzlich für alle, die ihn kannten daß er dem verräterischen Zweckbündnis, das KDP und PUK mit der Türkischen Republik gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans eingingen, zum Opfer fiel!

Hüseyin hat lange in Deutschland gelebt und war zu einer lebendigen Brücke zwischen den Internationalistinnen der reichen westlichen Metropolen und dem kurdischen Befreiungskampf geworden. In seinem kurzen und intensiven Leben blieb ihm nicht erspart, in Deutschland als jüngster "Terrorist" größten "Terroristen"-Prozeß, dem 129a-Verfahren gegen Freunde und Mitglieder PKK in der BRD, unter unwürdigsten Bedingungen eingesperrt und angeklagt zu werden. Zwei Jahre verbrachte er in den Isolationstrakten deutscher Gefängnisse. Er verlor nie seinen Humor: noch lebhaft erinnern wir uns wie er von seiner Festnahme erzählte, wie er die militärische und politische Maschinerie, die 1988 in Gang gesetzt wurde, verhöhnte. Von Anfang an sagte er voraus, daß der Prozeß wie ein Luftballon platzen würde, was - zwar nicht mit einem Knall, aber doch nach und nach geschah: die Luft ist raus aus der Anklage, die meisten Verfahren wurden eingestellt!

Hüseyin war neugierig, offen und sprühte vor Humor so sehr, daß viele sich fragten, wie ein Mensch, der soviel Schweres erlebt hatte, in allem, was geschah immer noch die komische Seite sehen konnte. Das heißt aber nicht, daß er nicht verwundbar war: er litt unter der ständigen Observation, unter der Schnüffelei der deutschen Behörden in seinem täglichen Leben, er litt unter dem Rassismus der Richter und Staatsanwälte, der Polizei und der Medien. Nachdem sein Haftbefehl aufgehoben war, war es für ihn zunächst kaum möglich, auf offener Straße einen Schritt zu tun. Vor unverschlossenen Türen blieb er stehen, als warte er auf den Wärter, der ihm aufschließen sollte. Aber bald schon hatte er das überwunden: im Frühjahr 1991 verabschiedete er sich aus Deutschland, um am Kampf seines Volkes teilzunehmen.

Hüseyin machte nie einen Hehl aus seiner politischen Meinung, jede Art von Geheimnistuerei lehnte er ab und lachte darüber. Mit der gleichen Offenheit konnte er die eigenen Fehler, die er in seiner früh begonnenen politischen Laufbahn gemacht hatte, zugeben und sich darüber amüsieren. Im Alter von 7 Jahren ging er mit seinem Vater und einem Freund der Familie auf die erste Kurdendemo Deutschlands, die aus zwei Erwachsenen und einem Kind bestand. Sie protestierten gegen die Aggression des Irak gegen die Bewegung von Barzani. Es bleibt wütende Sprachlosigkeit und zeigt doch die Tragik der kurdischen Geschichte, daß er als Kind Bilder von Barzani an seiner Wand hängen hatte und nun durch Peschmergas des Barzani-Clans ermordet wurde.

Hüseyin blieb in seiner politischen Arbeit nicht auf Kurdistan beschränkt: er verfolgte aufmerksam die Entwicklungen in Deutschland, die internationalen Ereignisse ermöglichten ihm besser zu verstehen, was in seinem Land passierte. Mit Ausdauer und unermüdlicher Hoffnung arbeitete er - auch in der Redaktion des **Kurdistan-Report** - täglich und oft die Nächte hindurch, um Bewegung in die Geschichte seines Volkes zu bringen und auch um etwas im erstarrten Deutschland zu bewegen. Er war ein geschickter, kluger Diplomat, doch nie getrennt vom Leben der KurdInnen in den Bergen, nie getrennt vom Kampf in Kurdistan, nie getrennt von den Arbeitern. Es gab viele Seiten an Hüseyin zu entdecken. Er konnte träumen wie es Lenin schon formuliert hatte: wenn sich der Traum als Illusion herausstellte konnte er ihn mühelos verwerfen. Aber er tat alles zu seiner Verwirklichung, wenn er gespürt hatte, daß dieser Traum authentisch war.

Hüseyin hat einen solchen Traum, ein Stück politische Utopie gewagt zu leben. Er war ohne Bitterkeit, ohne Rachegelüste trotz der schweren Anfeindungen, denen er in Deutschland ausgesetzt war. Nichts dergleichen konnte ihm den Blick verstellen, seine Großzügigkeit einschränken oder ihm den Humor nehmen. Als er schon in Kurdistan war, sollten ihn noch prozeßbehördliche Maßnahmen treffen, und weil er nicht mehr greifbar war, wurde statt ihm sein Vater traktiert. Wir erinnern uns als Hüseyin lachend in die Kamera eines Fernsehteams in Kurdistan auf die Frage, ob sie denn nicht "Terroristen" seien, antwortete, daß auch Jesus Christus nach deutscher Definition ein "Terrorist" gewesen sei und so befänden sich die Kurden ja in bester Gesellschaft.

Hüseyins Tod ist ein großer Verlust für alle, die ihn kannten und besonders auch für seine Eltern, die wir hoch schätzen. Viele teilen ihren Schmerz und erfahren doch hoffentlich auch Hüseyins große Kraft als eine Kraft, die in ihnen weiterlebt.